

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung

67. Jahr Heft 1/2 Jan./Feb. 2014



TITELTHEMA

Lehrerbildung

**HLZ-Schwerpunktthemen 2014**

Die HLZ-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahr 2014. Für das erste Halbjahr des neuen Jahres plant die HLZ-Redaktion die folgenden Titelthemen:

- Heft 3/2013: Der Koalitionsvertrag
- Heft 4/2014: Schulsterben in Hessen
- Heft 5/2014: Inklusion
- Heft 6/2014: Renten und Pensionen
- Heft 7-8/2014: Lernort Museum

• *Redaktionsschluss ist immer am 5. des Vormonats. Anregungen und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht. Leserbriefe, Einsendungen und Anfragen an die Redaktion per Mail an: freiling.hlz@t-online.de*

**GEW-Beitragsquittungen für 2013**

Wie in den vergangenen Jahren erhalten alle Mitglieder der GEW mit der Februar-Ausgabe der Bundeszeitung EuW eine persönliche Beitragsquittung für das Jahr 2013. Sie ist zusammen mit dem Mitgliedsausweis und einem Rückmeldeformular für Änderungen Teil des kartonierten Umschlags der EuW. Die HLZ-Redaktion bittet um entsprechende Beachtung. Außerdem bittet die GEW Hessen, von Nachfragen in der Landesgeschäftsstelle abzusehen.

Im Februar 2014 erscheint turnusgemäß keine HLZ. Der EuW ist stattdessen das Jahresprogramm von lea, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt. Aktuelle Programminformationen in dieser HLZ auf den Seiten 19 bis 22.

**GEW-Fachtagung Inklusion Gießen, 25. 3. 2014, 10 bis 17 Uhr**

Die Fachtagung des GEW-Bezirksverbands Mittelhessen zu Stand und Perspektiven der inklusiven Bildung in Hessen mit Arbeitsgruppen und einem einführenden Vortrag von *Prof. Dr. em. Georg Feuser* findet am Samstag, dem 15. März 2014, von 10 bis 17 Uhr in der Martin-Buber-Schule Gießen statt.

• *Anmeldung und Kontakt: GEW Mittelhessen, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel. 06421-9523-95, Fax: -96, E-Mail: BV-GEW-Mittelhessen@t-online.de*

**Hattie-Studie: Der Heilige Gral? Dienstag, 18. 2. 2014, 14 bis 17.30 Uhr**

Referenten der gemeinsamen Fachtagung von lea und GEW-Referat Schule sind *Thomas Klaffke* (Mitherausgeber von „Lernende Schule“), *Prof. Andreas Gruschka* (Goethe-Universität Frankfurt) und *Ulrich Steffens* (Landesschulamt), der die Hattie-Studie in zwei Artikeln in der HLZ vorstellte (12/2012, 6/2013). Die Hattie-Studie wird unterschiedlich interpretiert und instrumentalisiert. Der Streit um die Deutungshoheit tobt. *John Hattie* fragt, was Lehrkräfte erreichen können, und stellt das Lernen und die Lernerfolge von Schülerinnen und Schülern in den Mittelpunkt.

• *Das Seminar findet im DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, statt. Es ist durch das Landesschulamt akkreditiert (LSA 0137689601). Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung: anmeldung@lea-bildung.de*



Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

**Herausgeber:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen Zimmerweg 12 60325 Frankfurt/Main Telefon (0 69) 971 2930 Fax (0 69) 97 12 93 93 E-Mail: info@gew-hessen.de Homepage: www.gew-hessen.de

**Verantwortlicher Redakteur:**

Harald Freiling Klingenberger Str. 13 60599 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 636269 Fax (0 69) 6313775 E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

**Mitarbeit:**

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:**

Harald Knöfel, Michael Heckert +

**Titelthema:** Dr. Franziska Conrad

**Illustrationen:**

Ruth Ullenboom (Titel, S. 4, 7), Peter Baldus (S. 25), Thomas Pläßmann (S. 26), Dieter Tonn (S. 9, 11, 13, 15, 35)

**Fotos:**

Ferien von Krieg (S. 29), GEW (S. 23, 36, 37, 38), Gerhard Walentowitz (S. 31)

**Verlag:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH Niederstedter Weg 5 61348 Bad Homburg

**Anzeigenverwaltung:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH Edith Hestert Postfach 19 44 61289 Bad Homburg Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21 E-Mail: mlverlag@wsth.de

**Erfüllungsort und Gerichtsstand:**

Bad Homburg

**Bezugspreis:**

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

**Zuschriften:**

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

**Redaktionsschluss: Jeweils am 5. des Vormonats**

**Nachdruck:**

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

**Druck:**

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

**Rubriken**

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 30 Bücher
- 32 Aus den Personalräten
- 33 Recht: Das neue Besoldungsrecht
- 36 Jubilare
- 38 Magazin

**Einzelbeiträge**

- 23 Tarifrunde für Kommunen 2014
- 24 Studienseminare schlagen Alarm
- 25 Schwarz-grün in Hessen
- 26 Marburger Bildungsaufwurf wirkt
- 27 Bundeswehr und Schule
- 28 Neue Petition für Hans Roth
- 29 20 Jahre Ferien vom Krieg

**S.19-22: lea-Programm**

**Titelthema: Lehrerbildung**

- 6 Plädoyer für eine experimentelle Lehrerbildung an Hochschulen
- 8 Praxislabor: Biographiearbeit im Lehramtsstudium
- 10 Qualitätsoffensive zur Professionalisierung im Lehramtsstudium
- 12 Referendariat in Hessen
- 14 Lehrerbildung: Ein Brief aus dem Jahr 2035
- 15 Mentorinnen und Mentoren: Der vergangene Teil der Ausbildung
- 16 Lehrerfortbildung: Gespräch mit Birgit Fluhrer, Heike Lühmann und Professor Rudolf Messner

# Operation düstere Zukunft II

Bei Andruck dieser Ausgabe der HLZ war der schwarz-grüne Koalitionsvertrag noch druckfrisch, hatten die Parteigremien von CDU und Bündnis 90/Die Grünen noch nicht entschieden. Doch noch bevor die Tinte der Verhandlungsführer getrocknet war, war der von Grünen und CDU großspurig angekündigte „Schulfrieden“ wieder Makulatur.

Die enorme soziale Selektivität des hessischen Schulwesens wird durch die Spaltung des gymnasialen Bildungsgangs in G8 und G9 weiter verfestigt. Für Grundschulkindern soll es letztlich statt wirklicher Ganztagsgrundschulen lediglich eine Betreuung geben. Positiv fällt nur die Option für Integrierte Gesamtschulen in die Waagschale, auch rein binnendifferenziert zu unterrichten. Das von den Grünen noch vor der Wahl als „Murks“ bezeichnete Kinderförderungsgesetz bleibt erhalten und an den Hochschulen sollen die Fördermittel trotz enorm gestiegener Studierendenzahlen gekürzt werden. Zu bildungs- und sozialpolitischen Verbesserungen findet man wie bei der Inklusion nur vage Absichtserklärungen. Daran kann auch die – von der GEW geforderte – Auflösung der Monsterbehörde Landesschulamt nichts ändern. Drängende Fragen der Schulentwicklung werden – wohl auf dem Hintergrund der eigenen Unfähigkeit, sich auf substanzielle Lösungen zu einigen – auf einen „Bildungsgipfel“ verschoben.

Ein öffentlicher Aufschrei und massenhafte, von der GEW angeregte Protestmails haben dazu geführt, dass der Schulbereich von den geplanten Stellenstreichungen ausgenommen wurde. Noch in den Sondierungsgesprächen mit SPD und dem Vorstand der Linken hatten die Grünen die Streichung von mehreren tausend Stellen im Schulbereich gefordert. Nicht zuletzt daran sind die Gespräche gescheitert. Dass diese Pläne im Koalitionsvertrag nicht auftauchen, zeigt, dass sich Protest lohnt und man gemeinsam erfolgreich sein kann.

Geschlossener und breiter Protest wird in den kommenden Jahren dringend notwendig sein, wenn wir die im Koalitionsvertrag geplante Abzocke bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes verhindern wollen.

45.000 Menschen protestierten vor genau zehn Jahren in Wiesbaden gegen die „Operation Sichere Zukunft“ der Regierung von Roland Koch. Die Kürzungen im Landeshaushalt in Höhe von einer Milliarde Euro gingen vor allem zu Lasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch längere Arbeitszeiten und Gehaltskürzungen. Gemeinsam mit den Grünen bezeichneten wir das als „Operation düstere Zukunft“. Jetzt droht eine Neuauflage, eine „Operation düstere Zukunft II“.

CDU und Grüne verweigern eine Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder. Die Erhöhung der Beamtenbesoldung soll nach Gutsherrenart unabhängig von der Tarifentwicklung auf ein Prozent gedeckelt werden. „Im Gegenzug“ (!) soll die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Jahr 2017 (!) von 42 Stunden – bundesweitem Rekord – auf 41 Stunden pro Woche reduziert werden. Schwarz-Grün will so bei jeder Lehrkraft im Lauf der Legislaturperiode über 20.000 Euro abkassieren. Die Realeinkommen der Beamtinnen und Beamten würden – je nach Inflationsrate – bis zum Ende der Legislaturperiode und darüber hinaus um mehr als fünf Prozent sinken.

Die früher auch von den Grünen in den Debatten zur „Schuldenbremse“ betonte „Einnahmeverantwortung“ wird in der Rumpelkammer abgelegt. Reiche und Vermögende werden konsequent weiter nicht in die Pflicht für solidere Haushaltsfinanzen genommen. Abkassieren will man insbesondere bei den Beschäftigten, aber auch durch Sozialabbau. Mit einem Politikwechsel, wie wir ihn für notwendig erachten, hat dies alles nichts zu tun. Jedenfalls haben wir uns unter einem Politikwechsel nicht vorgestellt, dass man nach der Wahl so gut wie nichts mehr damit zu tun haben will, was man vor der Wahl zugesagt hatte.

Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, gemeinsam mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die den Stellenstreichungen bei der Polizei und in der Landesverwaltung den Kampf angesagt haben, werden wir als GEW Hessen dafür kämpfen, dass das geplante Abkassieren bei den Beschäftigten, die täglich mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unseres Bildungswesens und damit unserer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung leisten, politisch nicht umgesetzt werden kann.

*Jochen Nagel*



Jochen Nagel  
Vorsitzender  
der GEW Hessen

# Weg mit der Schulpflicht!

Es war einmal ein kleiner Junge, der hatte großes Glück. Denn seine Eltern wollten nicht, dass irgendjemand ihn unterrichtet (= abrichtet, gleich richtet, gerade richtet). Die wunderbare Unschuld und Lebensfreude ihres Kindes sollte nicht durch ein marodes und rigides Zwangssystem vernichtet werden. Der kleine André musste keine einzige Sekunde eine Schule besuchen und sich dort deformieren lassen. Wenn die Zeit reif war, lernte er von ganz allein, was er brauchte: Buchstaben, Magnetismus oder Fremdsprachen. Nie musste er nach Noten jagen oder sich einer Prüfungssituation aussetzen. Er brauchte keinen Abschluss und kein Diplom. Dem Meister reichte Andrés Begeisterung. Heute baut der kleine André wunderschöne Gitarren und stellt auf Lesereisen sein Buch vor: „Und ich war *nie* in der Schule“.

So ungetrübt kann auch das Leben Ihres Kindes verlaufen, wenn es seine Talente frei entfalten darf. Jedes Kind kommt hochbegabt zur Welt. Es denkt unkonventionell, geradezu genial und findet die spannendsten Fragestellungen und Lösungen – bis es in die Schule kommt! Denn die deutsche Schule ist eine Abrichtungs- und Dressuranstalt, die aus den Zeiten der Industrialisierung stammt und noch heute angepasste Knechte und Untertanen produziert. Kinder werden in der Schule kondi-

tioniert und manipuliert. Lehrer rauben ihnen die Phantasie, die Kreativität, ja, die ganze Kindheit! Schüler müssen ständig etwas lernen, was sie gar nicht brauchen. Sie dürfen nicht selbstständig denken. Sie dürfen nicht widersprechen. Schon im Kindergarten werden die Kleinen aufeinander gehetzt und zu Konkurrenten gedrillt.

Dabei ist ein kleines Kind von Natur aus gut und unschuldig. Es würde niemals mutwillig Dinge zerstören, Tiere quälen oder andere Kinder piesacken. Wenn man es nur in Ruhe ließe, würde es von ganz allein eine wundervolle Entwicklung nehmen. Aber nein, die Erwachsenen mischen sich überall ein. Sie bohren nach kindlichen Defiziten und Fähigkeiten, die es noch zu entwickeln gilt. Sie stopfen das Kind mit Lern- und Förderangeboten voll, schleifen es zum Ballett, zur Geigenstunde und in die staatlich verordnete Dressuranstalt, wo es im Laufe der Gefängnisjahre seine Selbstwirksamkeit und 98 Prozent seiner Genialität verliert. Beim Verlassen der Schule vergisst das Kind alles aufgezwungene Wissen sofort wieder.

Schule hat sich im Laufe der letzten hundert Jahre ja nicht verändert. Dort wird nur gepaukt und auswendig gelernt. Kein Schüler wird jemals dazu angehalten nachzudenken, sich eine Meinung zu bilden, Dinge zu über-

prüfen oder gar in Frage zu stellen. Wenn die Lehrer sich nur endlich mit der modernen Hirnforschung beschäftigen würden, wüssten sie, dass dabei nix „Neuroplastisches“ in den Schülerköpfen entsteht. Kein Mensch lernt, wenn er nicht will. Anreize von außen haben deshalb überhaupt keinen Sinn. Dann passt das Kind sich allenfalls an und versucht sklavisch, die Erwartungen der Erwachsenen zu erfüllen. Der Lehrer kann das Kind allenfalls „einladen“, im Spiel die Welt zu erkunden und selber herauszufinden, was wichtig ist: Dinosaurier oder Schmetterlinge, Mozart oder Boxen, *World of Warcraft* oder Taschendiebstahl, Fußball oder U-Bahn-Surfen, Kafka oder Cybermobbing. Wie ein Trüffelschwein müsste der Lehrer nach Talenten und Begabungen jedes Schülers fahnden und alles tun, damit sich die jeweiligen Potentiale entfalten. Das tut der deutsche Lehrer aber nicht, sondern er dressiert und quält die ihm ausgelieferten Schüler. In ihrer Not würden deshalb viele Eltern ihr Kind gern selber bilden. Home-Schooling ist schon in vielen Ländern eine tolle Alternative zum Staatsknast. Dass dann auch Kinder von Neonazis, religiösen Fanatikern und Wunderheilern ganz ohne Fremdeinfluss aufwachsen können, ist ein Kollateralschaden. Leider gibt es in Deutschland eine Schulpflicht. Eltern müssen ihr Kind in den Knast schicken, sonst drohen ihnen Bußgelder und Freiheitsentzug.

Es ist an der Zeit, dass dieser staatliche Zwang endlich aufhört! Kinder wissen selbst am besten, was für sie gut ist. Finger weg vom unverdorbenen kindlichen Hirn! Freiheit und Lebensfreude für alle Kinder! Schafft endlich die Schulpflicht ab! Lehrer in die Produktion! Alles wird gut! Bildung ist ein Privileg. Und so soll es auch bleiben!

Gabriele Frydrych

*Wenn Sie wissen wollen, was meine Einstellung so erschüttert hat und woher ich all die imposanten Gedanken und Formulierungen habe, gehen Sie in den Film „Alphabet“. Genießen Sie bei [www.youtube.de](http://www.youtube.de) Herrn Hirnforscher Hüthers Beitrag „Schule produziert lustlose Pflichterfüller“. Lesen Sie auf Hüthers Website das Gästebuch oder die 40 Seiten Leserkommentare zum ZEIT-Artikel „Die Stunde der Propheten“, in dem Martin Spiewak es wagt, sich kritisch mit Hüther auseinanderzusetzen. Weitere Erlebniswelten offenbaren sich Ihnen auf [www.netzwerk-bildungsfreiheit.de](http://www.netzwerk-bildungsfreiheit.de). Viel Spaß!*



## **Unter Beobachtung: Schwarz-grün in Hessen**

Eine ausführliche Analyse des Koalitionsvertrags von CDU und Grünen finden die Mitglieder der GEW Hessen in der nächsten Ausgabe der HLZ. Eine erste, nach Redaktionsschluss erstellte Bewertung durch den Landesvorsitzenden der GEW *Jochen Nagel* findet man in seinem Kommentar auf Seite 3. Berichte über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen und die Begleitung durch Gewerkschaften und bildungspolitische Initiativen findet man in dieser HLZ auf Seite 25.

## **Tarifrunde 2014 betrifft Erzieherinnen und Erzieher!**

Im Frühjahr 2014 steht für die GEW die nächste große Tarifrunde an. An der Reihe sind die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Im Organisationsbereich der GEW sind das vor allem kommunale Erzieher und Erzieherinnen, Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen sowie Beschäftigte an Volkshochschulen.

Die heiße Phase der Tarifauseinandersetzung beginnt Anfang März. Bis zum 10. Februar 2014 sind die betroffenen Mitglieder aufgerufen, über die Forderungen für die Tarifrunde zu diskutieren. Weitere Informationen findet man in dieser HLZ auf Seite 23 und auf der Homepage der GEW: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Tarif und Besoldung.

## **Inklusion: Petition gegen Zwangversetzungen**

Gegen das Votum der Betroffenen und aller Personalräte hält das Staatliche Schulamt Marburg an der Absicht fest, Förderschullehrkräfte, die fest in die Kollegien von Grund- und Gesamtschulen integriert sind und dort seit Jahren und Jahrzehnten inklusiv arbeiten, an die umliegenden Beratungs- und Förderzentren abzuordnen. Bei Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wie das Kultusministerium mit dem ablehnenden Votum der Einigungsstelle umgeht. Zwei Kolleginnen der MPS Dautphetal bekräftigten ihr Anliegen mit einer Petition an den hessischen Landtag, der sich der Personalrat und die Schulleitung der Schule und der Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt anschlossen.

## **25. und 26.2.: Schulung für GEW-Vertrauensleute**

Die Vertrauensleuteschulung dient dem Erfahrungsaustausch zwischen Vertrauensleuten aus allen Schulformen und Regionen. Schwerpunkte sind Arbeitszeit und Arbeitsbelastung (Pflichtstundenverordnung, Mehrarbeit, Vertretung, Arbeitszeitausgleich, Lebensarbeitszeit u. a.), das neue Besoldungs- und Versorgungsrecht und der inklusive Unterricht. Das Seminar findet vom 25. Februar (14 Uhr) bis zum 26. Februar (13.30 Uhr) in der Tagungsstätte Hotel Hochspessart in Heigenbrücken im Spessart statt. Lehrgangleiter sind *Peter Kühn* und *Volrad Döhner*. Kosten für Übernachtung und Verpflegung werden vom Landesverband übernommen, Reisekosten tragen die GEW-Kreisverbände. Die Freistellung für die gewerkschaftliche Fortbildung erfolgt gemäß § 106 des Hessischen Beamtengesetzes. Die Teilnehmer erhalten von der GEW ein entsprechendes Antragsformular.

- *Anmeldungen bis zum 5.2.2014 an Barbara Lösel, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, E-Mail: bloesel@gew-hessen.de*

## **Goethe-Uni: Protest für sichere Perspektiven**

Dritten diskutierten Universitätspräsidenten und Politiker auf Einladung der Goethe-Universität und der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung über die Frage, ob die autonome Universität „ein Erfolgsmodell“ ist. Draußen demonstrierten über hundert Beschäftigte der Goethe-Universität für bessere Arbeitsbedingungen und gegen die wachsende Zahl befristeter Arbeitsverträge. 26 rote Pappaufsteller symbolisierten das Zahlenverhältnis zwischen befristet und unbefristet angestellten Mitarbeitern, das nach Berechnungen des Statistischen Landesamts 25:1 beträgt. Die Aktion war zugleich Auftakt für

## **Information zu GEW-Mitgliedsbeiträgen**

Der Landtag hat im November 2013 das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz beschlossen. Damit wird die Besoldung der Beamtinnen und Beamten rückwirkend zum 1. Juli 2013 um 2,6% erhöht. Dies gilt auch für die Bezüge der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Gemäß der Beitragsordnung der GEW erhöht sich deshalb auch der Mitgliedsbeitrag entsprechend für die Mitglieder, die diese Erhöhung erhalten.

Wir bitten bei dieser Gelegenheit alle Mitglieder, die dies noch nicht getan haben, uns ihren aktuellen Betrieb oder ihre Dienststelle sowie den Umfang ihres Beschäftigungsverhältnisses mitzuteilen. Dies ist Voraussetzung für eine korrekte Berechnung der Mitgliedsbeiträge, aber auch für gezielte Informationen der Mitglieder.

Alle Mitglieder der GEW erhalten mit der Februar-Ausgabe der Bundeszeitung EuW eine persönliche Beitragsquittung für das Jahr 2013. Sie ist zusammen mit dem Mitgliedsausweis Teil des kartonierten Umschlags der EuW.

die GEW-Unterschriftenaktion „Sichere Perspektiven schaffen“. „Die gegenwärtige Befristungspraxis an der Goethe-Universität ist für uns nicht weiter hinnehmbar“, sagte *Simone Claar*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Mitglied des Personalrats. *Tobias Cepok*, Referent für Hochschulen der GEW Hessen, forderte die Vereinbarung von Mindestvertragslaufzeiten oder eines Mindeststellenumfangs bei Neuausschreibungen. Für den ASTA-Vorsitzenden *Daniel Katzenmaier* führt die autonome Universität „zu einem Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte“.





# Entwicklungsaufgaben bewältigen

## Plädoyer für eine experimentelle Lehrerbildung

„Man bildet sich zwar insgesamt ein, daß Experimente bei der Erziehung nicht nötig wären, und daß man schon aus der Vernunft urteilen könne, ob etwas gut, oder nicht gut sein werde. Man irret hierin aber sehr, und die Erfahrung lehrt, daß sich oft bei unseren Versuchen ganz entgegengesetzte Wirkungen zeigen von denen, die man erwartete. Man sieht also, daß, da es auf Experimente ankommt, kein Menschenalter einen völligen Erziehungsplan darstellen kann.“ (Immanuel Kant, 1804) (1)

Was eine gute Schule ist, könne man nicht am grünen Tisch allein „aus der Vernunft“ heraus beurteilen und deduzieren, so Immanuel Kant in seiner „Vorlesung über Pädagogik“. Es komme vielmehr auf Experimente und auf die Bereitschaft zum permanenten Wandel an, da „kein Menschenalter einen völligen Erziehungsplan darstellen“ könne. Was Kant über die Schule der Aufklärungszeit schreibt, kann strukturgleich auf die Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern übertragen werden. Professionalisierung als lebenslanger Prozess bedarf der Neugier und der andauernden Bereitschaft zum Experiment. Dies gilt für die Professionellen wie für die Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen gleichermaßen.

### Der Berufseinstieg von Lehrerinnen und Lehrern

Der Erziehungswissenschaftler Ewald Terhart hat Professionalität im Lehrerberuf einmal pointiert als „berufsbiographisches Entwicklungsproblem“ bezeichnet (2). Gemeint ist, dass Lehrerinnen und Lehrer wesentliche Kompetenzen, die sie zur Ausübung ihres Berufs benötigen, nicht bereits in der Erstausbildung lernen (müssen), sondern dass der Beruf selbst die notwendigen Gelegenheiten zur weiteren Professionalisierung bereithält. Berufliche Anforderungen gilt es zu jeder Zeit als Herausforderungen anzunehmen, mit eigenen Zielen, Ressourcen und Vorstellungen vom Lehrberuf abzugleichen und in einem mit Beanspruchung verbundenen Prozess zu bearbeiten und zu bewältigen. Diese Doppelstruktur aus quasi objektiven, berufsphasenspezifisch variierenden Anforderungen auf der einen und subjektiven Bewältigungsprozessen auf der anderen Seite kann in der Form beruflicher Entwicklungsaufgaben beschrieben werden. Das ursprünglich aus der Entwicklungspsychologie stammende Konzept der Entwicklungsaufgaben geht von einer aktiv handelnden und lernenden Person aus, die mit ihrer aktiven sozialen Umwelt im Austausch steht. Berufliche Entwicklungsaufgaben müssen wahrgenommen und bearbeitet werden, wenn es zur Progression von Kompetenz und zur Stabilisierung von beruflicher Identität kommen soll. Ihre erfolgreiche, d. h. objektiv tragfähige und subjektiv zufriedenstellende Bewältigung eröffnet zugleich neue Perspektiven.

In der Berufsbiographie von Lehrerinnen und Lehrern kommt dabei insbesondere dem Berufseinstieg, das heißt den ersten zwei bis drei Jahren eigenständiger Berufstätigkeit, eine Schlüsselfunktion zu. Er stellt Anforderungen, die in ihrer Komplexität und Dynamik in den vorangegangenen Phasen der Lehrerbildung nicht vorweggenommen oder erfahrbar gemacht werden können.

In einer auf offenen Interviews beruhenden Längsschnittstudie habe ich Professionalisierungsprozesse Hamburger Berufseinsteiger der Sekundarstufen entlang eines Modells aus vier beruflichen Entwicklungsaufgaben (EA) rekonstruiert (3), die auffallende Ähnlichkeiten zu denen aufweisen, die im Rahmen einer Fragebogenstudie mit Schweizerischen Lehrpersonen der Volksschule von Keller und Schneider gefunden wurden (4). Sie beziehen sich

- erstens auf die Entwicklung einer professionellen Identität als Lehrperson, insbesondere auf die Anforderung, eigene und fremde Ansprüche mit den eigenen Ressourcen und Grenzen zu vermitteln (EA Rollenfindung),
- zweitens auf die eigene Verortung in der Institution Schule mit ihren Möglichkeiten und Grenzen (EA Kooperation),
- drittens auf die Anforderung, die Schülerinnen und Schüler als die entwicklungsbedürftigen und entwicklungsfähigen Anderen wahrzunehmen (EA Anerkennung) und
- viertens auf die Klärung der eigenen Rolle als Vermittler kultureller Fach- und Sachinhalte (EA Vermittlung).

Die Studien belegen übereinstimmend, dass dem eigenen Unterricht der Berufseinsteiger im Prozess der Bearbeitung beruflicher Entwicklungsaufgaben eine Schlüsselfunktion zukommt. Ohne die grundsätzliche Bereitschaft, Zeit und Kraft in die Entwicklung des eigenen Unterrichts zu investieren, stagniert die professionelle Entwicklung von Lehrpersonen oder kommt gar nicht erst in Gang. Umgekehrt gilt: In dem Maße, in dem Lehrkräfte Zeit, Kraft und Ressourcen zur Entwicklung ihres eigenen Unterrichts in Richtung einer zunehmenden Selbsttätigkeit der Lernenden investieren, halten sie ihre eigene berufliche Entwicklung in Schwung. Dies setzt die Einsicht in Veränderungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen voraus und schließt die Bereitschaft ein, eigene Angemessenheitsvorstellungen über Unterricht infragezustellen. Unterrichten zu lernen erfordert die Bereitschaft, zu experimentieren und sich beanspruchen zu lassen, nicht die unreflektierte Übernahme von Tipps als regelgeleitetem Wissen.

### Studium und das Referendariat

Nimmt man dies ernst, wird es in der universitären Lehrerbildung nicht zuletzt darauf ankommen, die aus der eigenen Schulzeit der Studierenden herrührenden Angemessenheitsvorstellungen über Unterricht frühzeitig und konsequent zu irritieren. So fragt etwa Hermann Lange, ehemaliger Bildungsstaatsrat in Hamburg, kritisch, ob trotz gesteigerter didaktischer Freiheiten der Lehrkräfte nicht „vielleicht doch immer nur die durch eigene Erfahrung, Ausbildung und Sozialisation eingefahrenen ‚Choreographien‘ des Unterrichts reproduziert werden“ (5). Die eigene Schulbiografie, in der angehende Lehrerinnen und Lehrer in rund 13.000 Unterrichtsstunden „gelernt“ haben, wie unterrichten „geht“, stellt, so gesehen, eher ein Problem als eine Ressource ihrer Professionalisierung dar. Der Infragestellung einer scheinbar wohlvertrauten Praxis kommt in

der universitären Lehrerbildung eine zentrale Funktion zu und steht wohlfeilen Forderungen nach „mehr“ und vor allem frühzeitigen Praxisphasen diametral entgegen, solange diese primär auf Einsozialisation in die gegebene Praxis ausgerichtet sind.

Praxis ist an Kriterien der Angemessenheit und des Gelingens orientiert. Sie basiert auf impliziten Überzeugungen und Routinen und unterliegt einem permanenten Entscheidungsdruck. Es gilt die legitimierende Wirkung ungünstiger Rahmenbedingungen. Wissenschaftliche Erkenntnis hingegen erfolgt handlungsentlastet und fängt mit dem Zweifel an. Sie bedarf einer „Kultur der Einlassung“ und Neugier als der vielleicht wichtigsten Eigenschaft professioneller Lehrkräfte. Hierzu ein Beispiel: Die Anforderung, im Rahmen von Inklusion einen so genannten Gemeinsamen Unterricht zu realisieren, in dem behinderte und nicht-behinderte Menschen gemeinsam an einer Sache arbeiten und lernen können, stellt ohne Frage eine hohe Anforderung für kommende Lehrergenerationen dar. Auf einen solchen Unterricht wird man nicht vorbereitet, indem man der heutigen Lehrergeneration in Praxisphasen über die Schulter schaut, einfach deshalb, weil diese Art von Unterricht in unseren Schulen bisher noch kaum einer Realität entspricht. Zur Vorbereitung bedürfte es vielmehr der zeitaufwändigen Auseinandersetzung mit anspruchsvoller Theorie, eines komplexen Zusammenspiels fachlicher, fachdidaktischer und allgemein-didaktischer Aspekte, in der etwa die erkenntnistheoretisch relevante Frage der Elementarisierung (nicht der Reduzierung) von Fachinhalten thematisiert wird, bis eine daran anknüpfende Unterrichtsplanung schließlich in einen experimentellen Unterricht mit Reflexion einmünden könnte. Es ginge mit anderen Worten um den Aufbau eines experimentellen Habitus als gemeinsamer Entwicklungsaufgabe sowohl der Studierenden als auch der Universität.

### Routinen aufbrechen

Idealerweise würde diese Orientierung an einem experimentellen Habitus als Leitidee im Referendariat explizit wieder aufgenommen. Ausbildungs- und Prüfungsformen, die eine experimentelle Grundhaltung, Risikobereitschaft und reflektierte Schritte in unterrichtliches Neuland anregen und unterstützen, könnten die Bereitschaft zur individuellen Professionalisierung als eines berufslebenslangen Prozesses in besonderem Maße fördern. Eine Zweite Phase, die sich in diesem Sinne dem Aufbau eines experimentellen Habitus (von angehenden Lehrkräften und Ausbilderinnen und Ausbildern gleichermaßen) verschriebe, stellte damit zugleich eine permanente Innovationsinstanz innerhalb des Schulsystems dar und könnte auch von daher ihr Eigenrecht gegenüber den anderen Phasen untermauern.

Ich gehe davon aus, dass auch in späteren berufsbiographischen Phasen berufliche Entwicklungsaufgaben zu bearbeiten sind, auch wenn ihre genaue Gestalt bislang nicht empirisch erforscht wurde. Entwicklungsaufgaben werden insbesondere in Momenten der Krise der eigenen Routinen aufbrechen, wie sie nicht zuletzt durch äußerliche Reformen (oder: Reformzumutungen) hervorgerufen werden können. Der Aufbau eines inklusiven Schulsystems gehört in diese Kategorie, ebenso der Umbau von der Drei- zur Zweigliedrigkeit des Schulsystems (6).

Andreas Bonnet, Helene Decke-Cornill und ich haben zwei süddeutsche Englischlehrerinnen über drei Jahre da-



bei begleitet, wie sie in parallelen zunächst 5. Klassen phasenweise Methoden des Kooperativen Lernens eingeführt und erprobt haben. Dabei zeigte sich, dass die Lehrerinnen mit diesem „Experiment“ potenziell in Widerspruch zu den auf Allokation beruhenden Normen des Gymnasiums gerieten, die sie selbst verkörpern und verinnerlicht haben. So kann Unterrichtsentwicklung Lehrerinnen und Lehrer an einen Punkt führen, den sie nur überschreiten können, wenn sie ihre bisherige berufliche Identität selbst zur Disposition stellen, um ein neues berufliches Selbst und Weltverhältnis zu entwickeln, das heißt sich weiter professionalisieren (7).

Uwe Hericks, Philipps-Universität Marburg

- (1) Kant, I. (1804/1964): Vorlesung über Pädagogik, in: Werke in 6 Bänden (Bd. VI), hrsg. v. W. Weischedel. – Darmstadt.
- (2) Terhart, E. (2001): Lehrerberuf und Lehrerbildung. Forschungsbefunde, Problemanalysen, Reformkonzepte. S. 56.
- (3) Hericks, U. (2006): Professionalisierung als Entwicklungsaufgabe. Rekonstruktionen zur Berufseingangsphase von Lehrerinnen und Lehrern – Wiesbaden.
- (4) Keller-Schneider, M. (2010): Entwicklungsaufgaben im Berufseinstieg von Lehrpersonen. Beanspruchung durch berufliche Herausforderungen im Zusammenhang mit Kontext- und Persönlichkeitsmerkmalen. – Münster.
- (5) Lange, Hermann (2003): Wie heterogen sind deutsche Schulen und was folgt daraus? Befunde und Konsequenzen aus PISA und IGLU. – In: PÄDAGOGIK, Jg. 55, H. 9, S. 10-14
- (6) Wittek, D. (2013): Heterogenität als Handlungsproblem. Entwicklungsaufgaben und Deutungsmuster von Lehrenden an Gemeinschaftsschulen. – Opladen.
- (7) Bonnet, A./Hericks, U. (2014): Ein Königsweg für besseren Unterricht? – Potenziale und Grenzen von Kooperativem Lernen für die Professionalisierung von Englischlehrer/innen. – In: Zeitschrift für interpretative Schul- und Unterrichtsforschung (ZISU), 3. Jg. (erscheint im Frühjahr 2014).



# Auf dem Weg zur Profession

## Biographiearbeit mit angehenden Lehrkräften

Im Zuge einer verstärkten professionstheoretischen Diskussion zur Eignung für den Lehrerberuf rückt die Gestaltung der Lehrerbildung in den Fokus des Interesses. Insbesondere die von *Udo Rauin* (1) aufgezeigte Verbindung von Belastungsbekundungen der Lehrkräfte nach wenigen Berufsjahren und den jeweiligen Studiertypen ist hier wegweisend: Bereits nach vier Berufsjahren fühlten sich 10% der befragten Lehrpersonen überlastet. 60% dieser Betroffenen zählten schon im Studium zu den überforderten und wenig engagierten Personen. Dieser Befund legt nahe, bereits im Studium mehr in die Beratung von Studienanfängern zu investieren, und spricht für eine an reflexiven Prozessen orientierte Seminargestaltung, die Lehramtsstudierenden ermöglicht, eine professionelle Perspektive auf den künftigen Beruf zu gewinnen. An der Technischen Universität (TU) Darmstadt sollen die Veranstaltungen der Grundwissenschaften eine Auseinandersetzung mit erziehungswissenschaftlichen, psychologischen, soziologischen und politologischen Aspekten schulischen Lernens ermöglichen, um den Studierenden ein umfassendes Verständnis für die pädagogische Dimension ihrer beruflichen Tätigkeit zu vermitteln. Dies soll zunächst begründet und dann am Beispiel des Projekts „Auf dem Weg zur Profession“ des Arbeitsbereichs Praxislabor am Institut für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik der TU Darmstadt illustriert werden.

Studierende im Lehramtsstudium sollen sich auf fachlicher Ebene qualifizieren, in pädagogischen wie didaktischen Bereichen schulen und dabei ein professionelles Selbstverständnis als (angehende) Lehrkräfte entwickeln. In kürzester Zeit soll der Perspektivwechsel von der Schule zum Studium bewältigt und sogleich der Blick auf Schule und Unterricht neu ausgerichtet werden. Der Fokus der Studierenden liegt in der Studieneingangsphase jedoch zumeist auf der kom-

plexen Organisation der verschiedenen Fachdisziplinen und der Orientierung an der Universität, so dass die Reflexion der eigenen Studienwahl und des Professionsverständnisses des künftigen Berufs in den Hintergrund treten.

### Wirksam gegen Praxisschock und Burnout

Die Lehramtsstudierenden knüpfen daher oftmals an (aus ihrer Sicht) bewährte schulische Lehrerbilder an und übertragen diese unhinterfragt vom „Schüler-Sein“ auf das „Lehrer-Sein“. Ein Überdenken der eigenen Studienentscheidung und der aus der individuellen (Bildungs-)Biographie abzuleitenden Motive wird oft ausgelassen, was in der Folge vermehrt zu Problemen in Studium, Referendariat und Berufstätigkeit führen kann. Dazu gehören der „Praxisschock“ (2) zu Beginn der Berufstätigkeit oder das Burnout-Syndrom im weiteren Berufsleben. Studien zu beruflichen und berufsbiographischen Entwicklungen zeigen in Bezug auf den Lehrerberuf, *„wie stark das Lehrerhandeln in biographisch aufgeschichteten Deutungsbeständen wurzelt. Biographische Reflexionen und überhaupt Reflexivität als Bewusstheit über das eigene Tun wird (...) oft als Schlüsselkompetenz von Professionalität aufgefasst, sollen die Lehrpersonen nicht einer unwägbarer Praxis nur ausgeliefert sein.“* (3)

Angeleitete Reflexionsprozesse dienen so zum einen der Klärung der individuellen Entscheidung für das Studium, zum anderen helfen sie den Studierenden bei der Entwicklung einer professionellen Identität in Bezug auf ihren künftigen Beruf. Dies basiert auf der Annahme, dass Schulerfahrungen und ihre Verarbeitung als eine erste Begegnung der angehenden Lehrperson mit ihrem späteren Berufsfeld spezifische Spuren hinterlassen, die die Person über die eigene Schulzeit hinaus prägen. Für die Studierenden ist es entscheidend, den Wirkungen dieser Spuren nachzugehen, denn sie

*„enthalten entscheidende qualifizierende und dequalifizierende Momente und bedürfen einer Aufarbeitung, damit einer ungebrochenen Wiederholung der dequalifizierenden Momente eben durch den betroffenen Lehrer Einhalt geboten werden kann.“* (4)

Der Lehrerberuf ist neben der fachlichen Expertise stets von Erziehungsarbeit geprägt. Daher ist es für Lehrende zentral, das eigene Verhalten zu reflektieren, denn die Beziehungen zu und die Arbeit mit anderen beginnen immer beim Ich, beim Selbst (5). Angehende Lehrkräfte bedürfen somit einer ganzheitlich anthropologischen Orientierung in der Lehrerausbildung; die Persönlichkeit ist im humanen Konzept Ausgangs- und Bezugspunkt zugleich:

*„Lehrer werden also nicht nur für die Vermittlung von Sachhalten ausgebildet, sondern es geht darum, daß sie sich zur Lehrerpersönlichkeit bilden.“* (5)

An diesem Punkt setzt das Projekt „Auf dem Weg zur Profession“ an der TU Darmstadt als Studieneingangsprojekt zum Perspektivwechsel in der Lehramts(aus)bildung an, indem Aspekte des Lehrer-Werdens und -Seins gemeinsam bearbeitet werden. Dabei ist es Ziel, die eigenen Erfahrungen der Studierenden mit der Rolle des Lehrenden aufzugrei-

### Kultusministerium beschreibt Mentorenaufgaben

Das Landesschulamt ist endlich der Aufforderung des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer gefolgt, die Lücke zu schließen, die durch den Wegfall des ehemaligen § 11 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz entstanden ist. Die neue Verfügung folgt im Wesentlichen der alten Regelung und beschreibt die Aufgaben der Mentorinnen und Mentoren im Einzelnen wie folgt:

- Beratung in schul- und unterrichtspraktischen Fragen
- Erteilung von Unterricht als Hospitationsangebot mit Reflexionsangeboten
- Bereitstellung ihrer Lerngruppen für angeleiteten Unterricht (Mentorenunterricht)
- Teilnahme an Unterrichtsbesuchen und Beratungsgesprächen durch das Studienseminar
- Unterstützung bei Elterngesprächen, Elternabenden und anderen außerunterrichtlichen Tätigkeiten
- Zusammenarbeit mit den am Studienseminar für die pädagogische Ausbildung Verantwortlichen



fen und systematisch zu reflektieren. Ausgangspunkt sind die biographisch geprägten Vorstellungen der Studierenden vom Lehrer-Sein. Diese werden aufgegriffen und in einem geschützten Raum zur Disposition gestellt. Wenn sich in Hinblick auf biographisches Arbeiten die Gestaltung des Studienverlaufs an Stärken und Schwächen der Studierenden orientieren soll, ist,

„eine biographisch orientierte Selbstreflexion des bisherigen Lebens- und Bildungsweges nötig, der [sic!] in die Erkenntnis der eigenen handlungsleitenden ‚Persönlichen Paradigmen‘ bzw. ‚Leitmotive‘ (...) münden kann. Die Einsicht in den bisherigen Lebensweg sowie die persönlichen Schwerpunktsetzungen und Neigungen können die Grundlage für die bewusste Erarbeitung einer in den eigenen Stärken verankerten individuellen Lehridentität bilden.“ (6)

Dabei gilt es nach Stärken und Ressourcen zu fragen. Mit der konkreten Arbeit an den Ideen des Lehrverständnisses regt das Projekt dazu an, das Studium als Lebensphase zu begreifen, in der sich die eigene professionelle Lehridentität entwickeln kann. Dazu gehören neben dem wertschätzenden Raum, in dem sich die Studierenden in der Lehrerrolle wahrnehmen können, auch ihre Fragen, Zweifel, Ängste und Anstöße: Wie geht es mir im Studium? Welche Fragen und Zweifel habe ich in Bezug auf mein zukünftiges Berufsbild als Lehrerin oder Lehrer?

### Praxislabor an der TU Darmstadt

Das Projekt „Auf dem Weg zur Profession“ des Praxislabors am Institut für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik bietet unter der Leitung von *Dr. Olga Zitzelsberger* pro Semester zwei Veranstaltungsformate an: Zum einen werden im Rahmen der Veranstaltungen zu den Schulpraktischen Studien (SPS) I im dritten oder vierten Semester einzelne Sitzungseinheiten gestaltet. Hier steht die Betrachtung der individuellen Bildungsbiographie der Studierenden im Vordergrund; die Studierenden werden für Prägungen aus der eigenen Schulzeit sensibilisiert und die persönlichen Motive für die Wahl des Studiums und des Berufs herausgearbeitet. Nach Beendigung des Schulpraktikums werden in ausgewählten Einheiten die Praktikumserfahrungen reflektiert. Dies dient der Verständigung über das eigene Lehrverständnis der Studierenden und der Reflexion der Erfahrungen vor dem Hintergrund theoretischer Konzepte. Durch die Angebote zu Beginn des Studiums und vor und nach den SPS I ist die Ausrichtung sowohl auf die Studieneingangsphase als auch auf eine längerfristige Begleitung gesichert.

Studierende höherer Semester können die professions- und biographiebezogenen Themen in einem regulären Seminar vertiefen. Auf Basis theoretischer Konzepte werden in dem Workshop „Auf dem Weg zur Profession“, der dem Wahlpflichtmodul „Verfahren der Selbstreflexion und Beratung“ zugeordnet ist, die praktische Selbstreflexion im Hinblick auf ein professionelles Selbstverständnis angeleitet und Lehramtsstudierende bei der Herausbildung ihres pädagogischen Selbstkonzepts begleitet. Ziel ist es, sowohl die Verfahren der Selbstreflexion einzuüben als auch in differenzierter Weise den eigenen Perspektivwechsel zu erproben und in Klärungsprozesse zur eigenen Position in Schule und Unterrichtssituationen zu treten.

Die Erfahrungen nach fünf Semestern in der Durchführung des Seminarangebots bestätigen die Intention des Projekts, die Studierenden bei der reflexiven Auseinandersetzung



mit der eigenen Bildungsgeschichte und deren Auswirkungen auf die Studienwahl sowie mit der Frage nach der Gestaltung des professionellen Selbstverständnisses als (angehende) Lehrkraft zu unterstützen. Sowohl die von den Studierenden geschilderten Erkenntnisse als auch ihre positive Bewertung des geschützten Raums sprechen für die Notwendigkeit eines derartigen Bausteins im Lehramtsstudium. Eine auf reflexive Prozesse ausgerichtete Gestaltung von Veranstaltungen in der Lehrerbildung nimmt somit einen hohen Stellenwert ein, um Studierende beim Perspektivwechsel vom Schüler zur Lehrkraft zu begleiten und Überforderungen in der späteren Berufstätigkeit zu vermeiden.

Dr. Lisa Baum

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Praxislabor der TU Darmstadt, Projekt „Auf dem Weg zur Profession“.

- (1) Rauin, U. (2007): Im Studium wenig engagiert - im Beruf schnell überfordert. Studierverhalten und Karrieren im Lehrerberuf. Kann man Risiken schon im Studium prognostizieren? In: *Forschung aktuell*, 3/2007. Frankfurt. S. 60-64
- (2) Dies belegt die zentrale Studie zur Lehrerbelastung (Potsdamer Studie), vgl. hierzu z. B. Schaarschmidt, U./Kieschke, U. (2007): Beanspruchungsmuster im Lehrerberuf. Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Potsdamer Lehrerstudie. In: Rothland, M. (Hrsg.): *Belastung und Beanspruchung im Lehrerberuf. Modelle, Befunde, Interventionen*. Wiesbaden. S. 81-98
- (2) Combe, A./Kolbe, F.-U. (2004): *Lehrerprofessionalität: Wissen, Können, Handeln*. In: Helsper, W./Böhme, J. (Hrsg.): *Handbuch der Schulforschung*. Wiesbaden. S. 857-876, S. 859
- (3) Brück, H. (1978): *Die Angst des Lehrers vor seinem Schüler*. Reinbek, S. 42 f.
- (4) Költze, H. (2007<sup>3</sup>): *Lehrerbildung im Wandel. Vom technokratischen zum humanistischen Ausbildungskonzept*. In: Cohn, R./Terfurth, C. (Hrsg.): *Lebendiges Lehren und Lernen. TZI macht Schule*. Stuttgart. S. 197-200, S. 198 f.
- (5) Miller, R. (2004): *99 Schritte zum professionellen Lehrer*. Seelze
- (6) Burow, O.-A. (2012): *Selbstprofessionalisierung von Lehramtsstudierenden*. In: Bosse, D. et al. (Hrsg.): *Professionelle Lehrerbildung im Spannungsfeld von Eignung, Ausbildung und beruflicher Kompetenz*. Bad Heilbrunn. S. 153-161, Burow 2012, S. 154 f., Hervorhebung im Original



# Qualitätsoffensive Lehrerbildung

## Lehramtsstudium und Professionalisierung

Weil Lehrerinnen und Lehrer für den Erfolg unseres Bildungssystems von entscheidender Bedeutung sind, ist es die Aufgabe von Bund und Ländern, die Bedingungen für eine qualitätsvolle Lehrerbildung bereit zu stellen. Entsprechend soll mit der wettbewerbsorientierten Qualitätsoffensive Lehrerbildung ein starker Impuls gegeben werden – es geht immerhin um 500 Millionen Euro – für eine qualitativ nachhaltige Verbesserung der Ausbildung angehender Lehrerinnen und Lehrer (1). Die Ziele des Programms zeigen Richtungen für ein zeitgemäßes Lehramtsstudium auf. In der entsprechenden Bund-Länder-Vereinbarung aus dem Frühjahr 2013 wird unter anderem eine Qualitätsverbesserung des Praxisbezugs gefordert, eine Fortentwicklung im Umgang mit Heterogenität und Inklusion, eine Verbesserung der professionsbezogenen Beratung und Begleitung der Studierenden und eine Fortentwicklung der Fachlichkeit, der Didaktik und der Bildungswissenschaften.

### Professionsbezogene Beratung und Begleitung

Was die Qualitätsoffensive Lehrerbildung bezogen auf eine professionsbezogene Beratung und Begleitung von Lehramtsstudierenden fordert, wird an einigen Hochschulen in Deutschland seit geraumer Zeit entwickelt und zum Teil auch schon praktiziert. Noch konkreter ist im § 3 von der Entwicklung von Verfahren zur gezielten Gewinnung geeigneter Studierender die Rede. Der Wissenschaftsrat hat bereits 2008 darauf hingewiesen, dass die Hochschulen bei der Eignungsfeststellung mitwirken sollten, indem ein Teil der Studieneingangsphase als Orientierungsphase genutzt werden könnte. Die Studierenden sollten ihre Fächerwahl

und ihre Studieneignung selbst erproben und sich gegebenenfalls neu orientieren können (2). Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) empfiehlt inzwischen, der Eignungsabklärung in der ersten Phase der Lehrerbildung mehr Raum zu geben, indem Selbstreflexionsprozesse über das Berufsziel Lehrer/in initiiert werden sollen (3). Während es in zahlreichen Ländern bereits seit längerem Auswahlverfahren für das Lehramtsstudium gibt (4), haben in Deutschland erst in den letzten Jahren Hochschulen damit begonnen, für die Lehramtsstudiengänge Selbstabklärungs- oder Selbsterprobungsverfahren einzuführen (5).

Dass die Frage der Eignung insbesondere für das Lehramtsstudium relevant ist, hängt mit den gestiegenen Anforderungen an den Lehrerberuf zusammen, die es erforderlich erscheinen lassen, besonders leistungsorientierte, beziehungsfähige und belastbare junge Menschen zu gewinnen. In Finnland beispielsweise gibt es schon seit geraumer Zeit Auswahlverfahren für Lehramtsstudierende (6). *Kohonen* hebt zwei wesentliche Ziele der Lehrerbildung in Finnland hervor, Lehrerinnen und Lehrer als reflektierte Praktiker und als Professionelle, die ihre eigene Arbeit erforschen, auszubilden. Entsprechend werde bei Auswahlverfahren auf kommunikative, selbstreflexive, kognitive und sprachliche Fähigkeiten der Bewerberinnen und Bewerber geachtet. Aber auch Befunde der Lehrerbefragungsforschung, zur Berufszufriedenheit und zur Lehrergesundheit haben vor allem in Deutschland dazu geführt, dass die Potenziale von Lehramtsstudierenden mit identifizierten „Risikomustern“, günstigen „arbeitsbezogenen Erlebens- und Bewältigungsmustern“ und „gesundheitserhaltende Faktoren“ aus der Forschung in Beziehung gesetzt werden (7).

### Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer fragt

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) hat eine schriftliche Anfrage zur Zahl der nicht bestandenen Prüfungen zum 2. Staatsexamen und zu den Gesamt- und Durchschnittsnoten gestellt sowie zur Zahl der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV), die ihre Ausbildung abgebrochen haben. Zudem möchte er wissen, wie viele Modulprüfungen absolviert wurden und wie viele davon nicht bestanden wurden. Außerdem wird der HPRLL mit dem HKM die Frage erörtern, warum gegenwärtig keine Ausbilderstellen mehr ausgeschrieben werden und die Zahl der Ausbildungsaufträge begrenzt ist (HLZ S. 24).

Die Kritik des HPRLL, dass im Schulungsprogramm der Führungsakademie das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) nicht vorkommt, ist offensichtlich angekommen. Für 2014 sind zwei eintägige Veranstaltungen vorgesehen, in denen sich Schulleitungen mit den Grundsätzen des HPVG vertraut machen sollen. Eine Teilnahme des HPRLL zur Konzeption und Durchführung sei „angedacht“. Der HPRLL hält dies nicht für ausreichend und fordert eine Einbeziehung des HPVG auch in die Angebote für neue Funktionsstelleninhaberinnen und Funktionsstelleninhaber.

### Auswahlverfahren: Auslese oder Unterstützung?

In der Diskussion über Verfahren zur Auswahl und zur Eignungsfeststellung von Lehramtsstudierenden wurde in den letzten Jahren problematisiert, ob sich die Ausrichtung eher auf Selektion oder auf Förderung und Qualifizierung konzentrieren sollte. Inzwischen gibt es Verfahren, die in erster Linie auf Professionalisierung ausgerichtet sind, in letzter Konsequenz aber auch selektive Auswirkungen haben können. Zu diesen Verfahren gehört das Konzept „Psychosoziale Basiskompetenzen für den Lehrerberuf“, das an der Universität Kassel seit 2008 für alle Studierenden der allgemein bildenden Lehramtsstudiengänge verpflichtend ist. Dabei werden in der Studieneingangsphase im Rahmen eines eininhalbtägigen Kompaktseminars zentrale psychosoziale Kompetenzen für den Lehrerberuf in Handlungssituationen erprobt. Zu diesen Handlungssituationen gehören das Auftreten vor einer Gruppe mit anschließendem Peerfeedback oder die Kollegiale Fallarbeit zum Erproben der eigenen Fähigkeit zum Perspektivwechsel. Als weitere Kompetenzen können die Studierenden unter anderem ihre Durchsetzungsfähigkeit und ihre Wahrnehmungskompetenz auf sich selbst bezogen (auf eigene innere Prozesse und Emotionen) und nach außen ge-

richtet (auf das Verhalten anderer Personen) erproben. Damit erfolgt zu Beginn des Studiums eine erste Standortbestimmung über die bereits vorhandenen psychosozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Die Studierenden erhalten am Ende des Seminars eine Rückmeldung zu ihren Stärken und Entwicklungsbedarfen, damit sie ihren individuellen Professionalisierungsprozess gezielt voranbringen können. Angekoppelt an die Schulpraktischen Studien ist das Konzept – für eine vergleichsweise kleine Gruppe von Studierenden – insofern auch selektiv ausgerichtet, als Studierende mit hohem Entwicklungsbedarf im Rahmen ihrer Schulpraktischen Studien auf der Basis des Kompetenzstands, der während des Kompaktseminars ermittelt wurde, gezielt gefördert und begleitet werden, ihnen bei ungünstigen Lernentwicklungen aber auch kein erfolgreiches Absolvieren des schulpraktischen Ausbildungssteils attestiert werden kann (8).

### Psychosoziale Ressourcen von Lehrkräften

Aus der salutogenen, das heißt auf den Erhalt und die Förderung der Gesundheit ausgerichteten Lehrerforschung ist inzwischen bekannt, dass Lehrerinnen und Lehrer, die über ein hohes Maß an personalen und sozialen Ressourcen verfügen, berufliche Anforderungen eher als Herausforderung denn als Belastung erleben. Das bedeutet, je breiter und differenzierter die Basis an verfügbaren Ressourcen ist, auf die zurückgegriffen werden kann, desto eher werden bei Beanspruchung aktive statt passiv-resignativer Bewältigungsstrategien gewählt. Dies schützt nicht nur die Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern, sondern wirkt sich auch positiv auf die Qualität ihres Unterrichts aus. Lehrkräfte, die in einem hohen Maß mit psychosozialen Ressourcen ausgestattet sind, realisieren ein breites Spektrum von Unterrichtsformen und unterrichten schülerorientierter als ihre Kolleginnen und Kollegen mit einer fragilen Ressourcenbasis (9). Bezogen auf selbstregulative Fähigkeiten als Teil der professionellen Kompetenz von Lehrkräften kann *Klusmann* im Rahmen der COACTIV-Studie nachweisen, dass diejenigen, die im beruflichen Kontext effektiv mit den eigenen Ressourcen haushalten können, schülerangemessener unterrichten, während es Lehrkräften mit geringeren selbstregulativen Fähigkeiten schwerfällt, sich den Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler auf kognitiver wie emotionaler Ebene anzupassen (10).

Die Forschungsbefunde unterstreichen noch einmal die Bedeutung, Lehramtsstudierenden frühzeitig Lerngelegenheiten zu bieten, um ihre psychosozialen Kompetenzen bewusst wahrnehmen und im Studienverlauf kontinuierlich weiter auf- und ausbauen zu können. Qualitativer Maßstab für das Bemühen um eine professionsorientierte Lehrerbildung sollte dabei stets die Frage sein, ob angehende Lehrerinnen und Lehrer mit den zu erwerbenden und bereits erworbenen Kompetenzen in die Lage versetzt werden, ihr Wissen und Können beständig zu erweitern, um im Laufe ihres Berufslebens auf die sich stetig wandelnden Bildungsanforderungen an Heranwachsende adäquat reagieren zu können. Dabei kommt die Qualitätsoffensive Lehrerbildung gerade recht, um mit entsprechender Unterstützung in breiterem Maße, als dies bisher möglich war, Lerngelegenheiten zum Aufbau zentraler Ressourcen anbieten und weiterentwickeln zu können, die Lehramtsstudierende in ihrem individuellen Professionalisierungsprozess voranbringen.

Prof. Dr. Dorit Bosse, Universität Kassel



- (1) Bund-Länder-Vereinbarung über ein gemeinsames Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes vom 12. April 2013
- (2) Wissenschaftsrat (Hrsg.) (2008): Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium. Köln, [www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Qualitaetsverbesserung\\_Lehrer.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Qualitaetsverbesserung_Lehrer.pdf)
- (3) KMK, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2013): Empfehlungen zur Eignungsabklärung in der ersten Phase der Lehrerausbildung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7.3.2013, Anlage IV zur NS 341, Berlin.
- (4) Sliwka, A./Klopsch, B. (2012): Auf den Lehrer/die Lehrerin kommt es an. Lehrerbildung und Lehrerprofessionalität in internationaler Perspektive. In: Weyand, B./Justus, M./Schatz, M. (Hrsg.): Auf unsere Lehrerinnen und Lehrer kommt es an. Geeignete Lehrer/innen gewinnen, (aus-)bilden und fördern. Essen, 14-35
- (5) Eine bundesweite Übersicht findet man bei Nieskens/Demarle-Meusel (2012): Für den Lehrerberuf geeignet? (herausgegeben von der Deutschen Telekom Stiftung). Lünen.
- (6) Valli, R./Johanson, P. (2007): Entrance examinations as gatekeepers. *Scandinavian Journal of Educational Research* 51, 493-510; Kohonen, V. (2007): Auswahlverfahren für Lehramtsstudierende in Finnland: Aufbau einer „transformativen“ Professionalität. In: *Journal für LehrerInnenbildung*, H. 2, 26-32.
- (7) vgl. Hanfstingl, B./Mayr, J. (2007): Prognose der Bewährung im Lehrstudium und im Lehrerberuf. In: *Journal für LehrerInnenbildung*, H. 2, 48-56; Schaarschmidt, U./Kieschke, U. (2007): Gerüstet für den Schulalltag. Weinheim und Basel.
- (8) Bosse, D./Dauber, H./Döring-Seipel, E./Nolle, T. (2012): Professionelle Lehrerbildung im Spannungsfeld von Eignung, Ausbildung und beruflicher Kompetenz. Bad Heilbrunn.
- (9) Döring-Seipel, E./Dauber, H. (2013): Was Lehrerinnen und Lehrer gesund hält. Göttingen, S. 105 ff.
- (10) Klusmann, U. (2011): Allgemeine berufliche Motivation und Selbstregulation. In: Kunter, M./Baumert, J./Blum, W./Klusmann, U./Krauss, S./Neubrand, M. (Hrsg.): Professionelle Kompetenz von Lehrkräften. Münster u.a., 277-295, S. 284 f.



# Referendariat in Hessen

## Perspektiven der Weiterentwicklung

Das Referendariat in Hessen ist durch die Modularisierung im Jahre 2005 inhaltlich und organisatorisch in eine Dauerkrise geraten. Die Krisensymptome sind offenkundig.

Die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) werden aufgrund der Benotung der einzelnen Module einem permanenten Notendruck unterworfen. Da die praktische Unterrichtstätigkeit im Zentrum der Benotung steht, „zählt“ jeder Unterrichtsbesuch für die Modulnote. Die Beratung wird – zumindest im Bewusstsein der LiV – zweitrangig. Statt auf die Weiterentwicklung der Unterrichtspraxis ist ihr Blick auf die Note gerichtet, die hinter den Erörterungen der Ausbilderinnen und Ausbilder durchschimmert. Nur die stärksten Persönlichkeiten und unabhängigen Geister schaffen es, das Referendariat ohne Anpassung an das, „was der Ausbilder will“, durchzustehen. Es besteht die Gefahr, dass infolge dieses Bewertungsmarathons Lernen durch Anpassung ersetzt und für die zukünftigen Lehrkräfte mit dem Erreichen guter Noten statt mit Bildung von Schülerinnen und Schülern und Selbstbildung der Lehrenden verbunden wird. Diese aufgrund der Erfahrung im Referendariat gewonnene „subjektive Theorie“ steht aber in Widerspruch zu dem, was die LiV in den Modulen lernen; dort erfahren sie nämlich, dass Lern- und Prüfungssituationen getrennt werden müssen, dass es während des Lernprozesses „formative“ Lernsituationen gibt, in denen die Lehrenden und Lernenden den Stand des Kompetenzerwerbs erkennen und Konsequenzen für die Weiterarbeit ziehen, und „summative“ Prüfungssituationen, in denen es um abschließende Bewertung zwecks Notenvergabe geht. Da braucht es viel „Ambiguitätstoleranz“, um mit diesen Widersprüchen umzugehen!

### Permanenter Notendruck

Selbstverständlich hat die permanente Benotung auch abträgliche Wirkungen auf die Beziehung zwischen Ausbilderinnen, Ausbildern und LiV. Statt selbstkritisch im Bemühen um guten Unterricht zu kooperieren, empfindet die LiV die Ausbilderinnen und Ausbilder primär als diejenigen, die Macht ausüben, weniger als diejenigen, die aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer didaktischen Reflexionskompetenz Lernpartner sein können. Umgekehrt hat die Notengebung und ihre juristische Absicherung für die Ausbilderinnen und Ausbilder einen hohen Stellenwert – oft im Konflikt mit der vertrauensvollen Offenheit, die nötig ist, um Lernprozesse anzustoßen. Auch vor der Modularisierung der Lehrerbildung mussten die Ausbilderinnen und Ausbilder die LiV bewerten, doch macht es einen gravierenden Unterschied, ob diese Bewertung am Ende von zwei Jahren Ausbildung erfolgte oder ob nach jedem Halbjahr vier, fünf Noten gegeben werden. Im Nachbarland Rheinland-Pfalz ist man nicht von ungefähr von der permanenten Benotung im Referendariat weggekommen.

Die permanente Bewertung war auch Thema bei einer der „Modulkonferenzen“ des Dezernats II.2 im Landesschulamts (LSA), zu der die hessischen Ausbilderinnen und Ausbilder

dienstverpflichtet wurden. *Helen Timperley*, Erziehungswissenschaftlerin aus Neuseeland und Mitarbeiterin von *John Hattie*, informierte dort über Forschungsprojekte zur Bedeutung formativer Beurteilungen und zur Etablierung einer Feedbackkultur in Schule und Unterricht. Die Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen aus allen Fächern und Schulformen liefen darauf hinaus, dass die Struktur der modularisierten Ausbildung in Hessen einem solchen Lernen zuwider laufe. Sie forderten eine erneute Überprüfung der Struktur der modularisierten Ausbildung und der permanenten Benotung. Auch die politisch Verantwortlichen müssen sich mit Timperleys Ergebnissen auseinandersetzen!

### Universitäre Lehrerbildung und Referendariat

Die Verbindung zwischen universitärer Ausbildung und Referendariat ist noch zu wenig ausgeprägt. An einigen hessischen Universitäten gibt es gute Ansätze wie die gut betreuten Praktika oder Projekte zur Kooperation zwischen Studierenden in den schulpraktischen Studien und LiV, wie sie in Nordhessen von der Universität Kassel, den Studienseminaren und den Ausbildungsschulen gemeinsam organisiert werden. Doch solche Formen der Verzahnung sind noch nicht die Regel. Auch das künftige Praxissemester wird sie nicht fördern, da es allein in der Verantwortung der Universität liegt und die Studienseminare – anders als in anderen Bundesländern – außen vor bleiben. Die Forderung nach einer besseren Verzahnung ist keine Absage an eine theoriegeleitete Analyse des Berufsfelds Schule, denn der reflektierte Praktiker benötigt ein solides Fachwissen und die Fähigkeit zu theoriegeleiteter Reflexion.

### Mangelnde Vorbereitung auf Inklusion

Es ist nicht erkennbar, wie Studium und Referendariat auf den Unterricht in der inklusiven Schule vorbereiten wollen. Modulbeschreibungen und Ausbildungsveranstaltungen sehen keine explizite Beschäftigung mit inklusiver Pädagogik, inklusivem Unterricht und inklusiver Schulentwicklung vor. Deshalb ist es leicht möglich, diesen Aspekt unter den Tisch fallen zu lassen, auch wenn nach der Einleitung zu den Modulbeschreibungen die rechtlichen Vorgaben zur Inklusion „bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung eines jeden Moduls im Vorbereitungsdienst zu beachten“ sind. Für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen gibt es ein spezifisches Modul „Diversität in Lehr- und Lernprozessen nutzen“, in dem möglicherweise das Thema „Inklusion“ seinen Platz haben soll. Aber wie sind die beiden Unterrichtsbesuche in diesem Modul zu bewerten? Wie sollen die modulspezifischen Standards in konkrete Beurteilungskriterien umgesetzt werden? Wenn schwerpunktmäßig der Umgang mit Diversität in der Unterrichtspraxis der LiV bewertet und benotet wird, besteht die Gefahr, dass bestimmte Schülerinnen und Schüler unter dem Aspekt ihrer Beeinträchtigung oder bestimmte Schülergruppen unter einem Etikett zusam-

mengefasst und auch darauf reduziert werden, so dass gerade kein inklusiver Blick auf die Unterrichtsstunde gerichtet wird. „Abspaltende Kategorien“, um die Lernenden zu diagnostizieren und ihren Lernerfolg zur Grundlage der Bewertung der „Lehrprobe“ zu machen, sind mit dem Konzept von *Diversity*, das dem Modul zugrunde liegt, auf jeden Fall nicht vereinbar und könnten *Hans Wockens* Diktum für inklusiven Unterricht unterlaufen:

*„In der Inklusion sind einfach alle unterschiedslos und namenlos verschieden. Die Einteilung der Kinder in dichotome Zuschreibungen wie ‚behindert‘ und ‚nichtbehindert‘ oder ihre Etikettierung als ‚Gutachtenkinder‘, ‚Förderkinder‘, ‚Integrationskinder‘ oder sonstige abgespaltene Kategorien ist mit der Philosophie inklusiver Pädagogik nicht vereinbar.“ (1)*

Um herauszufinden, ob diese Gefahr besteht und wie man ihr begegnen kann, bedarf es der lehramtsübergreifenden Kooperation der Studienseminare, zumal an den Gesamtschulen LiV unterschiedlicher Lehrämter und Studienseminare die gleichen Schülerinnen und Schüler unterrichten. Jedenfalls kann sich die Vorbereitung auf inklusive Schule und inklusiven Unterricht nicht auf ein einziges Modul beschränken, sondern sie ist eine Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Lehrerausbildung, der Pädagogik, Fachdidaktik und Schulentwicklung. Die Bundesländer Berlin und Baden-Württemberg haben dazu Kommissionen eingesetzt, die für alle Lehrämter in den Bildungswissenschaften und in den Fachdidaktiken eine sonderpädagogische Grundqualifikation fordern. So würden alle Lehramtsstudierenden die notwendige Basisqualifizierung erhalten, auf der die Zweite Phase aufbauen kann (2). In Hessen bleibt jedoch das streng selektive Schulsystem das Haupthindernis für die Verwirklichung von Inklusion.

### Negative Folgen der Sparmaßnahmen

Außer diesen inhaltlichen Problemfeldern belastet die Sparpolitik seit 2012 die Ausbildung in hohem Maße. Die Ausbilderinnen und Ausbilder erhalten viel zu wenig zeitliche Ressourcen für ihre Ausbildungsarbeit. Ihr Unterricht fällt wegen der Unterrichtsbesuche aus; der durch Zeitknappheit bedingte Stress führt zu krankheitsbedingten Ausfällen, für die es wiederum keine Vertretungen gibt. Die Beziehung zwischen Studienseminaren und Ausbildungsschulen verschlechtert sich, weil die Schulen zu Recht daran interessiert sind, dass Ausbilderinnen und Ausbilder ihren Unterricht halten. Außerdem sinkt die Ausbildungsbereitschaft der Ausbildungsschulen, seit die LiV mit acht Stunden angerechnet werden, so dass der Staat immer mehr Druck auf die Schulen ausübt, um seiner Ausbildungsgarantie gerecht zu werden. Eine gute Ausbildung ist aber nur möglich, wenn die LiV an den Schulen willkommen und nicht nur geduldet sind und wenn die aus der Verkürzung des Referendariats gewonnenen Ressourcen endlich den Mentorinnen und Mentoren in Form von Anrechnungsstunden zugutekommen.

### Forderungen der GEW

Der GEW-Landesvorstand hat seine Forderungen in einem Beschluss vom 25. Mai 2013 formuliert (3). Sie gelten auch für die neue Landesregierung, die im Januar ihr Amt antritt:

- Die GEW fordert die Abschaffung der den ganzheitlichen Blick auf Unterricht hemmenden Modulstruktur. Die Ausbildungsveranstaltungen in den von der Kultusministerkonferenz



formulierten Kompetenzbereichen Erziehen, Unterrichten, Diagnostizieren/Beurteilen und Innovieren müssen sich über die gesamte Dauer des Referendariats erstrecken.

- Die GEW fordert die Abschaffung der permanenten Benotung der LiV und die Rückkehr zur Benotungspraxis, die die professionelle Entwicklung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst über einen längeren Zeitraum zur Grundlage der Bewertung macht.
- Die GEW fordert eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung der LiV auf maximal zehn Stunden, sodass sie noch Zeit für Hospitationsunterricht haben.
- Eine gute Ausbildung erfordert Ressourcen in Form von Zeit für Beratung und Reflexion. Daher müssen die Ressourcen für die Ausbildung am Studienseminar auf mindestens 5,2 Zeitwochenstunden pro LiV erhöht werden. Die Schulen müssen pro LiV zwei Stunden für die Entlastung von Mentorinnen und Mentoren erhalten. Die Anrechnung der LiV an den Schulen muss auf maximal vier Stunden gesenkt werden.

Mittelfristig müssen Konzepte für die bessere Verzahnung der Phasen der Lehrerbildung sowie für die Vorbereitung auf die inklusive Schule entwickelt und umgesetzt werden. Die GEW wird dies kompetent und kritisch begleiten.

Franziska Conrad

Franziska Conrad leitet zusammen mit Heike Lühmann das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand. Sie ist Ausbilderin und Mitglied im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer.

(1) Wocken, H. (2012): Das Haus der inklusiven Schule. Baustellen – Baupläne – Bausteine, Hamburg, S. 119.

(2) [www.berlin.de](http://www.berlin.de) > Suche: Expertenkommission Lehrerbildung; [www.kultusportal-bw.de](http://www.kultusportal-bw.de) > Suche: Expertenkommission Lehrerbildung

(3) [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft > Themen > Lehreraus- und -fortbildung



# Leserbrief aus dem Jahr 2035

## Joachim Eulers Plädoyer für die Einphasigkeit

*Zufällig ist mir die Ausgabe der HLZ vom November 2013 mit dem Titelthema „Politikwechsel in Hessen?“ in die Hände geraten. Dort setzte sich der ehemalige Leiter des Referats Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand Joachim Euler, der bis 2012 Leiter des Studienseminars für berufliche Schulen in Frankfurt war, grundlegend mit der Lehrerausbildung auseinander und skizziert ein aus seiner Sicht dringendes Reformvorhaben für Hessen. Dieser Artikel ist damals von vielen als dramatisierender Weckruf verstanden worden. Liest man diesen Aufruf aus der Distanz von 22 Jahren, kann man ein leichtes Schmunzeln kaum unterdrücken. Erstaunlich, was sich mittlerweile verändert hat und als selbstverständlich angesehen wird. Auf einige Veränderungen soll an dieser Stelle hingewiesen werden.*

Seit Anfang der zwanziger Jahre gibt es einen Numerus Clausus für den Lehrerberuf. Er gilt für Lehrerinnen und Lehrer der Primarstufe und der Sekundarstufen I und II. Nur die besten Abiturientinnen und Abiturienten können den Lehrerberuf ergreifen. Verantwortlich dafür ist ein Wertewandel, der Bildung und Ausbildung in der Rangliste nach ganz oben katapultiert hat. Viele Bewerberinnen und Bewerber müssen abgelehnt werden, unabhängig von den Fächern, die sie studieren wollen.

### Bildung steht auf der Rangliste ganz oben...

Vor Eintritt in das Lehrerstudium findet eine vierzehntägige Vorbereitungsphase statt, in der die Erfahrungen der eigenen Schulzeit und die Motive für die geplante Berufswahl bearbeitet werden. Ziel dieser Einführungsphase ist zudem, Gruppenfähigkeit und Eignung für die Leitung von Gruppen zu thematisieren. In der Mitte des Studiums und am Ende finden vergleichbare Seminare statt. Damit wird ein Prozess initiiert, der die Grundlage für ein professionelles Reflexionsvermögen legen soll. Diese studienbegleitenden Seminare sind nicht als Prüfungen für eine Eignung für den Lehrerberuf konzipiert, sollen aber schon die Möglichkeit bieten, die eigene Berufswahl zu überprüfen. Entsprechende Beratungsangebote können wahrgenommen werden, in denen gegebenenfalls berufliche Alternativen aufgezeigt werden.

Die heutige Lehrerausbildung im Jahr 2035 geht von dem Grundsatz aus, dass „gute Lehrerinnen und Lehrer“ „guten Unterricht“ sehen können müssen. Das hat Konsequenzen. Alle Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Bereich der Lehrerbildung unterrichten mindestens vier Wochenstunden an einer in der Nähe der Universität gelegenen Schule. Auch die Ausbilderinnen und Ausbilder an den Studienseminaren, natürlich auch deren Leitungen, unterrichten zwischen vier und sechs Stunden pro Woche an Schulen und sind für mindestens ein Ausbildungsseminar verantwortlich. Kopfschüttelnd liest man, dass nach Aussage von Joachim Euler im Jahr 2013 „mehr als 50% der Ausbilderinnen und Ausbilder (...) über Jahre nicht unterrichteten“. Das ist heute undenkbar, allein deswegen, weil Ausbilderinnen und Ausbilder, ob an der Hochschule oder am Seminar, regelmäßig, mindestens einmal alle fünf Jahre, Unterricht vor einer

Gruppe von Kolleginnen und Kollegen halten und sich anschließend im Gespräch über Fragen der Unterrichtsbesprechung austauschen. Entweder ist der unterrichtende Kollege von Beginn an bei der Besprechung dabei oder sie findet – zum Beispiel bei der Seminarleitung – erst einmal ohne den unterrichtenden Kollegen statt. Er wird dann mit dem Beratungsergebnis konfrontiert, über das dann in der ganzen Gruppe geredet wird.

### ...Ausbilder zeigen ihren Unterricht...

Dieses Prinzip, dass Ausbilderinnen und Ausbilder unterrichten, in ihrem Unterricht besucht werden und auch ihr Unterricht analysiert wird, ist Grundlage der Lehrerausbildung an Universitäten und Seminaren. Bis es so weit war, gab es heftigste Widerstände, vor allem der betroffenen Institutionen, die im Interesse einer nachhaltigen Lehrerbildung überwunden werden konnten. Es gibt ein computergestütztes Anmeldesystem, so dass Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) regelmäßig in den Unterricht ihrer Ausbilderinnen und Ausbilder kommen können. So wird auch für die LiV der Besuch ihres Ausbildungsunterrichts zur willkommenen Selbstverständlichkeit. Die technischen Möglichkeiten, Unterricht mit mehreren Kameras aufzunehmen, können genutzt werden, oder es wird auf Transkriptionen von Unterrichtsstunden zurückgegriffen.

Die Kolleginnen und Kollegen des Jahres 2013 würden staunen, was mittlerweile in der Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer selbstverständliche Praxis ist, obwohl man auch schon damals wusste, dass es zur wissenschaftlichen und fachärztlichen Ausbildung eines Chirurgen gehört, dass er guten Operateuren lange genug zusehen konnte, bevor er seine erste Blinddarmoperation vornehmen sollte. Heute im Jahr 2035 wird die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern gesellschaftlich als genauso wichtig angesehen wie die Arbeit von Ärztinnen und Ärzten.

### ... und Geld für Bildung ist auch genug da

Und die Finanzierung? Sie wollen wissen, was aus der Schuldenbremse geworden ist? Auch hier hat ein Mentalitätswandel stattgefunden. Diese Gesellschaft ist nicht arm, wie die Diskussion um die Staatsverschuldung lange Zeit hat glauben lassen, sondern sie ist reich, und zwar so reich, wie dieses Land in seiner Geschichte noch nie war. *Heiner Geißler*, ein CDU-Politiker aus Ihrer Zeit, wusste das schon am Anfang des 21. Jahrhunderts: „Geld ist da wie Dreck, es ist nur in den falschen Händen.“

Für Bildung und Ausbildung unserer Kinder ist zum Glück heute genug Geld da, weil die Bewältigung der Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft im öffentlichen Bewusstsein Priorität hat. Und das kommt den Hochschulen, Studienseminaren und Schulen zugute und vor allem den Schülerinnen und Schülern.

Thomas Adamczak

# Mentorinnen und Mentoren

## Der vergessene Teil der Lehrerbildung



Die hessische Lehrerbildung ist seit über zehn Jahren im Umbruch. Modularisierung, Kompetenzorientierung, LiV statt Ref, Erhöhung des Pflichtstundenanteils der LiV, Fremdprüfer, Verkürzung des Vorbereitungsdienstes, Erhöhung der Arbeitszeit der Ausbilder, Abschaffung des Stimmrechts des 7. (heute 5.) Prüfungsmittglieds im Zweiten Staatsexamen etc. ...

Eine Personengruppe, die bei den Reformdiskussionen zunehmend in Vergessenheit gerät, sind die Mentorinnen und Mentoren. Dieser Eindruck erhärtete sich im Februar 2013, als eine bislang in Deutschland einzigartige Aufgabenbeschreibung für Mentoren aus der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrbildungsgesetzes (HLbGDV) gestrichen wurde. Zwar sind die Mentorinnen und Mentoren nach wie vor an der Ausbildung der Praktikantinnen und Praktikanten und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) beteiligt, zur Anleitung und Reflexion von Unterricht verpflichtet und haben einen Einfluss auf das Schulleitertgutachten für die LiV, doch wurde der Rechtsanspruch, für Unterrichtsbesuche und Nachbesprechungen freigestellt zu werden, danach bezweifelt. Auch die Kooperationsbeziehung zum Studienseminar wurde erst nach Interventionen des Hauptpersonalrats (HPRLL) in einem Erlass wieder rechtlich festgeschrieben (HLZ S. 8). Von Entlastungsstunden ist in Hessen sowieso keine Rede mehr, obwohl sie den Mentorinnen und Mentoren vor der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von 24 auf 21 Monate im Jahr 2011 in Aussicht gestellt worden waren.

Die grundlegende Bedeutung der Mentorentätigkeit für das Gelingen der Lehrerbildung wird in Deutschland flächendeckend unterschlagen. Das mag vor allem daran liegen, dass die Arbeit der Mentoren wenig formalisiert ist. Sie lebt von einer dialogischen Beziehung zwischen Lehrkräften und LiV oder Praktikanten. Im Idealfall basiert diese Beziehung auf einem wenig hierarchischen Vertrauensverhältnis, in dem beide Beteiligte von den professionellen Kompetenzen des Gegenübers überzeugt sind und entsprechendes Engagement bei der Ausbildung zeigen.

Für die Mentorinnen und Mentoren heißt das in der Realität, dass sie große Teile ihrer Freizeit in die gemeinsame Unterrichtsplanung und -reflexion mit den LiV investieren und so zur erfolgreichen Bewältigung des Vorbereitungsdienstes beitragen. Dazu gehört neben der organisatorischen Beratung und Unterstützung auch die psychologische Entlastung der LiV, die sich in den Unterrichtsbesuchen häufig als gesamte Persönlichkeit auf dem Prüfstand gestellt sehen. Hier erfüllen viele Mentoren aus Sympathie und professionellem Selbstverständnis heraus Beratungstätigkeiten, die weit über ihr ursprünglich formuliertes Arbeitsfeld hinausgehen.

Mentorinnen und Mentoren arbeiten fallbasiert. Im Idealfall, zum Beispiel bei Doppelbesetzungen und Hospitationen, können sie die professionelle Entwicklung der LiV und Praktikantinnen und Praktikanten anhand eigener Beobachtungen über einen längeren Zeitraum hinweg nachvollziehen. Gelingt die Beziehung zwischen beiden am Ausbildungsprozess Beteiligten, steht bei den Nachbesprechungen von Unterrichtsbesuchen und Staatsexamina der LiV auch immer das

Professionswissen der Mentorinnen und Mentoren zur Diskussion. Dies bleibt bei der Unterrichtsreflexion mit Fachleiterinnen und Fachleitern oft unberücksichtigt.

Umgekehrt kann eine misslungene Beziehung zwischen Mentor und LiV eine ernsthafte Belastung darstellen und die Ausbildung sogar gänzlich in Frage stellen, sofern keine formellen oder informellen Möglichkeiten zur Krisenintervention an Ausbildungsschulen und Studienseminaren gegeben sind.

Im Hinblick auf weitere Umstrukturierungen in der hessischen Lehrerbildung – insbesondere auf die Einführung eines Praxissemesters in der ersten Ausbildungsphase – ist dem Gesetzgeber dringend anzuraten, die Arbeit der Mentorinnen und Mentoren endlich zu honorieren! Die Beschreibung ihrer Aufgaben muss wieder im Hessischen Lehrbildungsgesetz verankert werden. Fortbildungsangebote für Mentorinnen und Mentoren müssen in Zukunft auf deren Bedürfnisse zugeschnitten werden. Das Land Hessen spart durch die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes jährlich Kosten von etwa 8,7 Millionen Euro. Dieses Geld muss endlich in Entlastungsstunden für Mentorinnen und Mentoren in beiden Ausbildungsphasen investiert werden! Eine gelungene Lehrerbildung steht und fällt mit dem persönlichen Engagement und dem Goodwill aller Lehrerinnen und Lehrer an hessischen Ausbildungsschulen!

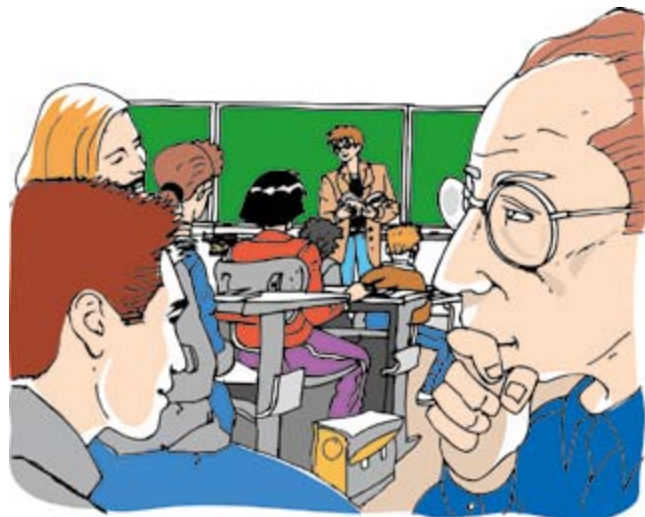
Andrea Gergen

### Literatur zum Thema

Richter, Dirk; Kunter, Mareike; Lüdtke, Oliver; Klusmann, Uta; Baumert, Jürgen (2011): Soziale Unterstützung beim Berufseinstieg ins Lehramt. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 14 (1), S. 35-59.

Terhart, Ewald (2000): Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Kommission. Weinheim [u.a.]: Beltz Pädagogik.

Walm, Maik; Wittek, Doris (2013): Lehrer\_innenbildung in Deutschland. Eine phasenübergreifende Analyse der Regelungen in den Bundesländern. Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Frankfurt am Main.



# Lehrerfortbildung: Im Gespräch

## Mit Birgit Fluhrer, Heike Lühmann und Rudolf Messner

*HLZ-Redakteur Harald Freiling diskutierte mit Birgit Fluhrer vom Studienseminar für das Lehramt an Beruflichen Schulen in Wiesbaden, Heike Lühmann vom Referat Aus- und Fortbildung im Landesvorstand der GEW Hessen und Professor Ru-*

*dolf Messner, der die Lehrerfortbildung in Hessen seit vielen Jahrzehnten begleitet und jetzt mit Christoph Edelhoß und Dorit Bosse einen Plan für eine Wiederbelebung und Neustrukturierung vorgelegt hat.*

**HLZ:** Heike, ihr habt in der HLZ über ein Werkstattgespräch der GEW Hessen im Juni berichtet und zitiert dort den Leiter des früheren Amtes für Lehrerbildung Frank Sauerland mit den Worten, dass die Konzepte zur Reform der Lehrerfortbildung weitgehend gescheitert sind und dass es „im didaktisch-methodischen Bereich, dem Kerngeschäft von Unterricht, nur wenige Angebote gibt“. Ist das ein Eingeständnis, das die GEW befriedigt?



Heike Lühmann: „Regionale Kompetenzzentren können den Aufbau einer professionellen Lehrerfortbildung voranbringen.“

**Lühmann:** Klar, wir beklagen den Zustand der hessischen Lehrerfortbildung schon lange. Angebote zur individuellen Fortbildung gibt es so gut wie keine mehr, fachdidaktische Fortbildung nur noch im Rahmen der vom Kultusministerium verfolgten Ziele, sprich zum kompetenzorientierten Lernen. Seminare zur kritischen Reflexion von Schule findet man nur noch auf dem freien Fortbildungsmarkt.

**HLZ:** Herr Messner, Sie waren mehr als 25 Jahre in der Lehrerausbildung an der Universität Kassel tätig, haben die Offene Schule Kassel Waldau und in den siebziger Jahren den Modellversuch Regionale Lehrerfortbildung wissenschaftlich begleitet und waren über die Reinhardswaldschule eng mit der hessischen Lehrerfortbildung verbunden. Wie beurteilen Sie den Zustand?

**Messner:** Ich befinde mich da in einem Dilemma. Auf der einen Seite nehme ich wahr, dass es auch vorzügliche Angebote gibt, Fortbildner, die eine sehr gute Arbeit leisten. Auf der anderen Seite krankt das ganze System, weil die Fortbildung nur noch als Bildungsmanagement organisiert wird und sich die einzelne Lehrkraft die Angebote auf dem Fortbildungsmarkt zusammensuchen muss. Die Lehrerfortbildung in Hessen wirkt auf mich chaotisch und beliebig, es fehlen die Ziele und eine bewusste Gestaltung. Die beteilig-

ten Akteure sind nicht mehr systemisch vernetzt. Da gibt es zwar eine zentrale Stelle, die Veranstaltungen freier Träger akkreditiert, aber das macht die Sache nicht übersichtlicher.

**Fluhrer:** Das ist auch mein Eindruck. In meinem Einsatzplan als Ausbilderin am Studienseminar sind zwar Stunden für Fortbildung vorgesehen, aber ich kenne ja gar nicht den Bedarf der Kolleginnen und Kollegen. Und wenn sich die Bedarfe am Studienseminar verändern, werde ich dort auch wieder abgezogen, weil die Ausbildung der LiV Vorrang hat.

**Lühmann:** Ein weiteres Manko ist die Tatsache, dass Fortbildung in Hessen keinen Ort mehr hat. Die Tagungsstätten, die wir noch haben, werden von der Führungsakademie genutzt, da gibt es auch ein umfangreiches Programm, aber für die Lehrerinnen und Lehrer stehen sie kaum noch zur Verfügung. Lehrerfortbildung braucht Orte und ein Eigenrecht, nicht Vorgaben, die nur aus dem Kultusministerium kommen.

**HLZ:** Frau Fluhrer, Sie sind Ausbilderin am Studienseminar für Berufliche Schulen in Wiesbaden, leiten aber auch fachdidaktische Fortbildungen für das Fach Spanisch. Und Sie haben zusammen mit Michael Katzenbach Konzepte entwickelt, wie man Fortbildungsangebote stärker an der Praxis und am Arbeitsalltag der Lehrerinnen und Lehrer orientieren kann. Haben denn die Studienseminare überhaupt Kapazitäten für die Fortbildung?

**Fluhrer:** Wir wollen das schon, denn an den Studienseminaren ist gerade die fachdidaktische Kompetenz vorhanden. Aber wenn wir etwas anbieten, stellt sich immer die Frage, wer das bezahlt. Das Landesschulamt? Das regionale Schulamt? Die Schule aus ihrem viel zu geringen Fortbildungsbudget? Da gibt es viele Unklarheiten. Ich bin auch als Multiplikatorin tätig und in unsere Ausbildung wurde viel Geld gesteckt. Und danach wurden die Kontingente für die Umsetzung dessen, was wir gelernt haben, wieder gekürzt. Herr Messner hat da ganz recht: Es fehlt ein vernetztes System...

**Messner:** ... und diese Vernachlässigung der Lehrerfortbildung hat gravierende Folgen. Früher dachte man, dass die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer nach der ersten und zweiten Phase an der Uni und im Referendariat weitgehend abgeschlossen ist. Der Rucksack war sozusagen für das gesamte Berufsleben gut gepackt, allerhöchstens musste man ihn nur noch punktuell durch ein paar Seminare auffüllen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Heute stehen wir vor ganz anderen Herausforderungen, die eine lebenslange berufsbegleitende Fortbildung erfordern, die natürlich in der Hand der einzelnen Lehrkraft liegt. Und gerade dort, wo die größten Anstrengungen erforderlich wären, in der berufsbegleitenden Fortbildung, fehlt jede Institutionalisierung. Das ist grotesk.



**Fluhrer:** Dazu ein Beispiel: Im Referendariat werden individuelle Förderung und individuelles Lernen ganz groß geschrieben. Aber wir können Schule nicht nur von der Ausbildung her verändern. Wie sollen die Berufsanfänger die neuen Arbeitsweisen im laufenden Betrieb umsetzen, wenn sich nicht auch Schule entwickelt? Dazu müssen Universitäten, Studienseminare und Schulen Hand in Hand arbeiten.

**Lühmann:** Punktuelle einzelne eintägige Seminare, Nachmittagsveranstaltungen und der eine oder andere pädagogische Tag reichen dafür in der Tat nicht aus. Nachhaltige Schul- und Unterrichtsentwicklung muss durch Fortbildung begleitet werden, die strukturiert ist, für die zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen, deren Wirksamkeit in der schulischen Realität erprobt werden kann.

**Messner:** Ich würde es eine Kultur der erwachsenenpädagogischen Fortbildung nennen, die nicht von oben diktiert und vorgegeben, sondern von den Lehrkräften als „ihre Sache“ angesehen wird. Da ist auch der Berufsstand in seinem professionellen Selbstverständnis gefragt. Der Aufbau einer solchen Fortbildung braucht Zeit und Verlässlichkeit. Aus dem kurzfristigen Agieren von Schuljahr zu Schuljahr kann nichts Vernünftiges erwachsen...

**Fluhrer:** ... zumal sich die Schulen die Fortbildungsangebote mühsam zusammensuchen müssen. Es gibt nicht einmal einen Katalog, in den ich reinschauen kann...

**Lühmann:** ... außer bei der Führungsakademie.

**HLZ:** *Wir haben bisher noch wenig über die Inhalte der Fortbildung gesprochen. Die staatlichen Angebote orientieren sich ausschließlich an zentralen Vorgaben und nicht an den Bedürfnissen der Lehrkräfte. Erst wurde Klippert durch die Schulen getrieben, dann kam die Kompetenzorientierung, mit deren inhaltlicher Konkretion man die Lehrkräfte im Regen stehen ließ, jetzt kommt vielleicht Hattie oder wer weiß was. Aber das, was uns auf den Nägeln brennt, sei es die Inklusion, der wieder steigende Anteil von Schülern ohne Deutschkenntnisse oder drohendes Schulversagen – da ist doch Fehlzanzeige.*

**Lühmann:** Auch in die Ausbildung der Schulentwicklungsberater hat das HKM viel Geld gesteckt, und dann, als deren Ausbildung abgeschlossen war, hat man die Maßnahme zusammengestutzt, um die Stellen für die 104-prozentige Lehrerruweisung zusammenzuklauben.



*Rudolf Messner: „Es ist ein Irrglaube, dass man Unterricht über Zielvorgaben und Zielmanagement verbessern kann.“*



*Birgit Fluhrer: „Was fehlt, ist eine praxisbegleitende längerfristig angelegte Fortbildung mit konkretem Bezug zum Unterricht.“*

**Fluhrer:** Ich erinnere an die Untersuchungen von Lipowsky und anderen zur Wirksamkeit von Fortbildung. Sie haben gezeigt, dass Fortbildung dann wirksam ist, wenn neue Konzepte in der Unterrichtspraxis umgesetzt werden und in den Fortbildungsveranstaltungen Raum geboten wird, diese zu reflektieren, im Sinne einer Theorie-Praxis-Reflexion. Das erfordert praxisbegleitende längerfristig angelegte Fortbildung mit konkretem inhaltlichem Bezug zum Unterricht. Ich habe mit Michael Katzenbach zusammengearbeitet, der uns berichtete, wie man in Neuseeland vorgeht, wo Kompetenzmodelle, Unterrichtsskripte und Aufgabenformate in Kooperation von Universitäten und Praktikern entwickelt wurden und den Lehrkräften für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden ...

**HLZ:** *...und Lehrkräften die Zeit gegeben wird, um sich das alles zu erarbeiten und im Unterricht umzusetzen. Für die diagnostischen Interviews werden die Lehrkräfte zwei Tage freigestellt, zur Vorbereitung gab es sechsmonatige Seminarreihen (1) ...*

**Messner:** Es ist ein Irrglaube, dass man Unterricht vor allem über Zielvorgaben oder geschicktes Zielmanagement verbessern kann. Das geht nur über attraktive Inhalte und durch gelungene Methoden, die in gemeinsamer Praxis entwickelt werden. Schließlich handelt es sich bei der Kompetenzorientierung oder der Inklusion, um nur zwei Beispiele zu nennen, um Generationenaufgaben. Das geht nicht mit Belehrung und Verkündung, sondern nur durch das Einüben in gemeinsame Praxis in der Schule oder an den Orten der Lehrerfortbildung. Und das funktioniert nur mit partizipativer Beteiligung...

**Fluhrer:** ... und mit langem Atem. Die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen werden doch verrückt, wenn sie ständig mit etwas Neuem konfrontiert werden. Wenn man sich gerade auf etwas eingelassen hat, ist es schon wieder abserviert...

**Messner:** ... und man braucht die Menschen, die professionell Verantwortung für Lehrerfortbildung übernehmen. Politiker sagen mir dann immer, dass man dafür die Experten an den Universitäten und Studienseminaren hat. Das ist falsch. Die Universitäten verstehen in aller Regel zu wenig von der Schulpraxis und die Studienseminare sind mit ihrer originären Aufgabe, wie ich höre, gut ausgelastet. Wir brauchen eine Mannschaft, die schulnah arbeitet und die Lehrkräfte beteiligt.

**Lühmann:** Und es geht auch nicht nur über den privaten Fortbildungsmarkt. Der kann – wie unsere Bildungsgesellschaft lea – gute Ergänzungen bereitstellen, auch mal gegensteuern, aber er kann das staatliche Angebot nicht ersetzen.

**HLZ:** Herr Messner, können Sie diese „Mannschaft“ mal genauer beschreiben? Wer soll das sein? Wir wissen doch alle, was passiert, wenn man Lehrkräfte mit Fortbildnern, sei es aus den Universitäten oder aus den Studienseminaren, konfrontiert, die nichts mehr mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben oder – im schlimmsten Fall – die neue Aufgabe nur gewählt haben, damit sie nichts mehr mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben.

**Messner:** Die Mannschaft muss aus dem Berufsstand rekrutiert werden. Die Universitäten können an der Ausbildung der Fortbildner mitwirken, aber die Schulnähe ist das Entscheidende. Das muss man auch nicht lebenslang machen, sondern es muss einen Wechsel zwischen Schwerpunkten in der Schule und in der Fortbildung geben, durch Teilabordnungen oder zeitlich begrenzte Abordnungen. Ich sehe das an den Universitäten, wo wir durch die Reduzierung der Zahl der pädagogischen Mitarbeiter, die aus der Schule kommen und wieder in die Schule gehen, ein folgenschweres Nachwuchsproblem haben. Auch Timberley und Hattie helfen uns da nicht aus der Klemme. Ich kenne beide und habe vor ihnen großen Respekt. Aber in Deutschland werden sie als Kultfiguren hofiert, die der Politik aus der Krise heraushelfen sollen, die diese vorher selbst produziert hat.

**HLZ:** Herr Messner, Sie haben mit Christoph Edelhoff und Dorit Bosse „Essentials“ zum institutionell-organisatorischen Ausbau der Lehrerfortbildung in Hessen formuliert und in vielen Runden zur Diskussion gestellt (2).

**Messner:** Der Hauptgedanke, und der resultiert aus jahrzehntelangen Erfahrungen mit gelungener Lehrerfortbildung, ist der einer dezentralen Steuerung. Die Zentrale im Landesschulamt und in der Lehrkräfteakademie muss sich auf die Koordinierung und Aufsicht beschränken. Im Mittelpunkt unserer Planung stehen vier regionale Zentren in Süd-, Nord- und Mittelhessen und in Frankfurt, die jeweils über ein Team und eine Tagungsstätte verfügen, die Lehrerfortbildung in der Region eigenverantwortlich gestalten und außerdem als Kompetenzzentrum inhaltliche Schwerpunkte abdecken. Sie sollen mit den örtlichen Universitäten in Darmstadt, Frankfurt, Gießen-Marburg und Kassel zusammenarbeiten, ebenso mit den Studienseminaren und Schülämtern. Grundprinzip ist die Subsidiarität: Was vor Ort entschieden werden kann, soll auch vor Ort entschieden werden. Anders als in der Verinselung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den 15 Staatlichen Schülämtern, die derzeit für die regionale Fortbildung zuständig sind, wollen wir Kräfte bündeln, Kompetenzen und Ressourcen zusammenführen. Regionale Fortbildungsräte sollen die Abstimmung mit den Lehrkräften an den Schulen organisieren, ein wissenschaftlicher Beirat soll die Entwicklung landesweit begleiten.

**HLZ:** Wollen Sie so zurück zum alten HILF?

**Messner:** Die Kritik am HILF, am HeLP und der Reinhardtschule war zum Teil ungerecht und demagogisch, zum Teil aber auch berechtigt. Wir müssen heute Evaluation sicherstellen, wir wollen die Zusammenarbeit mit den Studienseminaren, wir wollen mehr Angebote für Gymnasien und die Integration der beruflichen Bildung. Es gibt mit der Inklusion ganz neue Themen: Wir leben in einer anderen Welt.

**Lühmann:** Ich kann diesem Konzept sehr viel abgewinnen, die mögliche Rolle von Landesschulamt und Lehrkräfteakademie sehe ich allerdings sehr kritisch. Seit dem Start des Landesschulamts vor einem Jahr ist außer großen Ankündigungen und Bekenntnissen zur großen Bedeutsamkeit der Lehrerfortbildung gar nichts geschehen. Die Lehrkräfteakademie besteht mit Ausnahme der Führungskräfteakademie nur auf dem Papier...

**Messner:** ...und das ist ein weiterer Irrglaube, dass man die Schulentwicklung über die Schulleitungen steuern kann.

**Lühmann:** Sie wollen, Herr Messner, in Ihrem Konzept den regionalen Zentren auch überregionale Schwerpunkte zuordnen und orientieren sich dabei nach meinem Eindruck sehr stark an den Fächern. Was wird dann aus überfachlichen Themen, zum Beispiel aus der Inklusion?

**Messner:** Wir stellen unsere „Essentials“ in vielen Gesprächsrunden zur Diskussion und entwickeln sie so weiter. Unser Ausgangspunkt war, dass die Lehrpersonen vor allem über ihre Fächer zur Fortbildung motiviert werden. Aber wir wollen auch die Schulentwicklung, die psychosozialen Belastungen der Lehrkräfte und andere überregionale Zukunftsaufgaben wie etwa die Inklusion fest verankern.

**HLZ:** Haben Sie das Konzept auch mal durchgerechnet?

**Messner:** Ja, und wir brauchen durch die Bündelung bisheriger Stellen in den regionalen Zentren kein zusätzliches Personal, allerdings zusätzliche Ressourcen, insbesondere im Bereich der Studienseminare, auch wenn man sich nicht immer sicher sein kann, dass die Lehrkräfte von manchen ihrer früheren Ausbilder oder von denen, die sie als Mentoren kennengelernt haben, auch noch ein Leben lang fortgebildet werden wollen. Insoweit hat die Übernahme von Aufgaben in der Lehrerfortbildung durch die Studienseminare auch ihre Grenzen. Gute Leute werden von den gestandenen Profis akzeptiert, aber man kann nicht das System darauf aufbauen.

**HLZ:** Heike, wie wird die GEW mit dem Konzept umgehen?

**Lühmann:** Wir unterstützen die grundlegende Zielsetzung dieses Konzepts sehr und wollen es voranbringen. Wir sehen in vielen Punkten des Konzepts eine gute Konkretisierung unserer GEW-Forderungen. Eine dritte Phase der Lehrerbildung „mit eigenem Profil“, die nicht als „Subfunktion anderer staatlicher Einrichtungen organisiert“ wird und die „von Angehörigen des Berufsstandes wesentlich mitverantwortet wird“, halten wir für wichtig. Auch die Gründung regionaler Kompetenzzentren, die zum Teil auf noch bestehende Einrichtungen wie die Reinhardtschule zurückgreifen sollen, könnte den Aufbau einer professionellen Lehrerfortbildung wesentlich voranbringen. Unsere Forderungen an eine neue Landesregierung haben wir deutlich formuliert, sie bedeuten für die Lehrerfortbildung einen klaren Richtungswechsel. Mit dem erarbeiteten Konzept wäre er möglich.

**HLZ:** Mir gefällt, dass das Konzept Essentials in Erinnerung ruft, die jahrelang schlecht geredet wurden: die Partizipation, die Notwendigkeit von Fortbildungsstätten, die fachdidaktische Fortbildung, die Freiräume für kritische Reflexion oder der Unterrichtsbezug. In diesem Sinn danke ich Ihnen für das Gespräch.

(1) Michael Katzenbach: Blick nach Neuseeland, HLZ 11-2012, S.16f.

(2) Download: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft > Themen > Aus- und Fortbildung



gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

Januar – März 2014

### ARBEITSPLATZ SCHULE

Workshop P5152

**Maschinenschein Holzverarbeitung - Intensiv**

Jürgen Schnellbacher

jew. Di, 28.01., 04.02., 11.02., 18.02., 25.02. u. 04.03.14,

jew. 14:00 - 18:30 Uhr, Fürth / Odw.

Entgelt 275 €; Mitglieder GEW Hessen 245 €

Gesprächskreis B5005

**Systemisch-lösungsorientierte Praxisbegleitung und Supervision**

Sabine-Elena Funk

Mo, 10.02., 17.03, 07.04., 19.05., 09.06., 07.07.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 152 €; Mitglieder GEW Hessen 135 €

Seminar B5006

**Schulrecht - (k)ein Buch mit sieben Siegeln?**

Werner Scholz

Di, 11.02. u. 11.03., Mo, 24.03.14, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 112 €; Mitglieder GEW Hessen 95 €

Workshop B5008

**Basisworkshop Mediation**

Doris Beher

jew. Do, 20.02., 27.02., 06.03., 13.03., Fr, 04.04., jew. 14:00 - 18:00 Uhr;

Sa, 05.04., 10:00 - 18:00 Uhr; So, 06.04.14, 9:00 - 13:00 Uhr,

Wiesbaden

Entgelt 195 €; Mitglieder GEW Hessen 166 €

Seminar M5123

**Autismus - Umgang mit besonderen Schüler/innen im Unterricht**

Kerstin Ferst

Fr, 21.02.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Herborn

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar E5044

**Das professionelle Lehrer-Eltern-Gespräch**

Norbert Seeger

Mo, 24.02.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar B5011

**Jahrgangsübergreifendes Arbeiten in Klasse 1/2**

„Flexible Schuleingangsphase“ - Wie kann ich mir das vorstellen?

Stephanie Jurkscheit

Mi, 05.03.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop C5030

**„Wikipedia“ - Tipps und Tricks für den Umgang mit einem roten Tuch**

Nicola Kowski

Di, 18.03.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

### DEMOKRATISCHE BILDUNG

Fachtagung D5036

**Die „Hattie-Studie“ - der heilige Gral der Pädagogik?**

Prof. Dr. Andreas Gruschka, Thomas Klaffke & Ulrich Steffens

Di, 18.02.14, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar D5037

**Wege zum „Traumjob Wissenschaft“ - Zur Umsetzung des Templiner Manifests**

Andreas Keller

Do, 27.02.14, 15:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar D5039

**Selbstorganisation statt Bildung?**

Über „lebenslanges Lernen“ und „Kompetenzorientierung“

Dirk Hommrich

Mi, 26.03.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar D5038

**Bildungsreform als Humanexperiment**

Dr. Matthias Burchardt

Mi, 26.03.14, 10:00 - 16:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar D5040

##### **Bildung als Humankapital?**

Dirk Hommrich & Martin Karcher

Do, 27.03.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

## GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT & POLITIK

#### Seminar G5056

##### **Wirtschaftspolitische Konzeptionen in Zeiten der Finanz- und Eurokrise**

Karsten Tessmar

Mi, 05.02.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Seminar G5057

##### **Droht Altersarmut durch Rentenreform?**

Tobias Weißert

Di, 11.02.14, 19:00 - 21:00 Uhr, Darmstadt

entgeltfrei

#### Seminar G5058

##### **„Armutsmigration“ - Sinti und Roma im Fadenkreuz öffentlicher Panikmache**

Ansätze zu angemessenem pädagogischen Umgang mit Roma-Kindern und -Jugendlichen

Joachim Brenner, Sabine Ernst & Eleonora Caldaras

Do, 13.02.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

#### Seminar G5059

##### **Finanzkrise, Wirtschaftskrise - das aktuelle Gesicht der heutigen Globalisierung**

Peter Neumaier

Mo, 24.02.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar G5060

##### **Die Herrschaft des Finanzkapitals**

Lucas Zeise

Di, 25.02.14, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

#### Seminar G5061

##### **Hartz IV im Überblick für Lehrkräfte**

Dr. Hinrich Garms

Di, 04.03.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Seminar G5062

##### **Betriebsrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung**

Was unsere Schüler/innen darüber wissen sollten

Rainer Brombacher

Do, 13.03.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar E5046

##### **Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung**

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 19.03.14, 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Zielgruppe: Lehrer, Schulsozialarbeiter und Erzieher/innen

#### Gesprächskreis G5063

##### **Sinti und Roma im Nationalsozialismus und heute**

Im Gespräch mit den Zeitzeuginnen Ursula Rose und Maria Strauß

Do, 20.03.14, 14:30 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Schulklassen 90 €

#### Fachtagung G5065 / G5066

##### **Auf dem Weg zum Suppenküchen-Staat**

Analysen und Alternativen zur drohenden Altersarmut

Prof. Dr. Christoph Butterwegge & Prof. Dr. Gerd Bosbach

Do, 27.03.14, 10:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

## GESUNDHEIT

#### Seminar H5075

##### **Gesundheitscoaching in Schule, Kita und Jugendhilfe**

Didier Kulikowsky-Valentin

Mi, 22.01.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar H5076

##### **Was Schüler/innen bewegt**

Anregungen für die motopädagogische Praxis im Schulalltag

Monika Korell

Mo, 27.01.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar H5083

##### **„Perfekt, gerecht - von allen geliebt?“**

Stressmanagement und Entspannung im Schulalltag

Gabriele Manß-Reschke

Mi, 12.03.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 112 €; Mitglieder GEW Hessen 95 €

## KUNST, KÖRPER & KULTUR

#### Seminar K5098

##### **Kreatives Arbeiten mit Textilien**

Iris Gerlach

Mi, 29.01.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

Zielgruppe: Erzieher/innen, Praktisch-Bildbare, Förderstufe, GS, Sek. I

#### Seminar Q5161

##### **Sounds & Grooves mit Stift & Co**

Perkussives Klassenmusizieren mit Schulumensilien

Martin J. Junker

Fr, 07.02.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar K5099

##### **Frida Kahlo für die Grundschule**

Barbara Caspari

Mo, 17.02.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Zielgruppe: Grundschule und sozialpädagogische Fachkräfte

Seminar Q5163

### Stomp in der Grundschule

Tine Böhnke

Mi, 19.02.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar K5101

### Theaterplaudereien

Tipps und Empfehlungen

zum Besuch Frankfurter Theater mit Schüler/innen

Katrin Swoboda

Di, 25.02.14, 17:00 - 19:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Zielgruppe: Lehrer/innen der Sek II

Workshop K5102

### Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein

Iris Gerlach

Do, 06.03.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

Zielgruppe: Erzieher/innen, Förderstufe,

Praktisch Bildbare, GS, Sek. I u. II

Seminar Q5166

### Musikunterricht - gar nicht so schwer!

Tine Böhnke

Mi, 12.03.14, 11:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Zielgruppe: Grundschule

Workshop K5105

### Aufbaukeramik

Andrea Schulze

Do, 20.03.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Fulda

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Zielgruppe: Grundschule und Sek. I

## MATHEMATIK & NATURWISSENSCHAFTEN

Seminar T5203

### Mathematik im Anfangsunterricht

Stephanie Jurkscheit

Mi, 19.02.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar T5204

### Rechenschwäche? - Prävention und fördernde Maßnahmen

Klaus Rödler

Do, 27.02.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Hanau

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar R5178

### Astronomie unterrichten in der Sekundarstufe I

Christian Wolff

Mi, 19.03.14, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar R5179

### Faszination Naturwissenschaften

Forschendes und entdeckendes Lernen im Grundschulbereich

Antje Rügenapf

Mi, 19.03.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Reichelsheim

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

## PÄDAGOGIK

Seminar S4178

### Sprachheildiagnostik in Beratungs- und Förderzentren im Kontext von Inklusion

Dr. Marianne Wiedenmann

Di, 28.01.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Förderschullehrkräfte

Seminar S5186

### Wahrnehmungsstörungen und ihre Wirkungen auf den schulischen Leistungserwerb

Gabriela Jung

Di, 11.02.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S5187

### Unterrichtsfach Glück

Peter Kühn

Do, 20.02.14, 11:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar S5189

### Mit den „Störern“ leben

Handlungsansätze zur Arbeit mit schwierigen Schüler/innen

Dr. Robert Bernhardt

Di, 25.02.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar S5190

### „Auf Zack sein“ - Improvisationstheater im Unterricht

Jessica Stukenberg

Mi, 26.02.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Zielgruppe: Lehrer/innen aller Schulformen, Erzieher/innen in der Jugendarbeit

Seminar S5191

### Fördermöglichkeiten bei auditiven Wahrnehmungsstörungen

Dr. Marianne Wiedenmann

Do, 06.03.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar S5192

### Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen

Talente erkennen - mit Fehlverhalten angemessen umgehen

Jürgen Stockhardt

Mo, 10.03. u. Di, 11.03.14, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Seeheim-Jugenheim

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Zielgruppe: Lehrer, Sozialpädagogen, Arbeitscoaches

Seminar S5194

### Noten - Pädagogisches Instrument, Selektionsmittel oder Disziplinierungsmaßnahme?

Dr. Manuel Mendez-Burguillos

Mi, 12.03.14, 18:30 - 20:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar S5195

### Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining

Martina Lennartz

Mi, 19.03.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## SPRECHEN, SCHREIBEN & LESEN

### Seminar F5050

#### Fremdsprachentraining und Filmvermittlung

Dr. Julian Namé

Mi, 22.01.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### Workshop N5137

#### Workshop Deutsch als Zweitsprache (DaZ)

Analoge und digitale Übungen selbst erstellen

Susanne Vöpel

Fr, 07.02.14, 9:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Zielgruppe: Lehrer/innen Sek. I

### Seminar F5051

#### Kommunikationsprüfung und Förderung von Mündlichkeit im Englischunterricht

Jan Mandler & Nina Ohl

Mo, 17.02.14, 14:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Zielgruppe: Englischlehrer/innen an Gymnasien

### Seminar N5141

#### Umgang mit ‚Fremdsprachen-LRS‘ Englisch im Schulalltag

Tipps und Handwerkszeug für Lehrerinnen und Lehrer

Ute Noller

Do, 27.02.14, 13:00 - 17:00 Uhr, Bensheim

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### Seminar S5140

#### LRS erkennen - und Schüler/innen mit differenzierter Diagnostik fördern

Gabriela Jung

Do, 27.02.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## STUDIENREISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

### Studienreise V5211

#### ► Studienreise nach Marokko

Dr. Gerhard Kuhn & Heinrich Becker

Sa, 12.04. – Do, 24.04.2014

Entgelt EZ 1.960 €; DZ 1.780 €

### Studienreise V5217

#### ► Cilento und der Golf von Neapel

Uraltes Kulturland zwischen Bergen und Meer

Peter Kühn

Mo, 14.04. – Fr, 25.04.2014

Entgelt 1.250 €

### Studienreise V5212

#### ► Böhmen - Radtour ins Land der Teiche

Dalibor Hirc

Sa, 28.06. – Sa, 05.07.2014

Entgelt EZ 610 €; DZ 510 €

### Studienreise V5214

#### ► Studienreise nach Namibia

Bernd Heyl

Sa, 26.07. – Mo, 11.08.2014

Entgelt EZ 3.424 €; DZ 3.205 €

### Studienreise V5213

#### ► Radtour im Künischen Gebirge und zum Tor des Böhmerwaldes

Dalibor Hirc

Sa, 26.07. – Sa, 02.08.2014

Entgelt EZ 600 €; DZ 500 €

### Studienreise V5215

#### ► Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs

Dalibor Hirc

So, 24.08. – Sa, 30.08.2014

Entgelt EZ 635 €; DZ 535 €

# ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: **0 69 – 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 – 97 12 93-97**

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

### Abbrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule/ Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.  
Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Februar 2014  
Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit  
der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab Februar  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# Tarifrunde 2014

## Mehr Geld für Erzieherinnen und Erzieher!

Im Frühjahr 2014 steht für die GEW die nächste große Tarifrunde an. An der Reihe sind die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Im Organisationsbereich der GEW betrifft das vor allem kommunale Erzieher und Erzieherinnen, Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen sowie die Beschäftigten an verschiedenen Volkshochschulen.

Die heiße Phase der Tarifauseinandersetzung beginnt mit dem Verhandlungsauftritt wahrscheinlich Anfang März. Bis zum 10. Februar 2014 – dann entscheidet die Bundestarifkommission (BTK) der GEW – sind die betroffenen Mitglieder aufgerufen, über die Forderungen für die Tarifrunde zu diskutieren. In ihrer vorbereitenden Sitzung Ende Oktober hat die BTK empfohlen, dass eine Erhöhung der Einkommen im Zentrum der kommenden Tarifauseinandersetzung stehen sollte.

Mehr Geld – dafür sind die derzeitigen Rahmenbedingungen günstig. Schon die vergangene Tarifauseinandersetzung bei Städten und Gemeinden 2012 hat gezeigt, dass es sich lohnt zu kämpfen. Vereinbart wurde damals eine Erhöhung der Tabellen um 6,42% über zwei Jahre hinweg. Das war deutlich mehr als der Anstieg der Verbraucherpreise im selben Zeitraum: Der lag nämlich bei 3,3%. Das bedeutet, die Reallöhne stiegen um 3%.

Daran gilt es anzuknüpfen. Halbwegs günstig sieht im Moment die konjunkturelle Lage aus. Alle Wirtschaftsforschungsinstitute gingen Ende 2013 davon aus, dass sich das Wachstum der Wirtschaft 2014 beschleunigt. Die Herbstprognosen bezifferten den Anstieg fürs neue Jahr auf 1,2%, die „Wirtschaftswesen“ rechnen mit 1,8%. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum führt dann auch zu einer relativ günstigen Entwicklung bei den Steuereinnahmen für die kommunale Ebene: Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2013 wachsen die Steuereinnahmen trotz schwacher Konjunkturentwicklung um 4,9% und 2014 um 3,7%. Damit stehen den Städten und Gemeinden rund 10 Milliarden Euro

mehr Steuereinnahmen zur Verfügung als noch 2012.

Allerdings müssen auch die steigenden Ausgaben der Kommunen in die Kalkulation einfließen. Der Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages von Oktober 2013, also die Arbeitgeberseite, geht davon aus, dass die Kommunen in Deutschland 2014 bis 2016 jährlich rund 4 Milliarden Euro mehr einnehmen als ausgeben. Und das trotz eines nicht unbeträchtlichen Anstiegs der Personalausgaben, der bereits eingerechnet ist: 2015 liegen die Personalausgaben nach dieser Schätzung um rund 3,3 Milliarden, d.h. 6,6% höher als 2013. Zum Vergleich: Zwischen 2011 und 2013 stiegen die Personalausgaben ebenfalls um 3,3 Milliarden Euro und damit um 7,1%. Und dahinter verbergen sich unter anderem die Mehrkosten für den letzten Tarifabschluss! Fazit der Zahlenparade: Insgesamt ist bei den Kommunen sehr viel Luft nach oben, wenn es um einen für die Beschäftigten guten Tarifabschluss 2014 geht!

### Luft nach oben

Trotzdem klagen viele Stadtkämmerer über leere Kassen, und das Gejammer wird bis zum Ende der Tarifrunde noch sehr viel vernehmlicher werden. Woran liegt das? Zum einen ist es der übliche Versuch, Stimmung gegen die berechtigten Forderungen der Beschäftigten zu machen, zum anderen ist die finanzielle Lage der Kommunen tatsächlich recht unterschiedlich. Einige sind sehr hoch verschuldet und haben kaum finanzielle Spielräume. Doch dieses Problem darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. In einem *Flächentarifvertrag* darf nicht die Lage der finanziell am stärksten ausgebluteten Städte zum Maßstab bei den Verhandlungen gemacht werden. Ebenso wenig dienten 2005 die reichsten Kommunen als Richtschnur, als sich die Beschäftigten (West) auf drei Jahre Stillstand bei den Tabellenwerten einlassen mussten, nachdem vor allem 2003 die kommunalen Defizite insgesamt mit Schwung in den Keller gerauscht waren.



Kita-Streik  
2010

Damit die kommunalen Arbeitnehmerinnen und -nehmer unter Berücksichtigung der Preissteigerungen und der anwachsenden Produktivität am aktuellen wirtschaftlichen Zuwachs gleichberechtigt beteiligt werden, müsste die Lohnsteigerung 2014 nach Expertenaussagen 3,0 bis 3,5% betragen. Aber auch darüber hinausgehende Abschlüsse wären gerechtfertigt, denn im letzten Jahrzehnt fand eine Umverteilung zum Nachteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen statt.

Eine Orientierung bei den Überlegungen zur TVöD-Runde 2014 bieten auch die Forderungen der anderen Gewerkschaften in den aktuellen Tarifauseinandersetzungen. Die Bandbreite ihrer Beschlüsse liegt zwischen 5,0 und 6,5%.

Die Beschäftigten bei Bund und Kommunen müssen nun diskutieren und entscheiden, mit welchen Forderungen sie die Tarifrunde 2014 bestreiten wollen. Die können natürlich auch andere Gegenstände als nur die Gehaltsfrage betreffen. Bei regionalen Veranstaltungen in Hessen gab und gibt es Gelegenheit zur Debatte. Informationen findet man auf der Homepage der GEW: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Tarif und Besoldung. Natürlich ist es auch möglich, sich direkt an den hessischen Landesverband zu wenden: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)

Rüdiger Bröhling, Tarifsekretär

# Alarm!

## Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern wird kaputtgespart

Was GEW und Verbände seit Jahr und Tag kritisieren, wird immer offensichtlicher: Die Lehrerausbildung ist mit den gegenwärtigen Ressourcen kaum mehr zu leisten.

### Studienseminare vor Kollaps

Die Studienseminare sind stellenmäßig unterbesetzt. Es fehlen gegenwärtig mindestens 20 hauptamtliche Ausbilderstellen. Das größte Defizit weisen die gymnasialen Studienseminare auf. Die Situation wird sich weiter dramatisch verschärfen, weil von Februar 2012 bis Februar 2014 über 90 hauptamtliche Ausbilderinnen und Ausbilder die Studienseminare verlassen haben. Ersatz ist nicht in Sicht, denn der Stellenplan des Landeshaushalts 2013/14 sieht den Abbau der Ausbilderstellen von 771 Stellen im Jahre 2012 auf 717 im Jahre 2013 und einen weiteren Stellenabbau auf 672 Stellen im Jahre 2014 vor. Die Zahl der Ausbildungsaufträge ist bei 58 Stellen gedeckelt und das Hessische Kultusministerium (HKM) beharrt auf der als „Pflichtbeitrag“ bezeichneten Abführung von sechs Stunden Ausbilderunterricht, weil dieser fest in die Unterrichtsversorgung von 104% eingerechnet ist. Diese Vorgaben rauben den Studienseminaren die Möglichkeit, flexibel auf Mangelsituationen zu reagieren. Diese treten derzeit so gehäuft auf, dass an etlichen Studienseminaren die Ausbildung in zentralen Fächern und pädagogischen Modulen kaum mehr gewährleistet ist. Gerade in Fächern wie Deutsch, Englisch, Geschichte und Politik und Wirtschaft, in denen viele LiV ausgebildet werden, reicht die Ausbilderkapazität kaum mehr aus. Auch in anderen Fächern kommt es zu Problemen, wenn mehr LiV zugewiesen werden als in den Kapazitätsmeldungen der Studienseminare angegeben. Selbst wenn dem Studienseminar ein zusätzlicher Ausbildungsauftrag vom Landesschulamt (LSA) zugestanden wird, ist dessen Besetzung schwierig, weil Ausbildungsbeauftragte keine Perspektive haben, eine Stelle als hauptamtlicher Ausbilder oder als hauptamtliche Ausbilderin

zu bekommen, sie aber stattdessen Nachteile bei der Vergabe von Beförderungsstellen an ihrer Schule in Kauf nehmen.

Beantragte Stellen werden nicht genehmigt. Das Dezernat II.2 des LSA hat in Anbetracht der Misere seit Oktober 2012 acht hauptamtliche Ausbilderstellen beantragt, um die Ausbildung an den betroffenen Seminaren im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang zu gewährleisten. Die Genehmigung der Stellen seitens des Hessischen Kultusministeriums liegt bis jetzt noch nicht vor, so dass die Ausbildung der LiV ab 1.2.2014 an den betroffenen Studienseminaren nicht mehr in erforderlichem Maß gewährleistet werden kann. Damit sinkt auch die Motivation der Lehrkräfte, die Interesse an Ausbildungstätigkeit haben, wenn sie erleben, wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die Ausbildungsaufträge wahrnehmen, jahrelang vertröstet werden, eine Stelle sei zwar beantragt, aber man wisse nicht, wann sie ausgeschrieben würde.

### Qualität gefährdet

Die Qualität der Ausbildung ist gefährdet. Die Arbeitsplanung an den Studienseminaren steht gegenwärtig notgedrungen unter dem Diktat, mit den zu knappen Stellen die gesetzmäßige Ausbildung zu gewährleisten und die Vorgaben von HKM und LSA zum Ausbilderunterricht im Umfang von sechs Stunden einzuhalten. Die Überlegungen der Seminarleitungen kreisen nicht mehr primär um die Frage, welche Ausbilderinnen und Ausbilder in welchen Modulen am besten eingesetzt werden können, um optimale Ausbildungsqualität für die LiV zu gewähren, sondern um die Frage, wer noch irgendwelche Stunden frei hat, um eine Lücke in der Modulverteilung zu stopfen. Gerade die allgemeinpädagogischen Module werden zur Verschiebe- und Ausgleichsmasse, denn diese können im Unterschied zu den fachdidaktischen Modulen von allen Ausbilderinnen oder Ausbildern durchgeführt werden. Dabei ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der Quali-

tät der Ausbildung gefährdet, wenn in jedem Semester andere Ausbilderinnen und Ausbilder Module wie *Diagnostizieren oder Erziehen* oder *Beraten und Betreuen* übernehmen. Als im Oktober 2011 der damalige Staatssekretär Brockmann die Streichung von 68 Ausbilderstellen für das Jahr 2012 ankündigte, klang das noch anders:

„Innerhalb dieser Maßnahmen muss gewährleistet sein, dass Qualitätsfragen der Ausbildung absolute Priorität genießen und dass alle strukturellen Veränderungen zu einer Steigerung der Ausbildungsqualität führen müssen.“

Bereits damals wurde das HKM vom Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) sowie in zahlreichen Resolutionen von GEW, Vollversammlungen und Personalräten von Studienseminaren und von Verbänden darauf hingewiesen, dass die Sparmaßnahmen die Qualität der Ausbildung massiv gefährden. Inzwischen ist es so weit.

### Sofortforderungen der GEW

Die GEW fordert von der neuen hessischen Landesregierung **umgehend**

- die Zuweisung von mindestens 23 hauptamtlichen Ausbilderstellen bis spätestens zum 1.8.2014
- die Zuweisung von mindestens 17 hauptamtlichen Ausbilderstellen bis spätestens zum 1.2.2015
- die Nachbesetzung aller frei werdenden hauptamtlichen Ausbilderstellen ab 1.2.2015 und den Wegfall der kw-Vermerke im Stellenplan im Landeshaushalt im Buchungskreis Lehrerbildung
- die Genehmigung von Ausbildungsaufträgen in höherem Umfang sowie entsprechend der LiV-Zuweisung je nach Einstellungstermin

Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, steuert die hessische Lehrerausbildung auf ein Desaster hin. Dann hilft es auch nichts mehr, wenn *John Hattie* in Hessen vor den politisch Verantwortlichen über die Bedeutung der Lehrkraft für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler referiert...

Franziska Conrad



# Schwarz-grün in Hessen

Ausführliche Berichte und Analysen in der nächsten HLZ

Die vorliegende Ausgabe der HLZ ging unmittelbar zum Zeitpunkt der Vorlage des schwarz-grünen Koalitionsvertrags und noch vor den Gremienentscheidungen von CDU und Grünen in Druck. Eine erste, nach Redaktionsschluss erstellte Bewertung durch den Landesvorsitzenden der GEW Jochen Nagel findet man in seinem Kommentar auf Seite 3. Eine ausführliche Analyse des Koalitionsvertrags von CDU und Grünen finden die Mitglieder der GEW Hessen in der nächsten Ausgabe der HLZ.

Die Meldung, CDU und Grüne wollten 3.000 Lehrerstellen streichen, löste bereits während der laufenden Koalitionsverhandlungen einen Sturm der öffentlichen Empörung aus. Hunderte von GEW-Mitgliedern protestierten gegen diese Pläne mit spontanen E-Mails an die Landesvorsitzenden von CDU und Grünen.

Der GEW-Bezirksverband Nordhessen erinnerte die Grünen an ihre Positionen aus Oppositions- und Wahlkampfzeiten und forderte sie auf, nicht „umzufallen“, sondern in die Koalitionsverhandlungen einzubringen, was sie als Oppositionspartei vertreten und im Wahlkampf versprochen haben. Gerade bei der Umsetzung der Inklusion dürfe es kein „Weiter so“ geben. Bezirksvorsitzender Johannes Batton erinnerte die

## 16. MaiMeeting der GEW

Das MaiMeeting für Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre der GEW dient dem Austausch über die Grenzen von Landesverbänden, Berufsfeldern und GEW-Organisationsbereichen hinweg. Das MaiMeeting 2014 findet vom 29. Mai bis 1. Juni im ver.di-Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode in der Lüneburger Heide statt.

Die Workshops befassen sich mit rechten Lebenswelten in der Musikultur, dem Weg in eine solidarische Moderne, dem Glück der Gemeinschaft, Rolle und Identität im Leben, Resilienz und prekärer Beschäftigung im Bildungsbereich.

- Infos und Anmeldung: [www.gew.de/maimeeting.html](http://www.gew.de/maimeeting.html)

Grünen an ihr Versprechen, wieder an den „guten Erfahrungen des alten gemeinsamen Unterrichts anzuknüpfen“. Auch für die Lehrerausbildung im Referendariat hatten die Grünen Verbesserungen versprochen, so eine überfällige Entlastung der Mentoren und die Senkung der Anrechnung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Für das umstrittene Kinderförderungsgesetz (KiföG) hatten die Grünen eine „grundlegende Überarbeitung und eine faire Finanzierung aller Träger“ zugesagt.

Einen dringenden „zivilgesellschaftlichen Appell“ richteten die in der Gruppe InklusionsBeobachtung (GIB) zusammengeschlossenen Verbände an die Verhandlungspartner. Prof. Anne-Dore Stein, Vorsitzende des Vereins Politik gegen Aussonderung, machte deutlich, dass der Ressourcenvorbehalt des Schulgesetzes „gegen geltendes Völkerrecht verstößt und den Inklusionsgedanken diskreditiert“. Hella Lopez vom Elternbund hessen forderte von den zukünftigen Koalitionären „einen konkreten und verbindlichen Plan zur Umsetzung der Inklusion in hessischen Kitas und Schulen“.

100 junge hessische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter forderten während der Verhandlungen in einem offenen Brief „eine Politik für die Interessen der jungen Generation“ ([www.ansagen-fuer-hessen.de](http://www.ansagen-fuer-hessen.de)). Eric Schmied, stellvertretender Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung von Volkswagen Baunatal, erneuerte die Forderung nach einer Ausbildungsgarantie und einem „Vergabegesetz, das die Ausbildungsquote eines Unternehmens berücksichtigt“.

Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell äußerte die Befürchtung, dass sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen bei CDU und Grünen „keine hervorgehobene Rolle spielen“ und erinnerte an die Forderungen der Gewerkschaften nach einem „echten Tarifreue- und Vergabegesetz“ mit einem vergabespezifischen Mindestlohn von 8,50 Euro, einem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, der Rückkehr zur sechsjährigen gymnasialen Mittelstufe, einer Rückkehr des

Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und nach der Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die hessischen Beamtinnen und Beamten.

Skeptisch zeigte sich die GEW Hessen bei der schnellen Einigung von CDU und Grünen beim KiföG, das die Grünen bisher als „Murks“ bezeichneten, und auf einen „Schulfrieden“ in Hessen. Der angekündigte „Bildungsgipfel“ mache wenig Sinn, wenn gleichzeitig der Status quo des selektiven Schulsystems festgeschrieben werde. Dass auch Schülerinnen und Schülern der jetzigen 5. und 6. Klassen die Rückkehr zu G9 ermöglicht werden soll, ist aus Sicht der GEW zu begrüßen. Das geforderte einstimmige Votum der Eltern habe aber mit Wahlfreiheit nichts zu tun. Die Ankündigung zur Auflösung des Landesschulamts begrüßte die GEW.





# Marburger Bildungsaufruf

## Risse in der neoliberalen Bildungspolitik

Die Unterwerfung von immer mehr Lebensbereichen unter das Diktat der Ökonomie kommt zunehmend ins Gerede. Immer fragwürdiger wird vielen, was vor wenigen Jahren noch den meisten als unumstößliche Tatsache erschien: dass der Markt der optimale Mechanismus zur Regulierung gesellschaftlicher Prozesse sei und dass man sich seinen Gesetzen zu beugen und seinen Anforderungen anzupassen habe. Aber inzwischen kann ja auch niemand mehr die Ergebnisse dieser Unterwerfung übersehen – in Gestalt der ökonomischen, sozialen, politischen und menschlichen Krisen und Katastrophen. Selbst ein so sprödes Insiderthema wie die neoliberale Formierung des Bildungswesens ist zum Gegenstand einer kritischen öffentlichen Debatte geworden. *Erwin Wagenhofers* neuer Film „Alphabet“, so *Dietrich Kuhlbrodt* in seiner Rezension in *Konkret*,

„wendet sich manifestartig gegen die Kreativvernichtung durch PISA und die Beflissenheit, mit der das weltweit geltende wirtschaftsorientierte Bildungssystem junge Menschen zu Mitgliedern der Leistungsgesellschaft drillt – am liebsten ohne eigene Haltung.“

Genau darum geht es bekanntlich auch dem Marburger Bildungsaufruf. Text und Hintergrundinformationen findet man auf der Homepage der GEW Hes-

sen [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de). Entwickelt als Fazit und Konsequenz der Vortragsreihe „Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?“ im letzten Winter in Marburg reagiert er auf die immer penetrante Ausrichtung unserer Schulen auf Marktmechanismen und Wirtschaftsinteressen. Dazu gehören

- die Schulzeitverkürzung (G8), die auf Kosten der Schülerinnen und Schüler und ihrer Bildungsinteressen die „Effektivität“ steigern soll(te),
- die Bildungsstandards, die den Unterricht auf das Antrainieren betrieblich verwertbarer „Kompetenzen“ verengen sollen,
- die „selbstständigen“ Schulen, die „am Markt“ miteinander konkurrieren und sich schrittweise in Richtung Privatisierung bewegen.

Gegen diesen neoliberalen Umbau der hessischen Schulen nimmt der Marburger Bildungsaufruf Stellung und fordert stattdessen ein Bildungswesen, in dem die Kinder und Jugendlichen und ihre umfassende Bildung und Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund stehen, übergeordnete demokratische Bildungs- und Erziehungsziele wie Selbstbestimmungs-, Mitbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit verfolgt werden, echte Mitbestimmung und pädagogische Freiheit und Verantwortlichkeit herrschen:

„Schule ist kein Wirtschaftsunternehmen! Kinder und Jugendliche sind kein ‚Humankapital‘! Wir fordern deshalb eine Bildung, die nicht dem Markt, sondern der Demokratie verpflichtet ist! (...) Eine bessere Schule ist möglich!“

Der Marburger Bildungsaufruf sollte Diskussionen auslösen und so zur Meinungs- und Willensbildung unter den Kolleginnen und Kollegen und in der Öffentlichkeit beitragen. Das scheint gelungen zu sein, wo es versucht wurde. Da, wo engagierte Kolleginnen und Kollegen den Text kursieren ließen, gab es Gespräche, Kontroversen – und viele Unterschriften. Manchmal sehr viele: Am Marburger Gymnasium Philippinum waren es innerhalb weniger Tage über 70. Gelegentlich unterschrieben offensichtlich ganze Kollegien – bis hin zur Schulleitung. Auffällig viele Förderschullehrerinnen und -lehrer wurden möglicherweise durch ihren geschärften pädagogischen Blick zur Unterschrift veranlasst. Andere Kolleginnen und Kollegen berichten von Resignation, Passivität, Zynismus, die es schwer oder gar unmöglich machten, Unterzeichner zu gewinnen, wobei gerade vom Dauerbombardement mit neoliberalen Schul-„Reformen“ besonders frustrierte Kolleginnen und Kollegen froh waren, dass „endlich mal was passiert“.

Auch außerhalb der Schulen zeigten sich – vor allem in politisierten Situationen – engagierte und nachdenkliche Menschen ausgesprochen offen für die (eben nicht nur für Lehrkräfte bedeutsame) Problematik. Sie studierten den Aufruf gründlich, diskutierten und unterschrieben – ob beim Marburger Bildungsfest, bei der Elterndemo für G9, beim Montagsgebet gegen die Privatisierung der mittelhessischen Unikliniken, bei der großen DGB-Demo für einen Politikwechsel kurz vor den Wahlen oder am 1. Mai, wo sich der SPD-Ortsverband Marburg und der dortige Oberbürgermeister sich dem Aufruf anschlossen. *Andrea Ypsilanti* erklärte bei der Unterzeichnung, dass der Aufruf „in allen Punkten“ ihrer „Auffassung von ganzheitlicher Bildung als emanzipatorischem Prozess“ entspreche. Sie ist



nicht der einzige „Promi“ auf der Liste. *Thomas Spies* und *Angelika Löber*, die beiden Marburger Landtagsabgeordneten, haben ihre Unterstützung erklärt, *Heike Habermann*, die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Fraktion und Landesvorstand der hessischen Linken. *Jochen Nagel* und *Oskar Negt* gehörten als Erstunterzeichner zu den Trägern des Aufrufs. Dazu kommen die Unterstützungsbeschlüsse der hessischen Gewerkschaften, des DGB, von ver.di, IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG und vor allem natürlich der GEW, die bei der Verbreitung des Aufrufs die entscheidende Rolle spielte, der Landesschülervertretung, der Asten der Universitäten Kassel und Marburg, der Gesellschaft für Bildung und Wissen und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik.

Aufruf und Unterschriften werden der neuen Kultusministerin oder dem neuen Kultusminister umgehend nach Amtsantritt auf den Schreibtisch gelegt. Aber wird die neoliberale Mühle nicht einfach weitermahlen? Was sind ein paar kritische Gedanken und ein paar tausend Unterschriften gegen die mächtigen Apparate von OECD, PISA-Konsortium, Bertelsmann-Stiftung, KMK und die Steuerungsmittel und Durchsetzungsstrategien der *Soft Governance*? Die Hysterie, mit der auf die schwachen Stimmen der Kritiker reagiert wird, sollte zu denken geben. Offenbar kratzen sie an der Diskurshoheit der Akteure der neoliberalen Transformation und damit an deren entscheidender Voraussetzung. Möglicherweise gibt es tatsächlich erste Risse in der neoliberalen Hegemonie im Bildungsbereich – nicht nur in Chile, Österreich, Baden-Württemberg, Hamburg. Und vielleicht hat *Paul Hafner* aus Frankfurt recht, der seine Unterschrift unter den Marburger Bildungsauftrag so begründet:

*„Schule und Politik sind ignorant gegenüber jeder wissenschaftlichen Erkenntnis und den Erfahrungen der Betroffenen. (...) Man hat den Eindruck, dass Leistungsorientierung und ökonomische Verwertbarkeit des ‚Menschenmaterials‘ die wichtigsten Ziele sind. Leider gibt es noch zu viele Lehrer und Eltern, die dieses Spiel mitspielen – und auch zu viele, die längst resigniert haben. Vielleicht hilft diese Petition, den Betroffenen, den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, neuen Mut zu geben, aus der Deckung zu kommen, sich zu wehren und konkrete Forderungen laut und deutlich in die Debatte zu werfen.“*

Bernd Georgy

## Bundeswehr und Schule

*Dominik Wullers* hat es satt, als Offizier der Bundeswehr immer wieder „mit Beleidigungen, dummen Sprüchen und Diskriminierungen konfrontiert“ zu werden. Für seine Gegenrede räumte ihm die ZEIT in ihrer Ausgabe vom 24.11.2013 fast eine ganze Seite ein. „Besonders wütend“ mache ihn „die platte Anti-Bundeswehr-Haltung an Schulen“, für die vor allem die GEW verantwortlich sei, weil sie die Bundeswehr als „faschistisch, rassistisch und kriegsverherrlichend“ verunglimpfe, die die Jugend „verderbe“ und „für das Mörderhandwerk“ gewinnen wolle. Das „Schulverbot für die Mehrheitsmeinung des Parlaments“ hält Wullers für skandalös, weil Jugendoffiziere nicht für die Bundeswehr werben, sondern „die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erklären“.

In einer Entgegnung in der ZEIT vom 5.12.2013 weist die GEW-Bundvorsitzende *Marlis Tepe* die Vorwürfe Wullers gegen die GEW entschieden zurück. Einladungen an Jugendoffiziere und kontroverse Debatten habe die GEW immer akzeptiert, allerdings habe sich deren Auftrag „spätestens mit der Abschaffung der Wehrpflicht“ geändert, weil es jetzt vor allem um Nachwuchswerbung gehe. Dass ihr Engagement „ausschließlich der Wissensvermittlung dient, erleben wir Lehrerinnen und Lehrer anders“. Tepe belegt dies an dem mit viel Geld entwickelten „Informationspaket zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ oder den „Adventure-Camps“ der Gebirgsjäger. Das Engagement der Bundeswehr in den Schulen zielt auch darauf ab, den „Wandel der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee“ zu legitimieren, „der viele Bürgerinnen und Bürger mit Unbehagen erfüllt“. Ob und inwieweit Soldatinnen und Soldaten Eingang in Schule und Unterricht finden, sollten die Lehrkräfte entscheiden dürfen. In diesem Zusammenhang kritisiert Tepe auch den Koalitionsvertrag von CDU und SPD, die den „Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren“ – anders als die GEW – für „selbstverständlich“ halten. Die GEW fordere „keine Hausverbote“, sehr wohl aber „einen Stopp jeder mili-

tärischen Werbung an Schulen und insbesondere bei Minderjährigen“.

Dass zwei Schulen, darunter die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach, die sich zu „bundeswehrfreien Zonen“ erklärt hatten, mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurden, alarmierte sogar Verteidigungsminister *de Maiziere*: Ein „offener Boykott“ sei „nicht hinzunehmen“. Die Realität sieht anders aus. Vereinzelt Einladungen an Friedensgruppen, den Aktivitäten von Gewerkschaften, *Terre des Hommes* oder UNICEF stehen millionenschwere Werbeetats der Bundeswehr gegenüber, auch für Anzeigen in der ZEIT:

*„2012 haben die Jugendoffiziere bundesweit knapp 4.900 Veranstaltungen an Schulen und Universitäten durchgeführt und dabei über 143.000 junge Menschen erreicht. Dazu kommen 300 nebenamtliche Jugendoffiziere und über 350 Bundeswehr-„Karriereberater“, die (...) an Schulen und Universitäten aktiv sind.“* (1)

### Militärforschungen in Hessen

Auch die Zivilklauseln an Universitäten sind Wullers als „Eingriff in die Freiheit der Forschung“ ein Dorn im Auge. Wenige Tage zuvor enthüllten NDR und Süddeutsche Zeitung, dass das US-Militär Forschungsprojekte auch an hessischen Hochschulen finanzierte. An der Philipps-Universität in Marburg zahlte die US-Luftwaffe 150.000 Euro für Forschungen zur Verbesserung von Orientierungssystemen für Drohnen und „präzisionsgelenkte Munition“. Forscher der TU Darmstadt erhielten seit 2009 insgesamt knapp 300.000 Dollar, unter anderem um das Strömungsverhalten von Flugzeugtragflächen zu erforschen.

Für die GEW-Marburg-Biedenkopf verwies *Hartmut Möller* auf den Appell „Lernen für den Frieden – keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“ ([www.lernenfuerdenfrieden.de](http://www.lernenfuerdenfrieden.de)). Der stellvertretende GEW-Bundvorsitzende und Hochschulexperte *Andreas Keller* bekräftigte die Forderung der GEW nach Zivilklauseln an allen Hochschulen.

(1) Michael Schulze von Glaßer, Informationsstelle Militarisation, [www.imi-online.de/2013/11/25/](http://www.imi-online.de/2013/11/25/)

## Neue Petition für Hans Roth



1980 erschien im Verlag Jugend und Politik ein Buch, das Aufsehen erregte: *Hans Roth* berichtete unter dem Titel „Aufrichten oder Abrichten“ über die „Erfahrungen eines Hauptschullehrers“. Das Vorwort schrieb *Hartmut von Hentig*. Danach wurde es still um den mit lebenslänglichem Berufsverbot belegten hessischen Lehrer, bis „Report Mainz“ unter dem Titel „Kampf um Gerechtigkeit“ am 1.12.2008 über sein Schicksal berichtete. Hochrangige Juristinnen und Juristen waren wie *Prof. Dr. Ulrich Klug* „schockiert“. Der ehemalige hessische Innenminister *Gottfried Milde* zeigte sich „verblüfft“, Bundesinnenminister a.D. *Gerhart Baum* war „entsetzt“, und Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* bezeichnete den „Fall“ Roth als „erschütternd“. Gewerkschaftskollegin *Nadja Thelen-Khoder* wirbt jetzt mit Hinweis auf diese und andere Stellungnahmen für ihre Petition zur Unterstützung von Hans Roth.

Das Sendemanuskript des Berichts von „Report Mainz“ dokumentiert, „wieso ein linker Pädagoge in Hessen niemals Lehrer werden durfte“. Man findet es mit vielen anderen Dokumenten im Internet (<http://aljas.wordpress.com> > Suche: Hans Roth). Die Sendung führte im März 2009 zur ersten Peti-

tion für Hans Roth, die jedoch abschlägig beschieden wurde.

*Roland Koch* behauptete in einem Brief an *Nadja Thelen-Khoder* am 5. Januar 2009, Hans Roth sei „auf eigenen Wunsch“ aus dem hessischen Schuldienst ausgeschieden. Auf ihre Nachfrage wollte er auf *Kandidatenwatch* zur Landtagswahl 2009 nur noch

„anmerken, dass es auch zum Bestandteil des Rechtsstaates gehört, dass getroffene Entscheidungen nicht ständig wieder in Frage gestellt werden. Das gilt insbesondere für die Entscheidungen unabhängiger Gerichte.“

In ihrer neuerlichen Petition fragt *Nadja Thelen-Khoder*, welcher „Entscheidungen unabhängiger Gerichte“ es denn bedurft hätte, wenn Hans Roth tatsächlich „auf eigenen Wunsch“ aus dem hessischen Schuldienst ausgeschieden wäre. Und was sollte den späteren Landesinnenminister *Gottfried Milde* im Sommer 1986 in einem Brief an den Hessischen Kultusminister *Karl Schneider* zu der Bitte veranlassen haben,

„den Vorgang noch einmal persönlich zu überprüfen (...) und einen Weg zu suchen, auf dem man Herrn Roth gerecht werden kann“?

Der „Fall“ Hans Roth existiert nun seit 39 Jahren. Der ehemalige Atommanager *Klaus Traube* berichtete in der Frankfurter Rundschau vom 12. 11. 1977 über „den hartnäckigen Kampf des gelerten Lehrers Hans Roth um sein Recht“ und „wie man in den Ruch kommt, ein Aussätziger zu sein“. Am 13.5.1981 schaffte es ein Bericht über ein Gerichtsverfahren zur „Vorlage und Vernichtung geheimer Akten über einen Lehramtsanwärter“ in derselben Zeitung auf die Titelseite. Noch vor Abschluss des Verfahrens zog es der Verfassungsschutz vor, das angelegte Dossier „freiwillig in den Reißwolf“ zu stecken. *Bernt Engelmann* verzeichnete Hans Roth 1979 im Personenregis-

ter seines Buches „Trotz alledem“ über „Deutsche Radikale 1777-1977“. Auch das Buch „Die unheimliche Republik“ von *Heinrich Hannover* und *Günter Wallraff* befasst sich unter dem Titel „Der ‚falsche Aktenmensch‘“ mit dem „Radikalen-Erlaß-Opfer Hans-Werner Roth“ (S.188-221).

*Nadja Thelen-Khoder* widerlegt mit diesen und anderen Dokumenten in ihrer Petition auch die Behauptung von *Roland Koch*, dass „Akten und Unterlagen, aus denen sich die näheren Umstände rekonstruieren ließen (...), nicht mehr verfügbar“ seien.

„Die wichtigste Pflicht des Landes Hessen wäre, ihn moralisch zu rehabilitieren und ihm zu sagen, dass es keinen Grund gegeben hat, ihn als Lehrer abzuweisen“, sagt der ehemalige Bundesinnenminister *Gerhart Baum*: Und *Professor Alfred Grosser*, der sich auch persönlich an den damaligen Ministerpräsidenten *Roland Koch* wandte, meint:

„Er hat keinen Pfennig bekommen von der deutschen, von der hessischen Regierung. An sich stünde ihm enorme Entschädigung zu!“

Hans Roth lebt heute arm und krank in Frankreich, wohin er 1980 emigrierte, und seine jüngsten Sätze betonen erneut die Dringlichkeit unserer Solidarität:

„Irgendwann nachts um drei ein Schrei: krummgeschlossen wie ein Zerquetschter, liegt man da, kann sich nicht mehr bewegen, nicht links herum, nicht rechts herum; aufstehen ist unmöglich.“

*Nadja Thelen-Khoder* sieht sich in ihrem Aufruf zur Solidarität durch „amtierende und ehemalige hochrangige Politiker“ bestärkt. Ihre Petition sei zwar mit ihren 90 Seiten zuzüglich eines Nachworts von Hans Roth „etwas lang geraten“, aber schließlich galt es zu begründen, „weshalb die Ablehnung der ersten Petition keineswegs zufriedenstellend war und einfach nicht das letzte Wort sein darf“.

Wer sich der aktuellen Petition von *Nadja Thelen-Khoder* für Hans Roth anschließen möchte, findet den Wortlaut, alle Links sowie entsprechende Listen und Adressen auf der Homepage der GEW Hessen: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > *Meine Gewerkschaft* > *Themen* > *Berufsverbot*

## 20 Jahre „Ferien vom Krieg“

Noch während der blutigen Kriege im ehemaligen Jugoslawien lud das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ Kinder ans Meer ein und gründete das Projekt „Ferien vom Krieg“. Seitdem ermöglicht es einen Dialog zwischen Jugendlichen aus den neuen Staaten und trägt so dazu bei, Vorurteile zu überwinden und den Frieden aufzubauen.

Seit dem Höhepunkt der zweiten Intifada 2002 ermöglicht „Ferien vom Krieg“ jungen Erwachsenen aus Israel und Palästina, sich in Deutschland zu treffen. In intensiven Dialogseminaren bearbeiten sie die Geschichte des Konfliktes und knüpfen erste persönliche Kontakte. Am 9. November feierte das Projekt, an dem bis heute 22.000 junge Menschen teilnehmen konnten, sein 20-jähriges Bestehen.

Prof. Andreas Buro würdigte für das Komitee die friedenspolitische Bedeutung des Projekts. Dass die Arbeit mit Kriegsoffern durchaus auch komische Seiten hat, z. B. wenn Bürokratie oder Geheimdienste von BKA bis CIA eingreifen, kommentierte die Kabarettistin Hilde Wackerhagen und der Cellist Frank Wolff umrahmte die Geburtstagsfeier mit passenden Dissonanzen und harmonischen Klängen.

In den Ländern des ehemaligen Jugoslawien haben die ungewöhnlichen Begegnungen inzwischen eine große Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. In Tuzla zogen schon am 14. September 500 Jugendliche zur Jubiläumsfeier in einem Friedensmarsch durch die Stadt und legten Blumen an der Gedenkstätte für die 73 im Krieg durch eine Granate getöteten jungen Menschen nieder. Via Skype erzählte der Bundesliga-Profi Vedad Ibisevic, dass er die schönste Zeit seiner Kindheit bei den „Ferien vom Krieg“ erlebt habe, und forderte die Jugendlichen auf, in ihrem Einsatz für ein friedliches Zusammenleben nicht nachzulassen: „Ihr seid die Zukunft des Landes!“

Im Kosovo sind die Bedingungen für gemeinsame Ferienfreizeiten weit schwieriger. So hatte die Partnerorganisation in Rahovec auch in diesem Jahr wieder große Probleme, serbische Kinder und Jugendliche zu gewinnen. In den gegenüber Albanern abgeschotteten serbischen Gemeinden braucht es viel Mut, gemeinsam mit „den Ande-

ren“ in die Ferien zu fahren. Im letzten Moment fanden sich doch noch serbische Jugendliche, die zusammen mit albanischen und Roma-Teilnehmern zur Freizeit nach Ulcinj (Montenegro) ans Meer fuhren.

In Israel und Palästina müssen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch immer mit Beschimpfungen als Verräter, mit sozialer Isolation und Bedrohungen rechnen, wenn sie von den Seminaren in Deutschland zurückkommen oder sich an verbotenen Friedensaktivitäten über die Mauer hinweg beteiligen. Trotzdem trafen sich auch 2013 wieder 150 junge Menschen aus Israel und Palästina in Deutschland. Dabei erfuhren sie, dass auch die zum Dialog bereiten Palästinenserinnen und Palästinenser die angespannte Situation als immer unerträglicher empfinden. Der Vergleich von Krieg und Besatzung in Gaza mit dem Völkermord an den Juden führte zu hitzigen Debatten und dem Wunsch palästinensischer Jugendlicher, eine Holocaust-Gedenkstätte zu besuchen. Ein palästinensischer Mitarbeiter sagte später:

*„Der Holocaust ist in der palästinensischen Gesellschaft tabuisiert und wird oft als israelische Propaganda denunziert. Dieser Besuch zeigt, dass die Teilnehmer verstehen, wie wichtig es ist, die eigenen Gewissheiten infrage zu stellen und sich zu informieren. Dafür arbeite ich jedes Jahr in diesem Projekt mit.“*

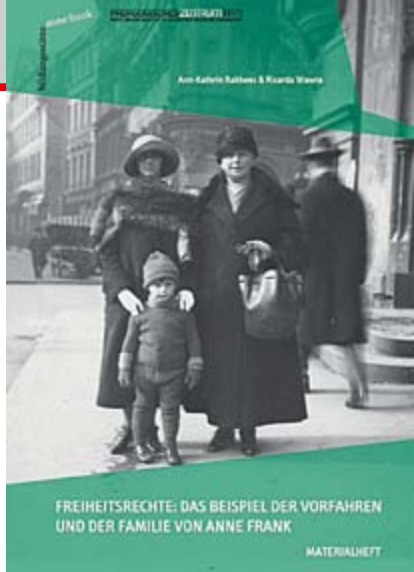
Für seine Arbeit wurden „Ferien vom Krieg“ und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem mit dem Stuttgarter Friedenspreis (2003), dem Mount-Zion-Award (2007) und dem Erich-Mühsam-Preis (2010) ausgezeichnet.

- Auf der Webseite [www.ferien-vom-krieg.de](http://www.ferien-vom-krieg.de) sind die Broschüren und viele Berichte, Kommentare und Interviews zu den „Begegnungen aus Feindesland“ aus den letzten 20 Jahren nachzulesen, Fernsehberichte, Presseartikel und Ehrungen einzusehen.

- Spendenkonto: Grundrechtekomitee e.V. Nr. 8013055 bei Volksbank Odenwald, BLZ 50863513, Online-Spende: [www.ferien-vom-krieg.de](http://www.ferien-vom-krieg.de)



Am 9. November feierte das Projekt „Ferien vom Krieg“ sein 20-jähriges Bestehen. Bis heute nahmen 22.000 junge Menschen aus den verfeindeten Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, aus Israel und Palästina an Feriencamps und Dialogseminaren teil, um Vorurteile zu überwinden und Wege zum Frieden zu ebneten.



Leben und Schicksal von *Anne Frank* sind weltweit bekannt. Weniger bekannt sind ihre Familiengeschichte und das Leben ihrer Vorfahren. Ein neues Materialheft der Bildungsstätte Anne Frank, das in Kooperation mit dem Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt erschien, stellt Arbeitsvorschläge zur Geschichte der Freiheitsrechte am Beispiel der Vorfahren und der Familie von Anne Frank vor. Es richtet sich an Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II. In vier Kapiteln findet man spannende Originalquellen, Zitate aus Briefen und jugendgerecht aufbereitetes Material zu den Rechten auf Reisefreiheit, freie Wahl des Wohnortes und freie Wahl des Berufes sowie zu den allgemeinen Menschenrechten. Weitere Erklärungen

## Freiheitsrechte

### Unterrichtsmaterial zur Familie von Anne Frank

gen betreffen die bürgerlichen Rechte und die Rechtsauffassungen des 19. Jahrhunderts bis hin zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 und ihrer heutigen Rezeption.

Die einzelnen Kapitel geben Einblicke in das alltägliche Leben der Vorfahren und der Familie von Anne Frank aus der Sicht der jeweiligen Protagonisten. Der Blick in die Familiengeschichte des 19. Jahrhunderts gilt vor allem Anne Franks Großmutter *Alice Betty Stern* und dem Historiker *Alfred Stern*, einem Großcousin von Alice. Die Texte und Materialien regen zur Auseinandersetzung mit dem Leben von Juden und Jüdinnen seit der Französischen Revolution an und illustrieren ihr zunehmendes Selbstbewusstsein, die bürgerlichen Rechte und Freiheiten wahrzunehmen. Diese Haltung hatte trotz aller politischen Umbrüche und Katastrophen Bestand, wie die letzten Kapitel zu den Anträgen auf Staatsbürgerschaft in der Schweizer Emigration und zur Entschädigungsakte zu Anne Frank zeigen.

Das Materialheft ist eine sinnvolle Ergänzung für den Geschichtsunterricht und ein geeignetes Begleitmaterial zur

Vertiefung der Lektüre des Tagebuchs der Anne Frank im Deutschunterricht. Die Arbeitstexte stellen geschlossene Einheiten dar und richten sich an unterschiedliche Lernniveaus, die im Inhaltsverzeichnis kenntlich gemacht sind. Darüber hinaus besitzt jedes Kapitel einen Methodenkoffer mit Anregungen für die Unterrichtsgestaltung und Lösungsbeispielen.

Die Broschüre ist das Ergebnis einer Werkstatt-Tagung zur „Vermittlung jüdischer Geschichte am Beispiel der Familie Frank“ der Bildungsstätte Anne Frank und ihrer Kooperationspartner im April 2013. Tagung und Broschüre konnten dank der Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ realisiert werden.

Das Materialheft kann als Printversion direkt bei der Bildungsstätte Anne Frank bestellt werden. Als PDF-Datei kann man es auf deren Homepage herunterladen: <http://www.jbs-anne-frank.de>

• **Kontakt:** Ricarda Wawra, Bildungsstätte Anne Frank e.V., Hansaallee 150, 60320 Frankfurt, Tel. 069-5600035, E-Mail: [rwawra@bs-anne-frank.de](mailto:rwawra@bs-anne-frank.de)

## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

### Sendungen für die Schule Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr

#### Biologie

Evolution: Adam, Eva und die Evolution (13.1.), Darwins Erben (14.1.), Experiment Verwandtschaft (15. bis 17.1.)

#### Dossier

Himmel (20.1.), Essen (21.1.), Körper (22.1.), Wahl (23.1.), Erinnerung (24.1.)

#### Ernährung

Was wo wie wächst (27. und 28.1.), Von Beruf Bauer (28.1.), Boden und Ernährung (29.1.), Früchte der Welt (29.1.), Grönland: Erdbeeren am Polarkreis (30.1.), Philippinen: Reis für die Zukunft (30.1.), Essen im Eimer: Die große Lebensmittelverschwendung (31.1.)

### Bildung im hr

*wissen*<sup>2</sup> ist das neue Newsletterangebot des Hessischen Rundfunks (hr). Es informiert wöchentlich über die aktuellen Bildungsangebote des hr aus Hörfunk, Fernsehen und Online, über Medienprojekte und Fortbildungen für den Schulbereich.

• **Anmeldung:** [www.hr-online.de/web-site/specials/wissen/index.jsp](http://www.hr-online.de/web-site/specials/wissen/index.jsp)

### Funkkolleg 2013/14 Gesundheit

Auch das Funkkolleg gibt es ab dem 18.12. ausschließlich auf hr-info und zwar samstags um 11.30 Uhr und sonntags um 8.30 Uhr:

- Mit Belastungen umgehen (18.1.)
- Lärm, die neue Pest? (25.1.)
- Auf Bewegung kommt es an (1.2.)

Weitere Informationen zum Funkkolleg Gesundheit, die Sendungen zum Nachhören und die Anmeldung zur akkreditierten Fortbildung auf [www.funkkolleg-gesundheit.de](http://www.funkkolleg-gesundheit.de)

### Wissenswert jetzt in hr-info

#### Radiosendungen für die Schule

Ab dem 13. Januar werden die Hörfunksendungen der Bildungsredaktion in der Reihe „Wissenswert“ und das Funkkolleg nur noch in *hr-info* zu hören sein. Wissenswert-Sendungen gibt es jetzt samstags und sonntags von 20.15 bis 20.30 Uhr und ab Mitte Februar auf einem zusätzlichen Sendeplatz. Wie gewohnt sind die einzelnen Sendungen bei [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de) zeitunabhängig nachzuhören.

- **Dürer-Ausstellung** in Frankfurt: Der Reisende (18.1.), Der Mathematiker (19.1.)
- **Die Energie-Wender:** Speicher-Macher (25.1.), Landschaftsgestalter (26.1.)
- **Wie der Mensch die Welt verändert:** Harald Lesch über die Physik des Klimawandels (8.2.), Harald Lesch über die Physik der Klimageschichte (9.2.)

# Vorschulkinder freuen sich

## GEW unterstützt integrativen Unterricht in Nicaragua

Im November 2011 votierten die Delegierten der hessischen GEW auf ihrer Landesdelegiertenversammlung in Fulda mit großer Mehrheit für einen Antrag der Fachgruppe Sonderpädagogik. Dabei ging es um 3.000 Euro, die der Ausstattung der Vorschule *Coro de Angeles* mit psychomotorischen Übungsgeräten zugutekommen sollten. Die kleine Vorschule liegt im Stadtteil Bartolomé in Granada in Nicaragua, in dem 1.100 Familien leben, die mehrheitlich zum informellen Sektor gezählt werden.

Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen in *Coro de Angeles* ist ein besonderes Anliegen des Vereins *Tortuga*. Der Verein hat sich 2008 im Anschluss an eine Nicaragua-Reise von *lea bildungsgesellschaft* gegründet und unterstützt seitdem kontinuierlich und aktiv die kleine Vorschule in Granada.

Was ist aus der GEW-Spende geworden? Zusammen mit dem Verein Städtefreundschaft Frankfurt-Granada sorgten die Mitglieder von *Tortuga* dafür, dass die Spende der GEW sinnvoll angelegt wurde und ihren Weg zu den Kindern in der Vorschule fand. Auf den von der GEW Hessen gespendeten Betrag legte *Tortuga* noch einmal 500 Euro aus Eigenmitteln drauf. Vom Trampolin mit Sicherheitsnetz über Kriechtunnel, Laufräder, Pedalos zum Training der Bewegungskoordination, Balancetreppen zur Erfahrung von Höhen und Distanzen, Therapie- und Spielbällen bis hin zu Riesenbausteinen und einfachen Rhythmusinstrumenten

wurde gezielt ausgewählt, was für die Kleinen in Frage kommen konnte.

Im Mai 2012 wurden die Materialien auf dem Gelände der Feuerwache Frankfurt in einen 40-Fuß-Container verstaут, der auf dem Seeweg nach Nicaragua gelangte. Die Transportkosten übernahm zu 75% die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Da Nicaragua über keinen karibischen Hochseehafen verfügt, wurde die Fracht über den costa-ricanischen Hafen Puerto Limón, von dort auf dem Landweg nach Managua und anschließend ins 40 km entfernte Granada transportiert. Dort kamen die Übungsmaterialien im Juni 2012 an.

Zunächst jedoch hatten die Kinder von *Coro de Angeles* erst einmal nichts von den neuen pädagogischen Übungsgeräten und Materialien, denn die Vorschule befand sich in einer großen Umbauphase, in der das von Termiten zerfressene Dach durch ein komplett neu konzipiertes zweites Stockwerk mit behindertengerechtem Zugang ersetzt wurde - ein mit viel Herzblut vorangetriebenes und anspruchsvoll umgesetztes Projekt der Städtefreundschaft Frankfurt-Granada.

Während der längeren Bauphase wurden die Kinder hilfsweise in einem nahe gelegenen Gemeindezentrum betreut und unterrichtet. Erst Ende Juni 2012 erfolgte die Rückkehr der zwischenzeitlich auf 70 geschrumpften Kinderzahl in den neuen Schulbau, der jetzt wie ein kleines Juwel den Stadtteil ziert. Eine Einweihungsfeier fand statt, und bald darauf nahmen



die Kinder auch die neuartigen Spiel- und Übungsgeräte freudig in Beschlag. Mit Ausnahme des Trampolins, das in einem Vorraum überdacht im Freien steht, werden alle übrigen Spielgeräte und Materialien in einem gesonderten Raum aufbewahrt.

Seit Schuljahresbeginn im Februar 2013 sind es wieder rund 190 Kinder, die sich regelmäßig in *Coro de Angeles* einfinden und dort von sieben Lehrkräften betreut und unterrichtet werden. Sie alle kommen jetzt in den Genuss der von der GEW gespendeten Materialien, für die sich die Direktorin der Schule *Uraya Morazan Lacayo* und die Lehrerinnen bei *Tortuga* ausdrücklich bedankt haben.

*Tortuga* wird auch weiterhin die Entwicklung von *Coro de Angeles* begleiten. Interessierte Kolleginnen und Kollegen sind eingeladen, sich dem Verein anzuschließen und seine Aktivitäten zu unterstützen. Ein Besuch der Vorschule *Coro de Angeles* steht auch auf dem Programm der nächsten *lea*-Studienreise nach Nicaragua vom 19.10. bis 1.11.2014 in den Herbstferien.

Gerhard Walentowitz

- Kontaktadressen: *Tortuga* e.V., Waldschmidtstr. 55, 60316 Frankfurt, Tel. 069-435464; *lea bildungsgesellschaft*, E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de), Tel. 069-971293-28



# Aus dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

## Entwurf zur Änderung der Aufsichtsverordnung

Bei Redaktionsschluss der HLZ Anfang Dezember war die Erörterung des Entwurfs zur Änderung der Verordnung über die Aufsicht über Schülerinnen und Schüler (Aufsichts-VO) noch nicht abgeschlossen. Das Bestreben, juristisch „wasserdichte“ Regelungen zu schaffen, könnte zur Ausweitung von Aufsichtszeiten führen. Die Folgen hätten die Lehrkräfte auszubaden, wie zwei Beispiele zeigen:

- **Aufsicht an Haltestellen des ÖPNV:** Nach dem Entwurf erstreckt sich die Aufsicht „auf Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs, soweit sie räumlich und funktionell dem Schulbetrieb zugeordnet sind, sowie Schulbushaltestellen“. Eine solche Zuordnung sei dann gegeben, wenn die Haltestelle der Schülerbeförderung dient, und soll auch dann gelten, „wenn sie sich außerhalb des Schulgeländes befindet, soweit sie nach ihrer Einrichtung und der Art ihrer Benutzung im konkreten Fall eine Gefahrenquelle darstellt, die durch den Schulbetrieb und seine Vor- oder Nachwirkungen geprägt ist.“ In städtischen Bereichen wären dann gleichzeitige Aufsichten an mehreren von Schülern genutzten Haltestellen erforderlich, gegebenenfalls auch mehrmals am Tag, da der Unterricht nicht für alle Schülerinnen und Schüler zur selben Zeit beginnt und endet. Der HPRLL fragte das HKM nach der Aufsichtsverpflichtung durch den Anbieter der Beförderungsleistung bzw. die Träger der Schülerbeförderung nach § 161 des Hessischen Schulgesetzes, der keinen Hinweis auf die Zuständigkeit der Schulen und der Lehrkräfte enthält. Das HKM verwies auf Gerichts-

urteile, die eine Aufsichtsführung nicht nur für die Haltestellen der Schulbusse vorsehen, wie sie schon heute an vielen Schulstandorten üblich ist. In der Praxis dürfte eine solche erweiterte Aufsichtspflicht kaum umzusetzen sein. Deren rechtliche Verankerung könnte jedoch mit einer Verlagerung der Haftung von der Unfallkasse Hessen auf die Schulleitung oder die verantwortliche Lehrkraft verbunden sein, die ggf. juristisch und zivilrechtlich belangt werden könnten. Dies ist für den HPRLL vollkommen unakzeptabel. Er forderte das HKM auf, diese Passage aus der Verordnung zu streichen.

- **Aufsicht auf dem Schulhof:** Die Formulierung des Entwurfs (§ 8 Abs. 2), die Aufsicht auf dem Hof sei „erst zu beenden, wenn alle Schüler den Pausenhof verlassen haben“, lässt auf deutliche Unkenntnis des Schulalltags schließen. Gerade an ganztätig arbeitenden Schulen oder in der gymnasialen Oberstufe ist es Schülerinnen und Schülern spätestens ab der Mittagspause erlaubt, sich in Freistunden oder nach Unterrichtsschluss auf dem Schulhof aufzuhalten. Soll der aufsichtführende Lehrer den aktuellen Status jedes Schülers überprüfen? Schulen sind keine Gefängnisse, wo die nahtlose Beendigung des Hofgangs und die Kontrolle der Rückkehr in die Zellen betriebsbedingt notwendig sind! Der Dienstherr sollte nach Auffassung des HPRLL auf die Fähigkeit der Schulen und der Lehrkräfte vertrauen, die Aufsichten pädagogisch sinnvoll zu gestalten. Auch dieser Satz sollte ersatzlos gestrichen werden.

## Last Minute: Stellenbesetzungen und Beförderungen

In einem dringlichen Appell forderten die Vorsitzenden des Hauptpersonalrats beim Hessischen Kultusministerium, des Personalrats und des Gesamtpersonalrats beim Landesschulamt Anfang Dezember von der scheidenden Kultusministerin Beer (FDP), „sämtliche Verfahren zur Besetzung von Stellen im Landesschulamt zu stoppen“. Die Auseinandersetzungen um Personal, Stellen und Aufgaben hätten vermieden werden können, „wenn die Politik

dem Vorschlag der Personalräte gefolgt wäre, das Landesschulamt als Abteilung im Kultusministerium anzulegen“.

Die GEW-Fachgruppe Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung geißelte in einer Erklärung die Last-Minute-Beförderungen im Kultusministerium als „unverblümete Günstlingsversorgung von FDP und CDU in der Landespersonalkommission“. Gleichzeitig würden „mehr als 100 Stellen in der Bildungsverwaltung vernichtet“.

## Entwurf zur Änderung der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses

Ein Entwurf des Hessischen Kultusministeriums (HKM) zur Änderung der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses, den der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) zurzeit mit dem HKM erörtert, enthält keine substantiellen Veränderungen. Unklarheiten gibt es noch bezüglich der Regelungen zum Nachteilsausgleich. Neu aufgenommene Vorgaben für den Abschluss von „Erziehungsvereinbarungen“ bedürfen nach Auffassung des HPRLL als pädagogische Maßnahmen weder nach dem Schulgesetz noch aus der Schulpraxis einer verordnungsmäßigen Regelung.

## Verträge mit Teach First Deutschland

Nach längerer Erörterung hat der HPRLL die Entwürfe für einen Erlass zur Arbeit von *Teach First Deutschland* (TFD) und für einen Mustervertrag zur Arbeitnehmerüberlassung abgelehnt. Nach Auffassung des HPRLL gibt es insbesondere für die Finanzierung von TFD-Fellows keine Rechtsgrundlage. Zudem haben Schulleiterinnen und Schulleiter rechtlich keine Befugnis, Verträge mit TFD abzuschließen. Schulen brauchen zusätzliches Personal zur Unterstützung ihrer Unterrichts- und Erziehungsarbeit, aber keine TFD-Fellows ohne die erforderlichen Qualifikationen. Der Mustervertrag trägt der Zusage des HKM, dass der Einsatz von Fellows ohne Zustimmung der Gesamtkonferenz nicht möglich ist, nicht Rechnung. Der HPRLL sieht in TFD ein Einfallstor zur Entprofessionalisierung des Lehrerberufes.

## Unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung

HKM und HPRLL haben wiederholt Fragen der Präsenzzeit und des Ferieneinsatzes für sozialpädagogische Fachkräfte erörtert, die zukünftig im Rahmen einer „unterrichtsunterstützenden sozialpädagogischen Förderung“ eingestellt werden sollen. Es bleibt abzuwarten, wie das HKM auf Kompromissvorschläge des HPRLL reagiert.



# Zweites Dienstrechtsmodernisierungsgesetz (Teil 3)

## Neues Besoldungsrecht in Hessen

Am 1. März 2014 geht die Ära der altersabhängigen Besoldung für Hessens Beamtinnen und Beamte zu Ende. Im Zuge des Zweiten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes (2.DRModG) wird das Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) durch ein neues Hessisches Besoldungsgesetz (HBesG) abgelöst, dessen Tabelle für die A-Besoldung in Hinblick auf die Stufenzuordnung ausschließlich auf Erfahrungszeiten beruht. Auch die Gewerkschaften hatten in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass altersabhängige Ein-

kommensregelungen, wie sie etwa im Bundesangestellten-tarifvertrag (BAT) oder in § 27f. BBesG alter Fassung normiert waren, gegen europarechtliche Normen und das seit 2006 geltende Allgemeine Gleichstellungsgesetz verstoßen. Für das BBesG ist diese Frage noch nicht höchstrichterlich entschieden. Hessen vollzieht nun das, was der Bund und knapp die Hälfte der Bundesländer für ihre Beamten und Beamtinnen bereits vorgemacht haben. Die HLZ setzt mit diesen Informationen die Berichterstattung über die Dienstrechtsreform fort.

### Die neue Tabelle

Zunächst ein Blick in die neue Tabelle der Besoldungsordnung A. Bei den Besoldungsgruppen selbst ändert sich wenig. Vom Wegfall der Besoldungsgruppen A2 und A3 sind rund zwei Dutzend Beamtinnen und Beamte des Landes Hessen betroffen, sie werden jetzt der A4 zugeordnet. Ansonsten werden die bisherigen Besoldungsgruppen beibehalten, von wenigen Höhergruppierungen bei den Grundschulleitungen abgesehen. Jeder Besoldungsgruppe sind zukünftig acht Erfahrungsstufen zugeordnet. Wer am 1. März 2014 oder später in Hessen ohne jegliche Berufserfahrung ins Beamtenverhältnis berufen wird, wird der Stufe 1 zugeordnet und erreicht nach 23 Jahren die Stufe 8. Die Verweildauer beträgt zwei Jahre in der Stufe 1, drei Jahre in den Stufen 2, 3 und 4 sowie vier Jahre in den Stufen 5, 6 und 7. Bei „dauerhaft herausragender Leistung“ kann das Grundgehalt der nächsthöheren Stufe gezahlt werden; eine Verzögerung des Stufenaufstiegs bei „unterdurchschnittlicher Leistung“ kennt das neue Besoldungsrecht – anders als das Tarifrecht – nicht. Die Beträge der Stufe 8 entsprechen den Beträgen der jeweils höchsten erreichbaren Stufe jeder Besoldungsgruppe in der heute gültigen Tabelle. Die Stufe 1 liegt betragsmäßig nicht auf dem Niveau der jeweils niedrigsten Stufen, sondern in der Regel zwischen der zweit- und drittniedrigsten Stufe der heutigen Tabelle. Ob sich neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen beim Vergleich der Tabellen zukünftig besser oder schlechter stellen, hängt vor allem davon ab, in welchem

Lebensalter die Einstellung erfolgt und welche Regelungen zur Anerkennung der Berufserfahrung bestehen. Die Gewerkschaften haben im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sehr deutlich darauf hingewiesen, dass das gesamte Reglement zu diesem Fragekomplex im neuen HBesG unzureichend ist, da bei der Berechnung der Tabelle vor allem in den höheren Besoldungsgruppen Einstiegsalter zugrunde gelegt worden sind, die im Durchschnitt der Realität kaum entsprechen dürften. Dies ist insbesondere bei Lehrkräften an Beruflichen Schulen der Fall, da sie häufig in einem vergleichsweise hohen Alter eingestellt werden. Die GEW Hessen wird die neue Landesregierung zu Verhandlungen über die verbindliche Anerkennung beruflicher Vorerfahrungen für alle Lehrämter auffordern. Insgesamt entspricht die neue Tabelle in etwa den Regelungen in den Flächenbundesländern, die schon länger aus dem alten System ausgestiegen sind.

### Anrechnung von Berufserfahrungen

Für die Stufenzuordnung im neuen System ab dem 1. März 2014 ist bei Neueinstellungen die Anerkennung von Berufserfahrung ganz entscheidend. Zeiten einer gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherren, die nicht Voraussetzung für den Erwerb der Laufbahnbefähigung sind, müssen anerkannt werden. Dasselbe gilt für Zeiten, die wegen wehrdienst- und zivildienstbedingter Verzögerungen nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz auszugleichen sind. Hingegen können Zeiten einer sonstigen hauptberuflichen Tätigkeit als „förderliche Zeiten“ ganz oder teilweise anerkannt werden, sofern sie ebenfalls nicht Voraussetzung für den Erwerb der Laufbahnbefähigung sind. Auch eine „einschlägige Berufserfahrung“ muss also nicht unbedingt bei der Stufenzuordnung be-

**Besoldung für Neueinstellungen ab dem 1.3.2014 (Beträge in Euro pro Monat)**

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 4	1854	1882	1905	1948	1989	2030	2072	2110
A 5	1872	1911	1934	1985	2035	2086	2137	2188
A 6	1916	1964	2011	2069	2129	2187	2252	2307
A 7	2000	2038	2096	2186	2274	2362	2428	2495
A 8	2124	2176	2257	2371	2484	2565	2645	2725
A 9	2258	2312	2402	2529	2643	2738	2824	2907
A 10	2428	2478	2635	2791	2944	3056	3164	3273
A 11	2799	2892	3052	3214	3320	3435	3546	3657
A 12	3010	3128	3320	3511	3639	3775	3907	4041
A 13	3520	3647	3826	4005	4129	4253	4377	4498
A 14	3706	3883	4116	4347	4506	4667	4826	4987
A 15	4546	4687	4846	5006	5165	5323	5481	5638
A 16	5020	5189	5372	5556	5738	5923	6106	6287

rücksichtigt werden. Eine merkwürdige Logik: Während bei einer zukünftigen Lehrkraft die Anerkennung einer gleichwertigen Tätigkeit z.B. in einer Privatschule Ermessenssache ist, führen wehrdienstbedingte Verzögerungen in jedem Fall zu einem Anwachsen der einschlägigen Erfahrungszeit. Für die GEW ist klar, dass für die Anerkennung von Vordienstzeiten und „förderlichen Zeiten“ verbindliche, einheitliche und transparente Regelungen geschaffen werden müssen, um die Gleichbehandlung bei der Stufenfestsetzung zu gewährleisten.

### Überleitung der „altbeschäftigten“ Beamtinnen und Beamten

Von der Überleitung der „Altbeschäftigten“ sind alle Beamtinnen und Beamten des Landes betroffen, deren Bezüge sich im Februar 2014 nach der Besoldungsordnung A richten. Wer sich mit der am 1. Januar 2010 erfolgten Überleitung der Tarifbeschäftigten vom BAT in den Tarifvertrag Hessen (TV-H) beschäftigt hat, dürfte sich an eine recht komplizierte Angelegenheit erinnern. Die Überleitung der Beamtinnen und Beamten am 1. März 2014 ist wesentlich einfacher, da die komplizierte Berechnung der Vergleichsentgelte entfällt. Bei der Überleitung geht es nur um das Grundgehalt und die im Februar 2014 erreichte Grundgehaltstufe. Die sonstigen Zulagen und Zuschläge ändern sich nicht und können bei der Betrachtung außen vor bleiben. Al-

lenfalls Teilzeitbeschäftigte müssen gegebenenfalls Teilzeit-Vollzeit-Umrechnungen vornehmen.

Die Überleitung der „Altbeschäftigten“ ist in einem eigenen Überleitungsgesetz festgelegt, das als Artikel 4 ebenfalls Bestandteil des 2. DRModG ist. Für sie gilt ab 1. März 2014 zunächst eine Überleitungstabelle, eine Mischung aus der neuen A-Besoldungstabelle und der auf volle Euro aufgerundeten Tabellenwerte der im Februar 2014 noch gültigen alten A-Besoldungstabelle. Sie weist innerhalb einer Besoldungsgruppe sehr viel mehr Stufenwerte als die alte oder die neue Matrix auf, nämlich die „Stufen“ der neuen Besoldungstabelle und die „Überleitungsstufen“ mit aufgerundeten Alttabellenwerten.

Die GEW wird ihren Mitgliedern in Kürze ein Faltblatt mit der Überleitungstabelle zur Verfügung stellen und zwar im Schulversand und als Download im Mitgliederbereich der GEW-Homepage. Der erste Schritt der Überleitung am 1. März 2014 ist denkbar einfach. Jedem Beamten und jeder Beamtin wird in der jeweiligen Besoldungsgruppe jene Stufe oder Überleitungsstufe (Ü-Stufe) der Überleitungstabelle zugeordnet, die dem Betrag der im Februar einschlägigen Grundgehaltstufe mindestens entspricht. Wenn im März eine Stufenerhöhung nach altem Recht ansteht, wird diese höhere Stufe bei der Überleitung berücksichtigt. Doch wie gestaltet sich der weitere Aufstieg in den Stufen?

Zunächst ist zu unterscheiden, ob einer „Stufe“ oder einer „Überleitungs-

stufe“ zugeordnet wurde. In den allermeisten Fällen wird einer Überleitungsstufe zugeordnet. Dann findet der weitere Aufstieg aus der am 1. März 2014 zugeordneten Überleitungsstufe in die zugehörige reguläre Stufe (der neuen Tabelle) zu dem Zeitpunkt statt, an dem der nächste Stufenaufstieg nach § 27 BBesG alter Fassung erfolgt wäre, würde das alte Recht noch gelten.

Dazu ein Beispiel: Die Kollegin P. (A 13) hat am 1. Juni 2011 die Grundgehaltstufe 6 erreicht. Der Stufenwert beträgt im Februar 2014 3.792,74 €. Damit wird sie am 1. März 2014 der „Überleitungsstufe zu Stufe 3“ mit 3.793,00 € zugeordnet. Nach den Regelungen von § 27 BBesG alter Fassung hätte Kollegin P. drei Jahre in der Grundgehaltstufe 6 verbracht, der Aufstieg in Stufe 7 wäre daher am 1. Juni 2014 erfolgt. Daher steigt sie am 1. Juni 2014 aus der „Überleitungsstufe zu Stufe 3“ in die Stufe 3 der neuen A-Besoldungstabelle auf. Der weitere Aufstieg richtet sich im Prinzip nach den im neuen HBesG festgelegten Zeiten.

Noch eine Besonderheit: Der Stufe 1 (und nur dieser) wurden zwei Überleitungsstufen zugeordnet. In beiden Fällen erfolgt der Aufstieg in die reguläre Stufe 1.

In den (wenigen) Fällen, in denen Betroffene am 1. März 2014 einer (regulären) Stufe direkt zugeordnet werden, ist die gesamte im neuen HBesG festgelegte Stufenlaufzeit in der zugeordneten Stufe zu absolvieren; in diesen Fällen spielt § 27 BBesG alter Fas-

**Überleitungstabelle A-Besoldung: Grundgehalt ab 1.3.2014 (Monatsbeträge in Euro)**

	Ü-Stufe 1 zu Stufe 1	Ü-Stufe 2 zu Stufe 1	Stufe 1	Ü-Stufe zu Stufe 2	Stufe 2	Ü-Stufe zu Stufe 3	Stufe 3	Ü-Stufe zu Stufe 4	Stufe 4	Ü-Stufe zu Stufe 5	Stufe 5	Ü-Stufe zu Stufe 6	Stufe 6	Ü-Stufe zu Stufe 7	Stufe 7	Ü-Stufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	1803		1854		1882		1905		1948	1956	1989	2007	2030	2059	2072		2110
A 5	1817		1872	1883	1911		1934		1985		2035		2086		2137		2188
A 6	1860		1916		1964	1972	2011	2028	2069	2084	2129	2140	2187	2196	2252		2307
A 7	1942	1992	2000		2038	2063	2096	2133	2186	2203	2274	2344	2362	2394	2428	2444	2495
A 8	2064		2124		2176	2214	2257	2304	2371	2394	2484	2544	2565	2604	2645	2665	2725
A 9	2199		2258		2312	2354	2402	2450	2529	2546	2643	2709	2738	2775	2824	2841	2907
A 10	2369		2428	2451	2478	2574	2635	2698	2791	2821	2944	3026	3056	3109	3164	3191	3273
A 11	2731		2799	2857	2892	2983	3052	3110	3214	3236	3320	3404	3435	3489	3546	3573	3657
A 12	2937		3010	3087	3128	3238	3320	3388	3511	3539	3639	3740	3775	3840	3907	3941	4041
A 13	3305	3468	3520	3631	3647	3793	3826	3956	4005	4064	4129	4173	4253	4281	4377	4390	4498
A 14	3440	3651	3706	3862	3883	4073	4116	4284	4347	4424	4506	4565	4667	4705	4826	4846	4987
A 15	4479		4546		4687	4711	4846	4896	5006	5081	5165	5267	5323	5452	5481		5638
A 16	4946		5020		5189	5215	5372	5429	5556	5644	5738	5858	5923	6073	6106		6287

Ü-Stufe = Überleitungsstufe

sung keine Rolle mehr. Auch hierzu ein Exempel: Am 1. April 2013 ist Kollege S. (A12) in die Grundgehaltsstufe 8 mit – seit 1. Juli 2013 – 3.638,92 € aufgerückt und damit in der Überleitungstabelle der Stufe 5 zuzuordnen. Die Stufenlaufzeit beträgt vier Jahre. Ein weiterer Aufstieg in Stufe 6 findet erst am 1. März 2018 statt, obwohl nach § 27 BBesG alter Fassung der nächste Aufstieg am 1. April 2016 stattgefunden hätte. Die bei dieser Fallkonstellation auftretenden Verluste zwischen Frühjahr 2016 und 2018 werden durch den weiteren Aufstieg in der neuen Besoldungstabelle später wieder kompensiert, so dass hinsichtlich des Lebenseinkommens keine Verluste auftreten.

### Einzelregelungen

Trotz der unveränderten Bezahlungsbeträge in der jeweils letzten Stufe der alten und neuen Tabelle kann es zu Änderungen beim Lebenseinkommen kommen, weil der Verlauf des Stufenaufstiegs zwischen Überleitung und Erreichen der Endstufe im neuen System anders gestaltet ist als im alten. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber in § 4 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes (HBesVÜG) eine Vielzahl von Einzelregelungen geschaffen, die größere und für die Beschäftigten nachteilige Veränderungen beim Einkommen verhindern sollen. Zum Teil werden Stufenlaufzeiten verkürzt, zum Teil erhöhen sich einzelne Stufenbeträge. Insgesamt sind diese Ausgleichsregelungen aber nicht wirklich ausreichend. Zwar halten sich die Verluste und Gewinne beim *Lebenseinkommen* mit +0,3% bis -0,3 % in den allermeisten Fällen im Rahmen. Trotzdem gibt es etliche Fallkonstellationen, bei denen Teile des Einkommens in die zweite Hälfte der Lebensarbeitszeit verschoben werden, wobei in sehr wenigen Fällen zeitweise kumulierte Einkommensverluste von bis zu 2% in den ersten Jahren auftreten können. Verallgemeinernd ist zu sagen, dass bei heute über 45-Jährigen kaum noch relevante Verschiebungen eintreten. Leider sind die Sonderregelungen in § 4 HBesVÜG sehr unübersichtlich. Auch hier werden wir unseren Mitgliedern eine Tabelle zur Verfügung stellen, in der in Abhängigkeit von Besoldungsgruppe und -stufe der weitere Aufstieg in den Gehältern abgelesen werden kann.



### Höhergruppierungen in der Überleitungsphase

In Hinblick auf eine Beförderung in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes – solange dauert maximal die Überleitungsphase – werden übergeleitete Beschäftigte nach § 3 Abs. 3 HBesVÜG so gestellt, als wäre die Beförderung bereits vor Einführung der neuen Grundgehaltstabelle erfolgt. Der Gesetzgeber will so verhindern, dass vor der Überleitung Beförderte schlechter gestellt wären als Beamte, die nach der Überleitung befördert werden. Solche Fallkonstellationen sind in der Tat möglich. Werden nach dem 1.3.2014 neu eingestellte Beschäftigte befördert, dann nehmen sie die erreichte Stufe sowie die absolvierte Stufenlaufzeit in die höhere Besoldungsgruppe mit. Dasselbe gilt für „Altbeschäftigte“ bei Beförderungen nach dem 28. Februar 2018.

### Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Das Überleitungsgesetz sieht eine Überleitung auch für versorgungsbe-rechtigte Personen in die neue A-Besoldungstabelle vor. Allerdings gibt es in diesen Fällen keine komplizierte Überleitungstabelle. Es wird schlicht innerhalb der jeweiligen Besoldungsgruppe jener Stufe zugeordnet, die dem Betrag der bisherigen Stufe entspricht, wobei Differenzbeträge unter einem Euro keine Rolle spielen, oder der nächstniedrigeren Stufe, mindestens aber Stufe 1, sofern es – die wahrscheinlichere Variante – keine Entsprechung gibt. In diesem Fall zahlt die Bezügestelle den Differenzbetrag als Zulage aus. An der Gesamtsumme der Bezüge ändert sich daher also bis auf Centbeträge nichts.

### Leitungen an Grund-, Haupt- und Grund- und Hauptschulen

An den reinen Grundschulen werden die Rektorenämter um eine Amtszulage aufgewertet oder in die nächsthöhere Besoldungsgruppe überführt. Die Besoldung reicht danach von A13 bis A15. Dasselbe gilt für Rektorinnen und Rektoren an Hauptschulen sowie an verbundenen Grund- und Hauptschulen (neu: zwischen A13+Z bis A15+Z), an denen auch die Konrektorstellen angehoben werden (neu: A13+Z und A 14+Z). Für diese Schulen wird auch die Stelle des Konrektors bzw. der Konrektorin zur Wahrnehmung von Schulleitungsaufgaben (früher 2. Konrektor für Haupt- und Grund- und Hauptschulen ab 540 Schülerinnen und Schüler) auf A 14 angehoben.

Zurzeit ist noch nicht bekannt, wie die Beamtinnen und Beamten durch den Arbeitgeber über „ihre Überleitung“ informiert werden, was er nach Auffassung der GEW in verständlicher Form tun muss. Die GEW Hessen wird Personalräte und Mitglieder in Fortbildungsveranstaltungen, mit Informationen der Landesrechtsstelle, auf ihrer Homepage und in der HLZ über alle wesentlichen Fragen informieren und sich weiter politisch einmischen.

Rüdiger Bröhling und Annette Loycke  
Referat TBB und Landesrechtsstelle der GEW

### Die HLZ informiert über das 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz

Hessisches Beamtengesetz	HLZ 11/2013
Hessisches Beamtenversorgungsgesetz	HLZ 12/2013
Hessisches Besoldungsgesetz	HLZ1-2/2014

# Wir gratulieren im Ja

## ...zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Johanna Aab, Frankfurt  
 Peter Adamski, Kassel  
 Brigitte Adler, Buseck  
 Marion Altenburg-Van Dieken, Dreieich  
 Roswitha Aul, Bad Feilnbach  
 Traude Balsler, Biebertal  
 Günter Bär, Wiesbaden  
 Stéphane-Isabelle Baris, Wetzlar  
 Dr. Siegfried Bartels, Rödermark  
 Karin Bascha-Kähler, Marburg  
 Bardo Bayer, Rockenberg  
 Carla Bayer, Wetter  
 Heinrich Becker, Frankfurt  
 Werner Bendel, Pohlheim  
 Brigitte Berger, Oberursel  
 Dieter Berges, Kassel  
 Margret Bieker, Marburg  
 Harald Bleimann, Steinbach  
 Rita Bode, Butzbach  
 Ilona Born, Mörfelden-Walldorf  
 Silvia Bovenschen, Berlin  
 Maren Bracker, Kassel  
 Gisela Brandes, Meinhard  
 Robert Braun, Knüllwald  
 Annelore Brehm-Kaiser, Frankfurt  
 Iris Breuer-Sadrzadeh, Frankfurt  
 Jochen Breysach, Korbach  
 Ingrid Burow-Hilbig, Glashütten  
 Wolfgang Cezanne, Groß-Gerau  
 Barbara Daniel, Frankfurt  
 Hedwig De Moulin, Rüsselsheim  
 Edda Devynck, Grünberg  
 Günter Dichmann, Frankfurt  
 Gerald Diehl, Schöneck  
 Petra Dietz, Oberursel  
 Günther Ditthardt, Kirchhain  
 Friedrich Dobler, Heuchelheim  
 Joachim Dollinger, Hofheim am Taunus  
 Marita Dröll, Frankfurt  
 Hans-Georg Dümke, Rüdesheim  
 Martin Dürk, Frankfurt  
 Dr. Norbert Elb, Mannheim  
 Maria Endler-Kaufhold, Schenklangsfeld  
 Elisabeth Fiedler, Cölbe  
 Hans-Ulrich Fink, Alsfeld  
 Mutgard Fink, Marburg  
 Brigitte Fischer, Lahnu  
 Dorothea Fuchs, Frankfurt

Dr. Wolfgang Gebhard, Hüttenberg  
 Annette Gehrman, Maintal  
 Günter Gehrman, Bad Hersfeld  
 Martin Geisz, Rosbach  
 Klaus Gellert, Vellmar  
 Rosemarie Gentz-vom Baur, Oberursel  
 Gonhild Gerecht, Marburg  
 Rainer Giebel, Wiesbaden  
 Hanns-Paul Golez, Maintal  
 Gerhard Göttmann, Frankfurt  
 Inge Goy, Bruchköbel  
 Gerhart Greiß, Warburg  
 Karl-Helmut Groß, Homberg  
 Joachim Grußdorf, Gießen  
 Rainer Gunkel, Frankenberg  
 Knut Gutmann, Mühlthal  
 Meike Halama, Gießen  
 Roswitha Halbach, Aßlar  
 Klaus Hartmann, Frankfurt  
 Norbert Hartmann, Lich  
 Margarete Hasche, Bensheim  
 Barbara Hausmann, Kassel  
 Ursula Häußer, Rüsselsheim  
 Ingo Heidelberg, Wiesbaden  
 Margarete Heilmann, Michelstadt  
 Friedrich Hensel, Schotten  
 Hans-Werner Hermann, Darmstadt  
 Rosemarie Hilfenhaus-Reith, Nidderau  
 Helmut Hofmann, Taunusstein  
 Karin Holzer, Aßlar  
 Magdalena Huss-Turk, Frankfurt  
 Christel Jäckel, Karben  
 Gisela Jansen, Frankfurt  
 Helga Japing, Ahnatal-Weimar  
 Brigitte Jentzen, Flörsbachtal  
 Manfred Jentzen, Flörsbachtal  
 Volker Jesinghausen, Hofheim  
 Barbara Jonigkeit, Weiterstadt  
 Christl Jost, Buseck  
 Jutta Jungmann, Frankfurt  
 Susanne Kannwischer, Mühlheim  
 Ruth Keckstein, Korntal-Münchingen  
 Hans-Jürgen Kemski, Bischoffen  
 Marlis Kilian-Siewert, Edermünde  
 Catherine Klinge, Lohfelden  
 Wolfgang Knie, Langenselbold  
 Heinz-Werner Koch, Wiesbaden  
 Dr. Hermann Kocyba, Frankfurt  
 Adelheid Köhler, Weilburg

Reinhard Krausgrill, Butzbach  
 Dorothea Kreblein, Offenbach  
 Christiane Kries, Linden  
 Dr. Reinhard Kwetkus, Gießen  
 Claus Ladwig, Buseck  
 Ingeborg Lengies-Jäger, Sulzbach  
 Paul Leuck, Kassel  
 Helga Linde, Marburg  
 Ilse Lindworsky, Odemira/Portugal  
 Siglinde Lischka, Darmstadt  
 Elisabeth Losekamm-Radtke, Schwalmstadt  
 Hiltrud Lowak, Butzbach  
 Marianne Lübke, Fulda  
 Günther Matzke, Büdingen  
 Ursula Maus, Bad Homburg  
 Silvia Mehlhorn-Raddatz, Bad Orb  
 Helmut Merschroth, Darmstadt  
 Klaus Meyer, Dietzenbach  
 Gabriele Michael, Frankfurt  
 Wilfried Michel, Frankfurt  
 Klothilde Mißler, Hungen  
 Elke Möhrle-Neubert, Wiesbaden  
 Brigitte Molnar, Bad Hersfeld  
 Bernd Otto Müller, Dillenburg  
 Fanni Mülot, Mühlheim  
 Heribert Neuhaus, Frankfurt  
 Karl Neumann, Alzenau  
 Gerald Nöbel, Kassel  
 Gerhard Nuhn, Burghaun  
 Christa Opper, Kassel  
 Josef Pastor, Bruchköbel  
 Karin Paustian-Reimann, Dreieich  
 Greta Peter, Frankfurt  
 Albert Pfisterer, Taunusstein  
 Erwin Potthof, Waldems  
 Hartmut Prescher, Frankfurt  
 Zenek Przechacki, Baunatal  
 Anneliese Pullmann-Tampe, Schöllkrippen  
 Sabine Rahn-Will, Morschen  
 Roswitha Reek, Kassel  
 Elisabeth Reinecker, Bad Vilbel  
 Ingrid Remmers, Büdingen  
 Brigitte Resgies, Mainz  
 Ria Richter, Hofheim  
 Eva Ritter-Brinkmann, Oberursel  
 Annegret Roth, Gießen  
 Gertraud Rovner, Friedrichsdorf  
 Eva Rühlmann-Dippel, Kassel



## Ehrungen KV Oberlahn

Bei einer Mitgliederversammlung ehrte der Kreisverband Oberlahn seine langjährigen Mitglieder. Auf dem Foto von links: *Heidrun Klapper* (2. Kreisvorsitzende), *Walter Lehl* (25 Jahre Mitgliedschaft), *Renate Röhrig* (40 Jahre), *Herbert Nickel* (55 Jahre), *Ursula Tabarelli-Lesch* (40 Jahre), *Erich Horz* (40 Jahre) und die Kreisvorsitzende *Antje Barth*. Nicht im Bild ist *Ursula Fetz* (40 Jahre).

# Januar und Februar ...

Paul Ruhnau-Vogel, Frankfurt  
 Klaus Rüster, Frankfurt  
 Reinhold Saum, Gießen  
 Elisabeth Schaum-Wegener, Hüttenberg  
 Adelheid Scherp-Korzeniewsky, Büdingen  
 Friedlind Schier-Farr, Neu-Isenburg  
 Margot Schirmeister, Frankfurt  
 Heidrun Schmelzer, Frankfurt  
 Ulrike Schmidt, Bad Arolsen  
 Wolfgang Schmidt, Bad Arolsen  
 Ursula Schmidt-Riedl, Darmstadt  
 Marlies Schmidt-Schindler, Wiesbaden  
 Ursula Schmucker-Stoll, Heuchelheim  
 Helmut Schomann, Frankenberg  
 Christel Schuhmacher, Darmstadt  
 Horst Schüller, Laubach  
 Liane Seibert, Rüsselsheim  
 Peter Simonis, Darmstadt  
 Volker Stöhr, Gudensberg  
 Dieter Strack, Breuberg  
 Anneliese Strauss, Frankfurt  
 Sigrid Stremmel, Ehringshausen  
 Hanne Strobl-Reh, Hanau  
 Renate Strunk, Sinn-Edingen  
 Dr. Frauke Stübig, Marburg  
 Ursula Subklew-Bruder, Frankfurt  
 Reinhard Theis, Bad Zwesten  
 Diether Thie, Mörlenbach  
 Gabriele Thomas, Biedenkopf  
 Uwe Thorun, Kassel  
 Peter Tillmanns, Marburg  
 Herta Trebing, Niederaula  
 Adelheid Viesel, Frankfurt  
 Gertraud Vollmer, Frankfurt  
 Hartmut Weber, Kassel  
 Raimund Weber, Hanau  
 Gerda Weidmann, Zwingenberg  
 Jutta Westhäuser,  
 Ginsheim-Gustavsburg  
 Jürgen Weyrauch, Michelstadt  
 Susanne Wicke, Weilburg  
 Walter Wicke, Weilburg  
 Norbert Wiegand, Oberursel  
 Dieter Wirsig, Langenselbold  
 Eduard-Jury Wolczak, Frankfurt  
 Hans Jürgen Wolf, Baunatal  
 Waltraud Wünsch-Muma, Bensheim  
 Dr. Rolf Zimmermann, Linden  
 Hans-Jürgen Zinn, Michelstadt

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:  
 Günter Dönges, Nidda  
 Rudolf Feldmann, Pfungstadt  
 Walter Gräf, Oberursel  
 Renate Hartherz, Neu-Anspach  
 Waltraud Jakobs, Homberg  
 Dieter Jäntsch, Lorsch  
 Siegfried Lohrey, Hüttenberg  
 Marianne Patak, Witzenhausen  
 Hannelore Schardt, Darmstadt  
 Horst Stemmler, Frankfurt  
 Franz Stingl, Trebur  
 Rainer Tonn, Heuchelheim  
 Willy Vettel, Heppenheim  
 Georg Weller, Oberursel

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:  
 Kurt Eisenberg, Kassel  
 Heinz Mandel, Viernheim  
 Richard Mistereck, Bad Hersfeld  
 Margarete Rippert, Bensheim  
 Willy Schwerdt, Bensheim

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:  
 Johannes-D. Ulbricht, Cogolin

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft  
 Ilse Bachtik, Eschwege  
 Dr. Hasso Baumann, Idstein  
 Kurt Finke, Korbach  
 Anna Heumann, Michelstadt  
 Hans Schmidt, Rimbach  
 Heinrich Schwamb, Erbach

... zum 75. Geburtstag:  
 Karl-Werner Althans, Lohfelden  
 Isa Birk, Wiesbaden  
 Renate Blömeke, Riedstadt  
 Dr. Diether Döring, Frankfurt  
 Irmgard Fuhr, Friedberg  
 Helmut Gessner, Sontra  
 Hannelore Grodensky, Bad Soden  
 Klaus Hamel, Ortenberg  
 Horst Hansmann, Darmstadt  
 Hans Hartgen, Borken  
 Ulrike Hoffmann-Krumm, Kassel  
 Karl-Hermann Homann,  
 Weimar-Wolfshausen  
 Margareta Homolla-Jungbluth, Betzdorf  
 Marlies Inselmann, Erlensee  
 Brigitte Kettner, Marburg

Klaus Kirdorf, Wetzlar  
 Gunter Krieg, Frankfurt  
 Isolde Löhr, Weilrod  
 Helmut Lowin, Taunusstein  
 Gustav Prüßner, Waldkappel  
 Jürgen Redecker, Frankenberg  
 Hans Roth, Lautertal  
 Hans Schlatter, Lampertheim  
 Horst Schmidt-Böcking, Kelkheim  
 Albrecht Staab, Biebergemünd  
 Adelheid Tröscher, Frankfurt  
 Hans-Georg von Freyberg, Frankfurt  
 Richard Waltz, Ranstadt  
 Hans-Heinrich Weber, Rauschenberg  
 Dr. Hartmut Wolf, Frankfurt  
 Ursula Zaiss, Marburg

... zum 80. Geburtstag:  
 Dr. Michael Brestowsky, Gersfeld  
 Valentin Wettlaufer, Bad Hersfeld  
 Horst Kröger, Wildeck  
 Dr. Werner Diehl, Linden  
 Werner Traut, Michelstadt  
 Ingeborg Baumann, Schotten

... zum 85. Geburtstag:  
 Walter Bernsdorff, Marburg  
 Fritz Kegelmann, Sinntal  
 Ilse Rassner, Kassel  
 Wolfgang Burkert, Friedberg  
 Vera Matzdorf, Seeheim-Jugenheim

... zum 90. Geburtstag:  
 Hilde Wagner, Wetzlar  
 Karl König, Bebra

... zum 92. Geburtstag:  
 Heinrich Peter, Söhrewald

... zum 94. Geburtstag:  
 Hildegard Hühn, Bad Orb

... zum 97. Geburtstag:  
 Karl Adler, Bad Hersfeld

... zum 99. Geburtstag:  
 Anna Heumann, Michelstadt

## Mitgliederehrung in Kassel

Anfang Dezember lud die GEW Kassel-Land zur Mitgliederehrung ins Theaterstübchen ein. *Birgit Koch*, stellvertretende Landes- und Kreisvorsitzende, überreichte rote Nelken, Blumensträuße und Wein. Auf eine 55-jährige Mitgliedschaft blickt *Charlotte Rüdibusch* zurück. Danach traf der in Kassel populäre Kabarettist *Bernd Gieseking* nur zu gut den Ton der Anwesenden.





### Marga Klose: 65 Jahre in der GEW

„Nachdem ich nicht mehr im Schuldienst war, bekam ich wegen meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft häufig die Frage gestellt, weshalb ich nicht austrete. Ich habe dann immer mit einer Gegenfrage geantwortet: Warum sollte ich?“ Die Heppenheimerin *Marga Klose*, die über viele Jahre im Odenwald unterrichtete und lebte, ist seit nunmehr 65 Jahren Mitglied und wurde im Rahmen der Ehrungsveranstaltung der GEW Bergstraße ausgezeichnet.

Als sie im November 1948 im Alter von 23 Jahren eintrat, gab es die GEW eigentlich noch gar nicht. „Kreislehrerverein“ nannte sich der Zusammenschluss, bei dessen Gründung Marga Klose dabei war und aus dem sich in der Folge die GEW entwickelte. Bereut hat sie den Schritt nie: „*Es war in meiner Familie immer eine Selbstverständlichkeit, auch für andere da zu sein. Für mich ist es wichtig, dass sich die Menschen solidarisch zeigen. Ich habe die GEW einmal gebraucht, da habe ich selbst erfahren, wie wichtig das ist.*“ Sie selbst setzte sich als Personalrätin für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen ein.

Wenn sie heute nicht auf Reisen ist, trifft man sie bei Vortragsveranstaltungen in Heppenheim, beim Seniorensport oder beim Ausflug der GEW-Seniorinnen und -Senioren. Beim Blick zurück auf ihr berufliches Leben sagt sie voller Zufriedenheit: „Ich war gern Lehrerin.“

### Erzähl deine Geschichte

Die Evangelische Akademie Frankfurt lädt zum Workshop „Erzähl deine Geschichte – Storytelling mit Apps, Videos und mehr!“ am 14. und 15.2.2014 ins Haus der Jugend in Frankfurt ein. Jugendliche erarbeiten mit Profis, wie sie mit Apps, Blogs, Videos, Fotos oder Geomapping eine Geschichte interessant erzählen und andere von ihrem Anliegen überzeugen können.

- *Infos und Flyer: [keller@evangelische-akademie.de](mailto:keller@evangelische-akademie.de), [www.evangelische-akademie.de](http://www.evangelische-akademie.de)*

### LRS und Rechenschwäche

Das Duden Institut Gladenbach führt am 25. und 26. Februar zwei Fachtagungen mit zeitgleichen Vorträgen zur Lese-Rechtschreib-Schwäche und zur Rechenschwäche durch:

- am 25. Februar 2014 von 15 bis 18.30 Uhr in der Adolf-Diesterweg-Schule Weidenhausen
- am 26. Februar 2014 von 15 bis 18.30 Uhr in der August-Hermann-Francke-Schule in Gießen

Es geht um die Schwierigkeiten beim Erlernen des lautgerechten Schreibens, die Arbeit mit Wortbausteinen und effektive Rechenstrategien, die in der Arbeit mit lese-rechtschreib- oder rechenschwachen Kindern erprobt wurden.

- *Duden-Institut, Marktstr. 32, 35075 Gladenbach, Tel: 06462-926392, [gladenbach@duden-institute.de](mailto:gladenbach@duden-institute.de)*

### Klassenfahrt mit Erlebniswert

Sich selbst und andere in unbekannt Situationen erleben und dabei spielend für den Alltag lernen, das können Schulklassen bei einer erlebnispädagogischen Klassenfahrt in den Vogelsberg. Spannende Touren mit Karte und Kompass, Hüttenabend und Übernachtung sowie herausfordernde Kletteraktionen, vom Baumklettern bis zur Coaching Bridge in acht Metern Höhe, Nachtwanderungen und vielfältige Interaktionen bieten dazu den Rahmen.

- *Weitere Informationen: [www.erlebnistage.de](http://www.erlebnistage.de)*

### Personalrätepreis an KSM Marburg

Der Deutsche Personalrätepreis in Silber wurde in diesem Jahr an den Personalrat der Kaufmännischen Schulen Marburg (KSM) verliehen. Für diesen Preis, der vom DGB und der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Der Personalrat“ ausgelobt wird, hatten sich bundesweit 53 Gremien beworben. Die Preisverleihung fand am 27. November 2013 im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin statt. Den Preis für die KSM nahmen *Hille Kopp-Ruthner* und *Elke Eckert* als GEW-Beauftragte im Schulpersonalrat entgegen. Ausgezeichnet wurde der Personalrat der KSM für seine mit der Schulleitung geschlossene Dienstvereinbarung zur Aufsichts- und Vertretungsregelung.

Duden Institute  
für Lerntherapie

**DUDEN**

Diagnose und Förderung bei

- ▶ Rechenschwäche
- ▶ Lese-Rechtschreib-Schwäche

**Lernprobleme lösen!**

- ▶ Lehrer-Fortbildungen
- ▶ Lehrer-Workshops
- ▶ Beratung für Eltern

Sie finden uns in Hessen:

- BAD WILDUNGEN** Telefon: 05621 966991, E-Mail: [badwildungen@duden-institute.de](mailto:badwildungen@duden-institute.de)  
**BIEDENKOPF** Telefon: 06461 924070, E-Mail: [biedenkopf@duden-institute.de](mailto:biedenkopf@duden-institute.de)  
**BUTZBACH** Telefon: 06033 3659837, E-Mail: [butzbach@duden-institute.de](mailto:butzbach@duden-institute.de)  
**DARMSTADT** Telefon: 06151 1538843, E-Mail: [darmstadt@duden-institute.de](mailto:darmstadt@duden-institute.de)  
**FRANKFURT** Telefon: 069 40353532, E-Mail: [frankfurt-main@duden-institute.de](mailto:frankfurt-main@duden-institute.de)  
**GIEßEN** Telefon: 0641 9727578, E-Mail: [giessen@duden-institute.de](mailto:giessen@duden-institute.de)  
**GLADENBACH** Telefon: 06462 926392, E-Mail: [gladenbach@duden-institute.de](mailto:gladenbach@duden-institute.de)

[www.duden-institute.de](http://www.duden-institute.de)

Freizeit Aktiv  
KLASSENFAHRTEN

ROM

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPAß!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

Wir gestalten  
und  
produzieren

Jubiläumspublikationen,  
Bücher,  
Broschüren etc.

sehr preiswert.

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Mensch und Leben Verlag  
Postfach 1944  
61289 Bad Homburg  
Tel. 06172-95830  
Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

### Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassiger Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Esstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**  
Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

### Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



Für Klubs,  
Schul-/  
Jugendgruppen,  
Incentives oder  
Einzelteilnehmer

[www.segeln.nl](http://www.segeln.nl)

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST  
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Ihre Anzeige in der



Die nächste  
Hessische Lehrerzeitung  
erscheint am  
8. März 2014.

Bitte beachten Sie den  
Anzeigenschluss  
am 12. Dezember 2013.

Verlag Mensch und Leben  
Tel.: 06172-95830  
Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

### Erlebnispädagogik • Klassenfahrten • Hessen



**Frühlingsangebot von März - Mai 2014**  
**3 Tage ab 90 Euro | 5 Tage ab 120 Euro**

Die Angebote gelten ab 20 Personen (mehrere Kleingruppen können als Großgruppe anerkannt werden) und verstehen sich inklusive Unterkunft, Vollverpflegung und individuelles „Rund-um-die-Uhr-Programm“ durch zwei geschulte Mitarbeiter.

**erlebnistage Vogelsberg**

Telefon: 06643 - 9184-0

E-Mail: [vogelsberg@erlebnistage.de](mailto:vogelsberg@erlebnistage.de)

[www.erlebnistage.de](http://www.erlebnistage.de)



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
63159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsicherung.

**Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamendarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-0404041**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**  
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendthol - Präl.-Hoing-Str. 19 - 46325 Borken

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**BARCELONA**   
4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!  
[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

**REAL-TOURS S.R.L.**

Tel. 0039 0547 67 27 27, Fax 0039 0547 67 27 67  
Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia  
[www.real-tours.de](http://www.real-tours.de), E-mail: [info@real-tours.de](mailto:info@real-tours.de)

**SCHULFAHRTEN 2014**

**NEU \*\*\* Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug \*\*\* NEU**  
nach Barcelona, nach Madrid, nach Sevilla,  
nach Spanien/Katalonien, nach Cesenatico

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen  
ab Euro 240,- HP

Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**,  
nach **Südtirol**, nach **Spanien**,  
nach **Griechenland**, nach **Prag**,  
nach **Paris**, nach **London**, nach  
**Berlin**, nach **München**

**Individuell für Lehrer und Begleiter:**  
Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico  
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2013.

**Weitere Informationen auch bei:**  
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,  
Telefon (08322) 800 222, Fax (08322) 800 223

**Von hier an geht es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

**Klinik am Leisberg**  
BADEN-BADEN

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

**Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

**Kleine Anzeige**  
**Große WIRKUNG**

Diese Anzeige kostet nur  
**101,25 EUR** zzgl. MwSt.

**Verlag Mensch und Leben**  
Tel.: 06172-95830  
Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**LONDON**   
4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!  
[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

Dienst- und Schulrecht für Hessen

*Mensch & Leben*  
Verlagsgesellschaft

© 2013  
Mensch & Leben  
Verlagsgesellschaft mbH  
Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

Enthält das komplette DuS-Grundwerk, kinderleicht recherchierbar, Dokumente können ausgedruckt oder in die Textverarbeitung übernommen werden.

**Hiermit bestelle ich**

Expl. DuS-CD

à 39,- EUR zzgl. Versand

für GEW-Mitgl. à 29,90 EUR zzgl. Versand

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

**Mensch und Leben Verlag**  
Postfach 1944, 61289 Bad Homburg

**Fax: 06172 - 958321,**  
**Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)**